

# Literaturspiegel

Wissenschaftliches Informations- und Diskussionsforum

Erscheint in unregelmäßiger Folge

**Nr. 52  
April 2020**

**KAREL VODIČKA**

Postkommunistischer EU-Raum und EU-Wahlen S. 5

**LÍDA RAKUŠANOVÁ**

Der Prager Frühling - was bleibt: Das Aufbruchsjahr 1968 und seine heutige Wahrnehmung in Tschechien S. 35

**ARNULF TOBIASCH**

Vor 80 Jahren: das Münchner Abkommen S. 44

**MATTHIAS STICKLER**

100 Jahre Neuordnung im östlichen Mitteleuropa. Eine Friedensordnung im Spannungsfeld von großen Hoffnungen und verpassten Chancen S. 64

**JAN HLOUŠEK**

Schriftsteller als das Gewissen der Nation? Direkte Einflussnahmen, Stimmen und Stimmungen zur Entstehung der Tschechoslowakei 1918 S. 75

Herausgeber:  
Arbeitskreis Sudetendeutscher Akademiker e.V.  
(ASA)

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. Andreas Müller  
Brahmsstr. 12  
53340 Meckenheim  
ameljnikov@gmx.de

Die Verantwortung für den Inhalt tragen die jeweiligen Autoren. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Bankverbindung:  
Arbeitskreis Sudetendeutscher Akademiker e.V.,  
KSP Wolfratshausen  
DE877005 4306 0000 0419 88  
Unkostenbeitrag: € 7,50

KAREL VODIČKA

**Postkommunistischer EU-Raum und EU-Wahlen** S. 5

Demokratiedefizite und Korruptionsanfälligkeit sind nach wie vor besondere Merkmale der postkommunistischen EU-Länder. Aber die weitere Konsolidierung von Marktwirtschaft und Bürgergesellschaft wird dank EU-Mitgliedschaft gelingen. Das zeigen die Ergebnisse der Europawahlen 2019.

LÍDA RAKUŠANOVÁ

**Der Prager Frühling - was bleibt: Das Aufbruchsjahr 1968 und seine heutige Wahrnehmung in Tschechien** S. 35

Die ehrliche und tiefgreifende Vergangenheitsbewältigung ist der eigentliche Wert des Prager Frühlings, den die Wende 1989 nicht auszeichnet.

ARNULF TOBIASCH

**Vor 80 Jahren: das Münchner Abkommen** S. 44

Mit dem Münchner Abkommen wurde nicht das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen verwirklicht, sondern lediglich eine vom Expansionsstreben Hitlerdeutschlands ausgelöste internationale Krise beigelegt.

MATTHIAS STICKLER

**100 Jahre Neuordnung im östlichen Mitteleuropa. Eine Friedensordnung im Spannungsfeld von großen Hoffnungen und verpassten Chancen** S. 64

Die 1918/19 geschaffene, macht- militärpolitischen Interessen der Siegermächte folgende Staatenwelt in Ostmitteleuropa erwies sich von Anfang an als eine brüchige Friedensordnung.

JAN HLOUŠEK

**Schriftsteller als das Gewissen der Nation? Direkte Einflussnahmen, Stimmen und Stimmungen zur Entstehung der Tschechoslowakei 1918** S. 75

Die nationale Wiedergeburt bereitete den Nährboden für ein ausgeprägtes Bewusstsein vieler Schriftsteller, sich als Gewissen der Nation betätigen zu müssen. Ihre Politisierung gipfelte im Entstehen der Ersten Republik, war aber auch bis zur Wende 1989 kennzeichnend für ihr literarisches Schaffen.



# Postkommunistischer EU-Raum und EU-Wahlen

KAREL VODIČKA

1. <i>Einleitende Bemerkungen</i>	S. 5
2. <i>Friedensnobelpreis für die EU</i>	S. 6
3. <i>Postkommunistischer EU-Raum: Strukturelle Gemeinsamkeiten, analoge Entwicklungstrends</i>	S. 9
4. <i>Erfolge bei Demokratiekonsolidierung</i>	S. 11
5. <i>Demokratiedefizite im postkommunistischen EU-Raum</i>	S. 15
6. <i>Konsolidierungsstand im Vergleich: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik</i>	S. 25
7. <i>Chancen und Risiken</i>	S. 26
8. <i>Europawahlen 2019</i>	S. 27

## 1. *Einleitende Bemerkungen*

Bei der oft lauten Kritik an der Europäischen Union werden immer wieder ihre wesentlichen Erfolge bei der politischen und ökonomischen Konsolidierung der postkommunistischen EU-Länder vergessen. Dabei sind die Verdienste der Europäischen Union für die Stabilisierung Ostmitteleuropas fundamental. Die Menschen im postkommunistischen EU-Raum sind nach den friedlichen Revolutionen durch ein Tal der Tränen gegangen und haben in den letzten 30 Jahren beim Übergang von der kommunistischen Diktatur zum demokratischen Verfassungsstaat und von der Plan- zur Marktwirtschaft eine historische Leistung erbracht. Bei dem Konsolidierungserfolg spielte am Anfang insbesondere die EU-Beitrittsperspektive eine essenzielle Rolle - die Menschen haben das andere Ufer gesehen. Und der darauffolgende, anspruchsvolle EU-Beitrittsprozess sowie die spätere EU-Mitgliedschaft waren weitere wirkungsvolle Konsolidierungsfaktoren.

Der EU-Beitrittsprozess und die EU-Mitgliedschaft erforderten und erfordern von den neuen EU-Ländern eine institutionelle Stabilität als Garantie für die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten, eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Nach dem EU-Beitritt war für die neuen EU-Länder die Übernahme, Anwendung und Durchsetzung des EU-Gemeinschaftsrechts, des „*Acquis Communautaire*“, ein hoch anstrengender Gesetzgebungsprozess. Doch gerade die EU-Rechtssicherheit ist für die westlichen Investoren eine Grundvoraussetzung für ihre Investitionen in den östlichen EU-Ländern und damit ein wesentlicher Bestandteil des nachhaltig wachsenden Lebensstandards im postkommunistischen EU-Raum.

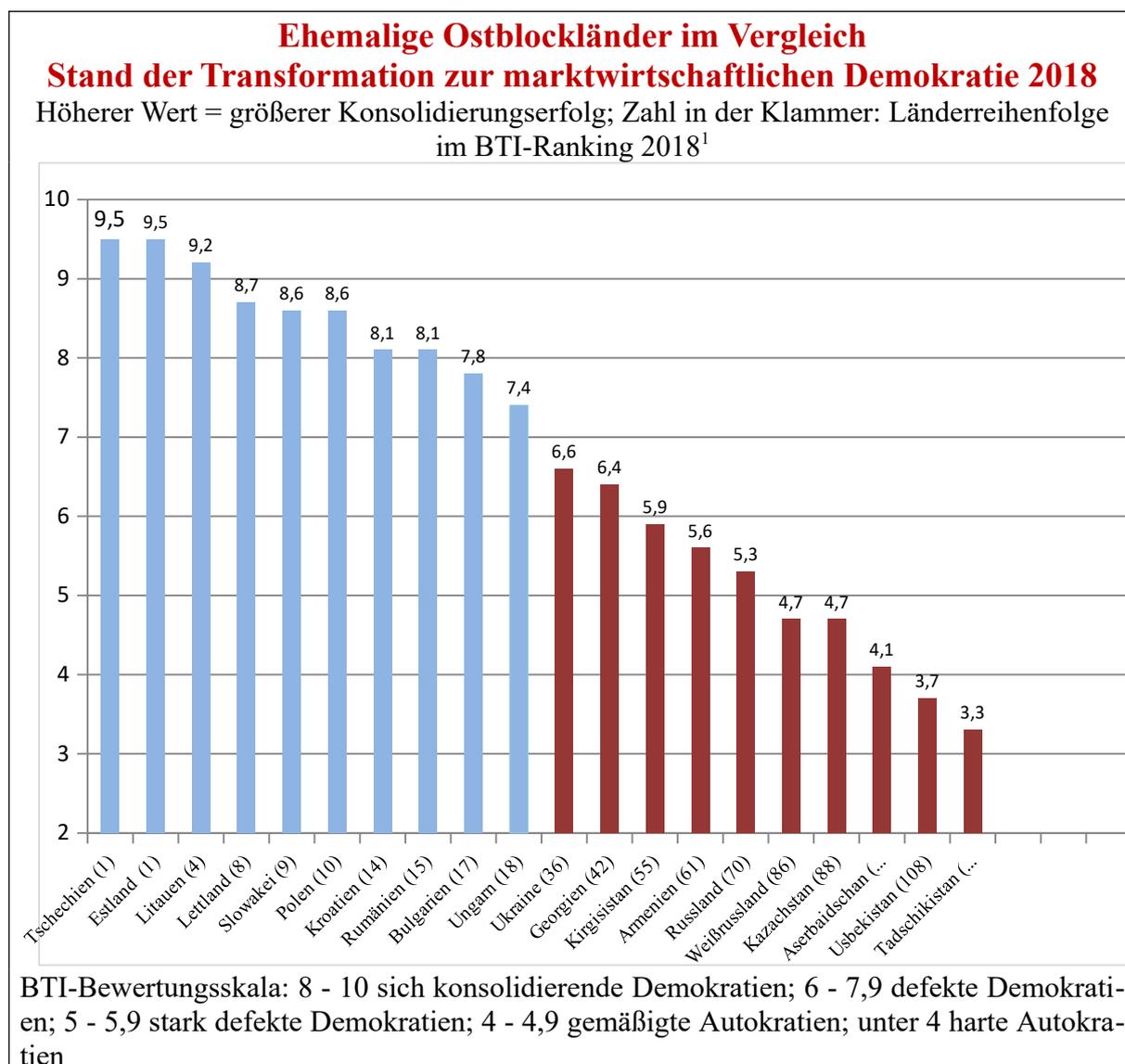
Die externen Rahmenbedingungen, insbesondere die EU- und NATO-Mitgliedschaft, stellen nach wie vor einen grundlegenden Stabilisierungsfaktor für die jungen und immer noch fragilen Demokratien Ostmitteleuropas dar. Für die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im postkommunistischen Raum ist es nach wie vor entscheidend, ob das jeweilige Land ein Mitglied der Europäischen Union ist oder nicht.

## 2. *Friedensnobelpreis für die EU*

In der folgenden Grafik werden alle Länder des ehemaligen Ostblocks gemäß ihrer Bewertung im hochgeachteten Bertelsmann Transformationsindex (BTI 2018) verglichen. Auf den ersten Blick fällt der fundamentale Unterschied zwischen den ehemaligen Ostblockländern in Abhängigkeit von ihrer EU-Mitgliedschaft auf. Diejenigen postkommunistischen Länder, die EU-Mitglieder sind, erreichen in dem BTI-Ranking stolze Plätze zwischen 1 (Tschechien, Estland) und 18 (Ungarn) von den insgesamt 129 Ländern, die im BTI-Index weltweit bewertet werden. Die postkommunistischen Länder, die der EU beigetreten sind, gehören fast alle gemäß dem BTI 2018 zu den „sich konsolidierenden marktwirtschaftlichen Demokratien“. Sie sind zwar noch nicht ganz konsolidiert, aber sie befinden sich auf dem Weg dahin.

Dagegen bewegen sich diejenigen ehemaligen Ostblockländer, die das Privileg der EU-Mitgliedschaft nicht erhalten haben, im Bereich der defekten bis stark defekten Demokratien oder sogar der gemäßigten bis harten Autokratien: sie erreichen in dem BTI-Ranking Plätze zwischen 36 (Ukraine) und 115 (Tadschikistan) von den insgesamt 129 Ländern, die im BTI-Index bewertet werden, und zählen damit zu den defizitärsten Demokratien oder gar zu den autoritärsten Regimen der Welt.

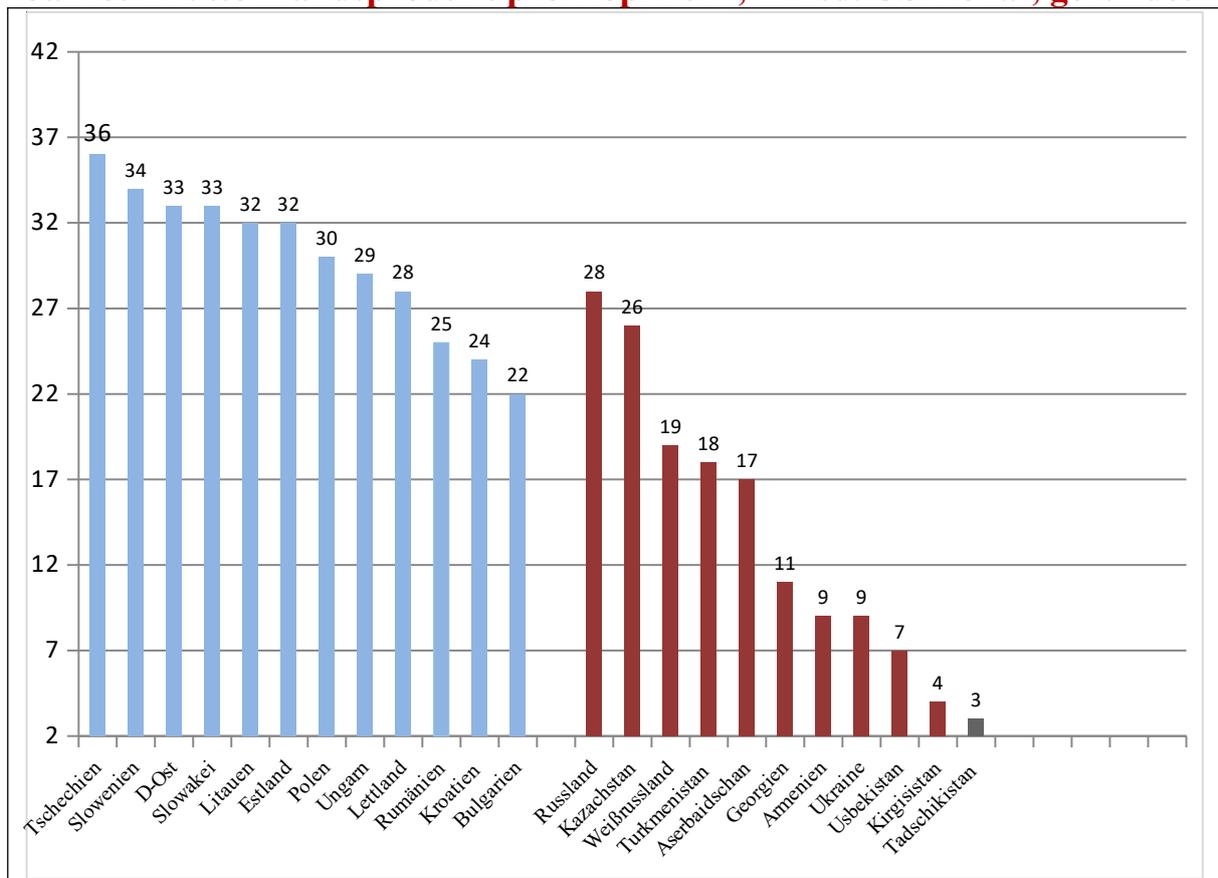
**Fazit:** Die Europäische Union hat den Friedensnobelpreis von 2012 ohne Zweifel verdient, schon allein für die Erfolge bei der Demokratisierung des postkommunistischen EU-Raums. Wie es in der Begründung des Norwegischen Nobelkomitees 2012 zutreffend heißt: „(...) *Der Fall der Berliner Mauer machte den Beitritt möglich für mehrere zentral- und osteuropäische Staaten. Dadurch wurde eine neue Ära der europäischen Geschichte eingeleitet. Die Teilung zwischen Ost und West ist in weiten Teilen beendet. Die Demokratie wurde gestärkt. Viele ethnisch bedingte Konflikte wurden gelöst. (...) Das Norwegische Nobelkomitee wünscht den Blick auf das zu lenken, was es als wichtigste Errungenschaft der EU sieht: den erfolgreichen Kampf für Frieden und Versöhnung und für Demokratie sowie die Menschenrechte; die stabilisierende Rolle der EU bei der Verwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem des Friedens.*“



Auch der Vergleich der wirtschaftlichen Leistung, gemessen an dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2017, in Tsd. US-Dollar, verdeutlicht, dass die EU-Mitgliedschaft zu der wirtschaftlichen Leistung wesentlich beiträgt. Aus dem Vergleich wird zugleich deutlich, dass die südosteuropäischen EU-Länder noch einen Nachholbedarf haben. Die Tschechische Republik ist die leistungsstärkste von allen postkommunistischen EU-Ländern, das pro-Kopf-BIP ist sogar größer als in den ostdeutschen Bundesländern. Aus dem Bereich außerhalb der EU sind Russland und Kasachstan vergleichsweise gut dran. Das sind Länder, die große Erdöl- und Erdgasvorkommen nutzen und exportieren können.

<sup>1</sup> Quelle: Bertelsmann Transformationsindex 2018

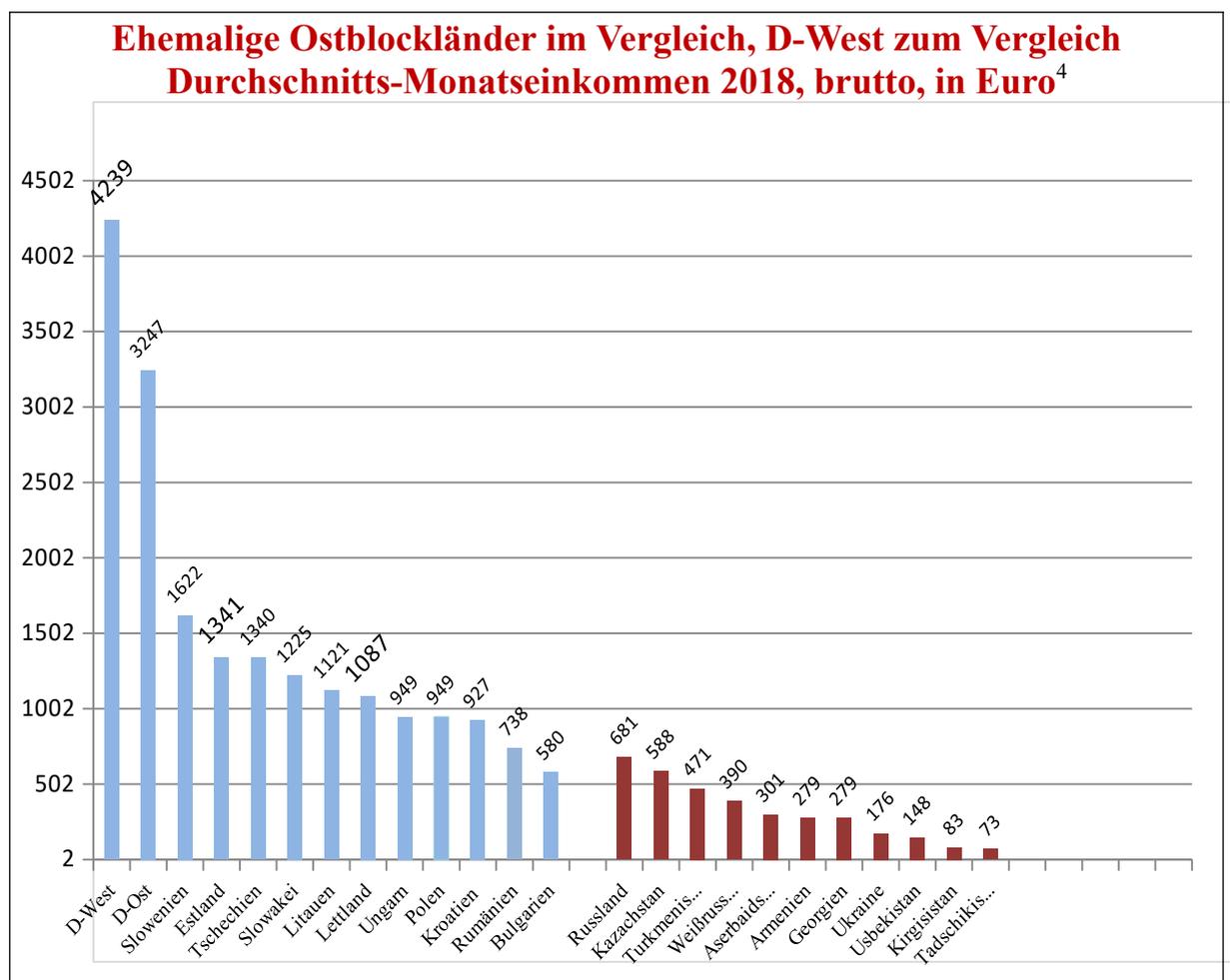
## Ehemalige Ostblockländer im Vergleich Jahres-Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2017, in Tsd. US-Dollar, gerundet<sup>2</sup>



Noch deutlicher als der Vergleich der wirtschaftlichen Leistung, gemessen an dem Bruttoinlandsprodukt, sind die Unterschiede in dem durchschnittlichen Einkommen der Bürger der postkommunistischen EU- und der Nicht-EU-Länder (vgl. die nächste Grafik). Im Durchschnitt verdienen die Bürger der postkommunistischen EU-Staaten ungefähr das Vierfache - und die Bundesrepublik-West das zehnfache - im Vergleich zu den Bürgern der nicht-EU-Länder. Und die ärmsten postkommunistischen Länder? Zum Beispiel haben Weltbankökonomn berechnet, dass sich in Tadschikistan 50 Prozent der Bevölkerung mindestens drei Monate in einem Jahr unter der Armutsgrenze befinden<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> *Quelle:* Liste der Länder nach BIP (kaufkraftbereinigt) pro Kopf 2017, in internationalem Dollar angegeben (wikipedia.de: „Liste der Länder nach Bruttoinlandsprodukt pro Kopf“); <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2018.pdf>

<sup>3</sup> <https://www.novastan.org/de/tadschikistan/weltbank-jeder-zweite-einwohner-in-tadschikistan-lebt-mindestens-einmal-im-jahr-unterhalb-der-armutsgrenze/>



### 3. *Postkommunistischer EU-Raum: Strukturelle Gemeinsamkeiten, analoge Entwicklungstrends*

Der postkommunistische EU-Raum besteht aus den ostdeutschen Bundesländern und den östlichen EU-Staaten. Für diesen Raum sind strukturelle Gemeinsamkeiten sowie analoge Entwicklungstrends kennzeichnend, die ihn sowohl von den etablierten EU-Demokratien auf der einen Seite, als auch von den übrigen Ländern des ehemaligen Ostblocks auf der anderen Seite markant unterscheiden.

Die postkommunistischen EU-Länder unterscheiden sich von etablierten Demokratien in der EU durch das Trauma der kommunistischen Gewaltherrschaft. Die kommunistische Diktatur hat die moralischen Werte der vortotalitären Ära weitgehend zerstört, die politische Kultur der Bevölkerung nachhaltig deformiert und die Zivilgesellschaft nahezu ausgelöscht. Den Zustand der gerade aus der Diktatur entlassenen Gesellschaft beschrieb Václav Havel im Jahre 1990, in seiner ersten Neujahrsprache als Staatspräsident, sehr zutreffend, folgendermaßen:

<sup>4</sup> *Quelle:*  
[https://www.focus.de/finanzen/karriere/neue-zahlen-des-statistischen-bundesamtes-osten-nur-in-einer-branche-vorne-immer-noch-grosse-unterschiede-beim-einkommen\\_id\\_8668701.html](https://www.focus.de/finanzen/karriere/neue-zahlen-des-statistischen-bundesamtes-osten-nur-in-einer-branche-vorne-immer-noch-grosse-unterschiede-beim-einkommen_id_8668701.html); <https://www.laenderdaten.info/durchschnittseinkommen.php>; D-West zum Vergleich

- „Wir sind moralisch krank geworden,
- weil wir uns angewöhnt haben, etwas zu sagen, und etwas anderes zu denken.
- Wir haben gelernt, an nichts zu glauben,
- zueinander gleichgültig zu sein,
- uns nur um uns selber zu kümmern.“

Die 30 Transformationsjahre nach der Implosion der kommunistischen Regime, mit ihren extremen Unsicherheiten und dem mächtigen Anwachsen der sozialen Disparitäten konnten diese Krankheit nicht ausheilen. Die für gefestigte und vitale Demokratie erforderlichen gesellschaftlichen Ressourcen an Vertrauen, Ethos und Moral bleiben im postkommunistischen EU-Raum immer noch knappe Güter.



Die Demokratie lebt von der Identifikation der Bevölkerung mit den Werten, Institutionen und Verfahren eines demokratischen Systems. Diese Akzeptanz muss sich in den Gesellschaften nach dem Systembruch erst sukzessive herausbilden. Dies kann nicht von Brüssel angeordnet werden. Es braucht Zeit.

In den postkommunistischen Gesellschaften werden daher verschiedene Demokratiedefizite deutlich: allgemeine Demokratieunterstützung und Vertrauen in die Institutionen sind niedriger als in ausgereiften Demokratien. Antidemokratische Systemalternativen werden nicht entschieden abgelehnt. Die Zivilgesellschaft ist unreif, die Partizipationsbereitschaft der Bürger gering, die Korruption dafür mächtig. Die Rekrutierungsfähigkeit der demokratischen Parteien ist schwach, wovon die extremistischen Parteien profitieren<sup>5</sup>.

Die gute Nachricht ist, wie schon erwähnt, dass die postkommunistischen Länder, die EU-Mitglieder sind, beim globalen Vergleich mit anderen Transformationsländern zu den Besten gehören. Sie nehmen - weltweit - in den internationalen Rankings<sup>6</sup> Spitzenpositionen unter den Transformationsländern als die am weitesten konsolidierten Demokratien ein (vgl. die erste Grafik in diesem Aufsatz). Die übrigen ehemaligen Ostblockländer, die das Privileg des EU-Beitritts nicht erhielten, bewegen sich hingegen (wie bereits erwähnt) im Bereich der defekten Demokratien oder sogar der gemäßigten bis harten Autokratien.

#### 4. *Erfolge bei der Demokratiekonsolidierung*

Der demokratische Konsolidierungsprozess ist in dem postkommunistischen EU-Raum in den abgelaufenen 30 Jahren im Wesentlichen gut fortgeschritten. Es wurden rechtsstaatliche Verfassungen verabschiedet, die Gewaltenteilungssysteme funktionieren, es kann (mit einigen Ausnahmen) von einem Siegeszug der Verfassungsgerichtsbarkeit gesprochen werden. In allen Ländern werden freie und kompetitive Wahlen abgehalten. Im Bertelsmann-Transformations-Index (BTI), in dem 129 Transformationsländer weltweit vergleichend analysiert werden, nehmen die östlichen EU-Staaten Spitzenplätze zwischen 1 und 18 ein<sup>7</sup>. Die Zahlen unter den Ländern in der folgenden Grafik bezeichnen die Reihenfolge im BTI-Index 2018. Aus den Werten in der Grafik für die Jahre 2003, 2010 und 2018 kann die Entwicklung in den einzelnen Ländern in dem Zeitraum 2003-2018 nachverfolgt werden. Tschechien und Estland haben immer zu den besten gehört und 2018 erreichen sie weltweit den Platz 1. Rumänien hat sich im Zeitraum 2003–2018 von relativ schlechten Werten deutlich verbessert. Ungarn ist dagegen vom stolzen Platz 1 im BTI 2003 auf Platz 18 im Jahre 2018 dramatisch abgerutscht, noch hinter Bulgarien, und wird nicht mehr als „sich konsolidierende Demokratie“ sondern als „defekte Demokratie“ eingestuft. Auch die Bewertung von Polen und der Slowakei im BTI-Index hat sich im Zeitraum 2003-2018 wesentlich verschlechtert.

---

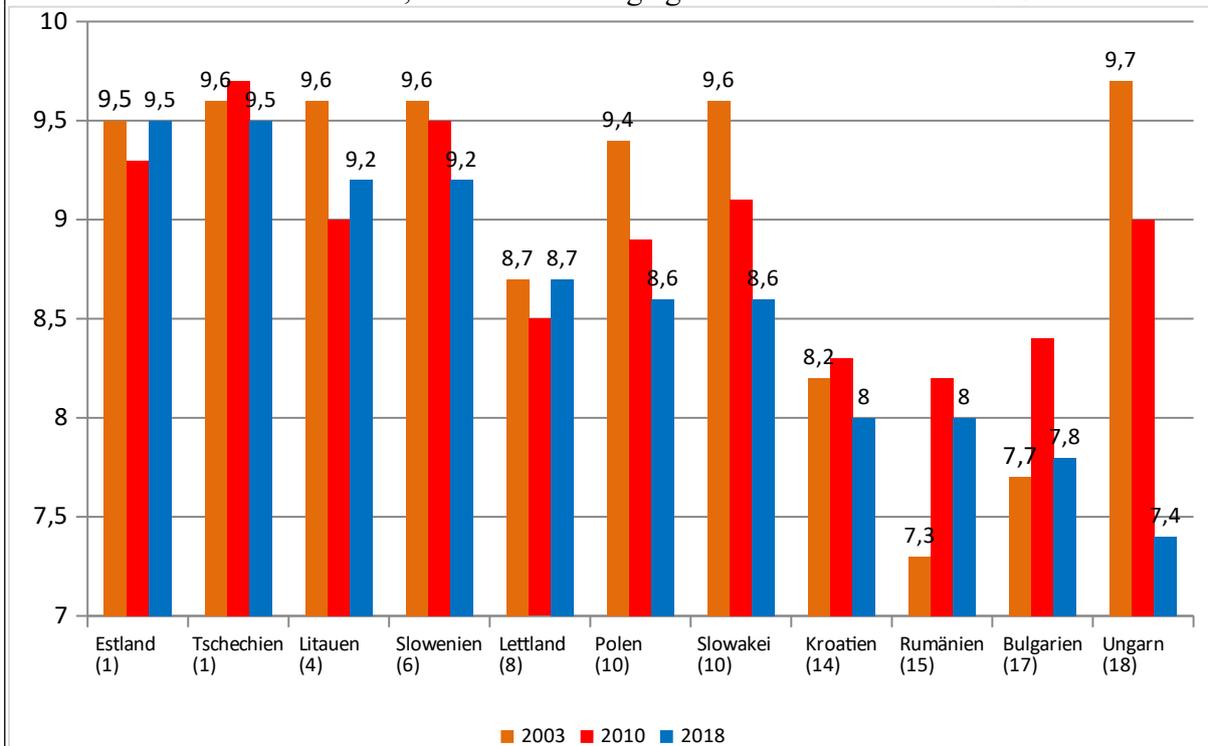
<sup>5</sup> Vodička, Heydemann 2013: 356f.; Plasser, Ulram, Waldrauch 1997; Ismayr 2010a: 9f.; Jakobs 2004; Pickel, Jakobs 2006; Pickel Gert, Pickel Susanne 2006; Pickel 2009; Bacles 2007: 49; Jesse 2011: 359

<sup>6</sup> Bertelsmann-Transformations-Index (BTI); Freedomhouse Index

<sup>7</sup> Die ostdeutschen Bundesländer werden im BTI nicht ausgewertet, ansonsten würden sie bestimmt zu den besten der „sich konsolidierende Demokratien“- Gruppe gehören

## Postkommunistischer EU-Raum Stand der Transformation zur marktwirtschaftlichen Demokratie 2003-2018

BTI Status-Index, Länderreihenfolge gemäß den Werten von 2018<sup>8</sup>



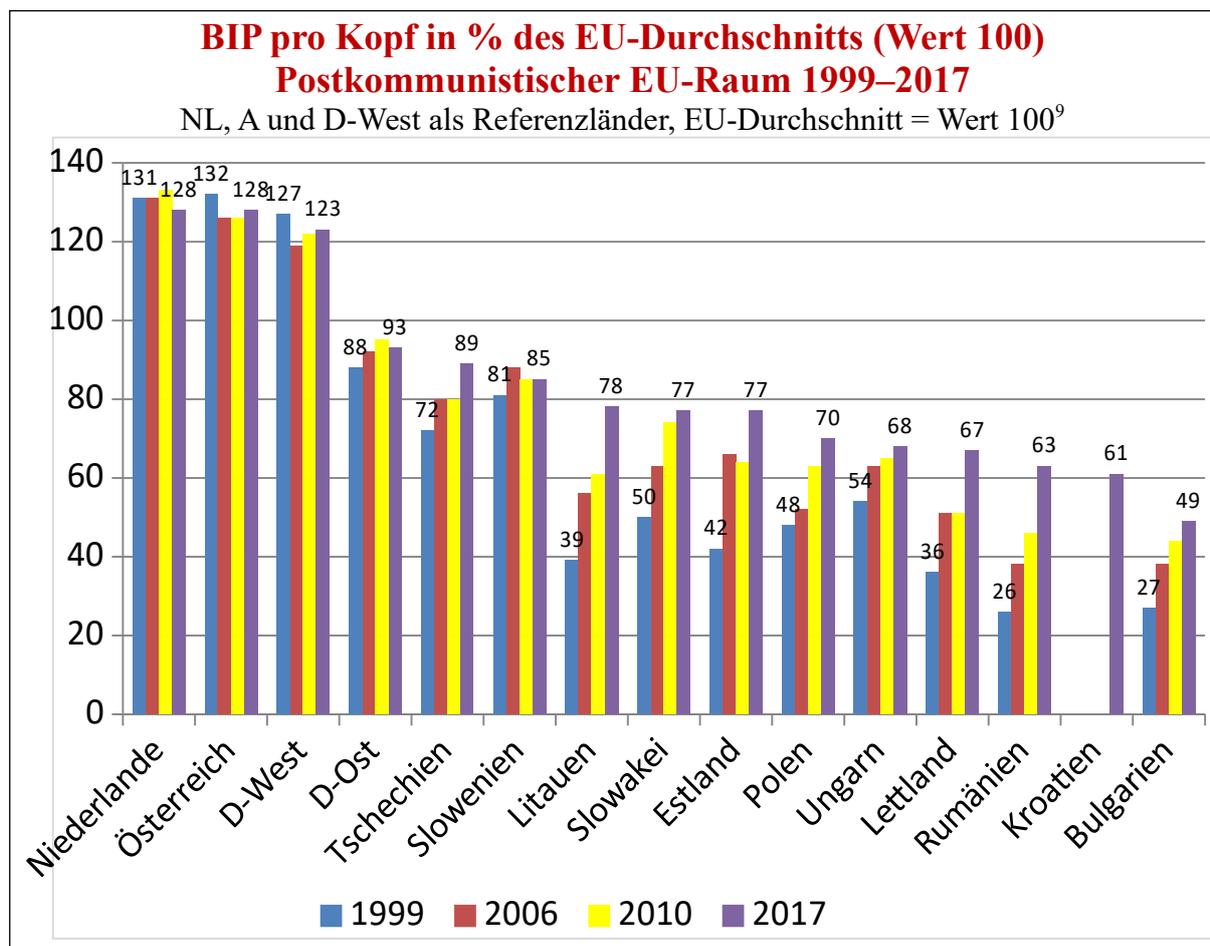
Die Zahl in Klammer (x): Die Länderreihenfolge im BTI- Status Index für das Jahr 2018  
 Höherer Wert = größerer Konsolidierungserfolg. BTI-Bewertungsskala: 8 - 10: sich konsolidierende Demokratien; 6 - 7,9: defekte Demokratien; 5 - 5,9: stark defekte Demokratien; 4 - 4,9: gemäßigte Autokratien; unter 4: harte Autokratien

### *Aufholprozess in der Wirtschaft*

Die wirtschaftlichen Systeme der postkommunistischen EU-Länder haben die anspruchsvolle Transformation von der Staats- zur Marktwirtschaft im Wesentlichen bewältigt und sind weitgehend konsolidiert. Die gesamtwirtschaftliche Effizienz erreicht noch nicht das Niveau der westlichen Industrienationen, es findet jedoch ein Aufholprozess statt. Wie die Grafik verdeutlicht, steigt im postkommunistischen EU-Raum kontinuierlich das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen am prozentualen EU-Durchschnitt. Gerade die Länder mit dem größten Nachholbedarf, wie Bulgarien und Rumänien, haben am meisten nach-

<sup>8</sup> *Quelle:* Bertelsmann-Transformations-Index (BTI), Status-Index für das jeweilige Jahr: Mittelwert aus den Ergebnissen der Dimensionen „Politische Transformation“ (Staatlichkeit, Politische Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Stabilität demokratischer Institutionen, Politische und gesellschaftliche Integration) und „Wirtschaftliche Transformation“ (Sozioökonomisches Entwicklungsniveau, Markt- und Wettbewerbsordnung, Währungs- und Preisstabilität, Privateigentum, Sozialordnung, Leistungsstärke der Volkswirtschaft, Nachhaltigkeit)

gezogen. Ostdeutschland, Tschechien und Slowenien sind schon dabei, bald den EU-Durchschnittswert (Wert 100 in der Grafik) zu erreichen.



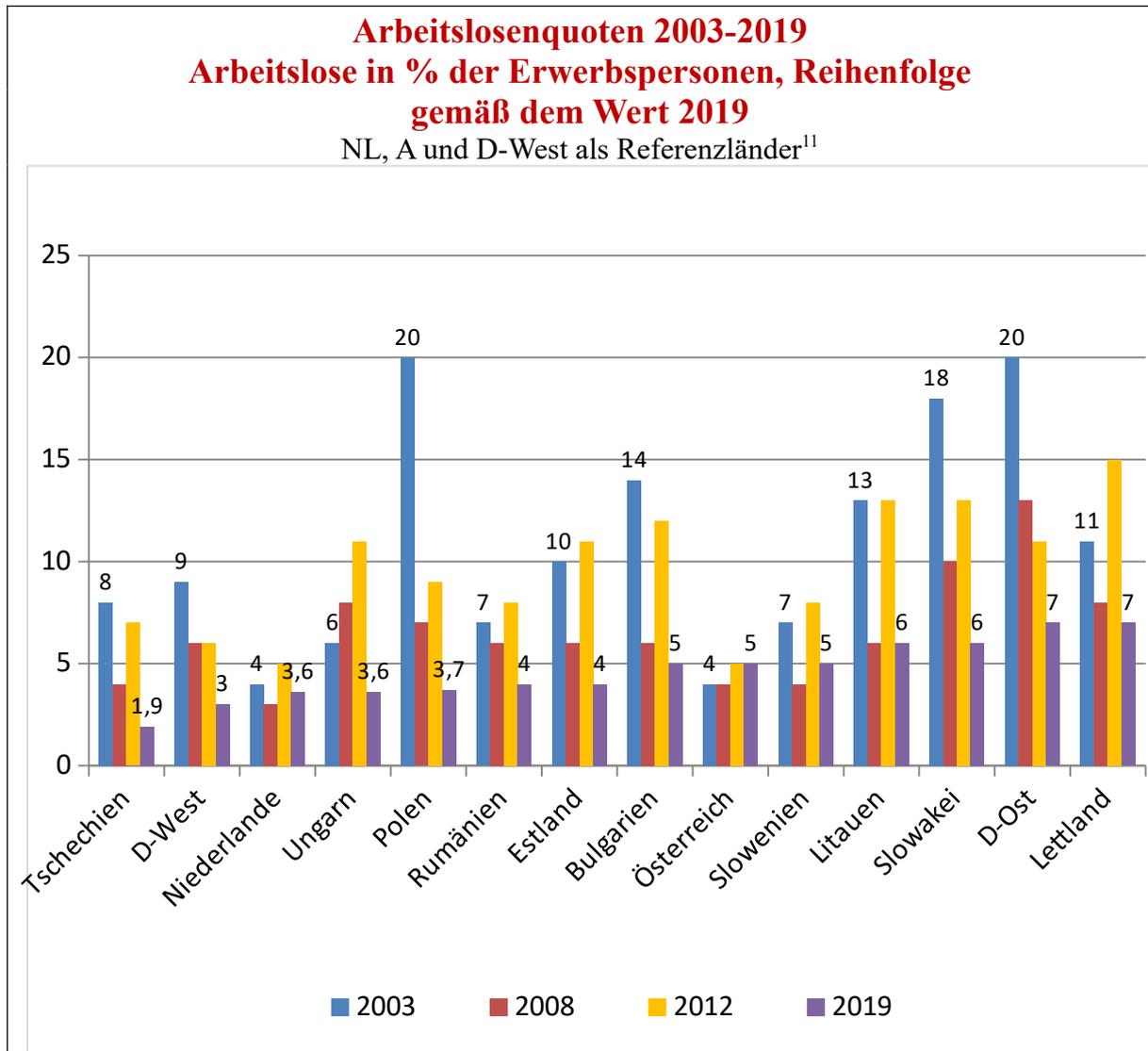
Als überdauernde Konsolidierungsdefizite im Wirtschaftsbereich können weiterhin unzureichende Rechts- und Steuersicherheit, Klientelismus, Korruption sowie niedrige Zahlungsmoral der Unternehmen bezeichnet werden.

### *Zunächst hohe, jetzt sinkende Arbeitslosigkeit*

Zunächst war die Arbeitslosigkeit im postkommunistischen EU-Raum hoch. Eine wichtige Ursache der hohen Arbeitslosigkeit nach den friedlichen Revolutionen im gesamten postkommunistischen EU-Raum war der weitgehend fehlende Mittelstand, der durch die kommunistische Diktatur fast vollständig liquidiert wurde. Es dauert Generationen, bis wieder das erforderliche Know-how, das Kapital und entwickelte Absatzstrukturen vorhanden sind. In Tschechien sinkt allerdings die Arbeitslosigkeit seit 2013, im Sommer 2019 war sie mit

<sup>9</sup> Quelle:  
 Wirtschaftskammer Österreich:  
[http://wko.at/statistik/wgraf/2014\\_45\\_BIP\\_Einwohner\\_2014.pdf](http://wko.at/statistik/wgraf/2014_45_BIP_Einwohner_2014.pdf) (15.7.2015);  
 KfW:  
<https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-Nr.-73-September-2014.pdf>

1,9% die niedrigste in der EU. Die Zahl der offenen Stellen ist in Tschechien um ca. 70% höher, als die Anzahl der Arbeitslosen. Bei den tschechischen Arbeitsämtern waren im Juni 2019 insgesamt 200.000 Menschen als erwerbslos gemeldet. Dem standen mehr als 346.000 freie Stellen gegenüber<sup>10</sup>.



<sup>10</sup> <https://www.wiwo.de/politik/konjunktur/konjunktur-wenn-deutschland-niest-bekommt-tschechien-einen-schnupfen/23844948.html>; <https://www.kurzy.cz/makroekonomika/nezamestnanost/>

<sup>11</sup> Quellen: Arbeitsamt, Zahlen 01/2015, in: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201512/analyse/analyse-arbeitsmarkt-zeitreihen/analyse-arbeitsmarkt-zeitreihen-d-0-201512-pdf.pdf>; <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/arbeitslosenzahlen-in-deutschland-sinken-auf-2-71-millionen-13676510.html> (Stand: 15.7.2015); Europäische Union: Arbeitslosenquoten in den Mitgliedsstaaten im Januar 2019: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/160142/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-eu-laendern/>; <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Ost-West-Nav.html>; [www.kurzy.cz/makroekonomika/nezamestnanost](http://www.kurzy.cz/makroekonomika/nezamestnanost)

Im Vergleich zu Tschechien fällt die hohe Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Bundesländern auf. Dies ist insbesondere die Folge der Währungsunion aus dem Jahre 1990, die als ein Schritt zur deutschen Wiedervereinigung politisch wohl unerlässlich war, wirtschaftlich jedoch einen Tsunami über die ostdeutsche Wirtschaft auslöste, weil die Lohnkosten in kurzer Zeit mehrfach gestiegen sind und der Produktivität in keiner Weise entsprachen. Die Arbeitslosigkeit war in den vergangenen 30 Jahren, trotz der immensen West-Ost-Transferzahlungen - in Höhe von fast 100 Tsd. Euro pro Kopf der ostdeutschen Bevölkerung - in Ostdeutschland mehr als doppelt so hoch wie in Tschechien. In Tschechien fand - im Unterschied zu den ostdeutschen Bundesländern - auch keine Massenabwanderung statt, was mit der niedrigen Arbeitslosigkeit zusammenhängt.

Trotz der gewissen Abkühlung im Jahre 2018 hat sich die Situation an den europäischen Arbeitsmärkten in den letzten Jahren insgesamt deutlich entspannt. Die Arbeitslosenquote in der EU war im Jahre 2019 auf dem tiefsten Stand seit zehn Jahren. Allerdings gibt es nach wie vor große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. So hatte die Arbeitslosenquote im Euroraum im Oktober 2017 noch bei 8,8 Prozent gelegen. In der gesamten Europäischen Union lag die Arbeitslosenquote im Oktober 2017 bei 6,7 Prozent. Das ist der niedrigste Wert seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2000.

In allen Ländern des postkommunistischen EU-Raums war im Zeitraum 2015-2019, insbesondere nach der Überwindung der Krise von 2008, die Arbeitslosenquote substanziell gesunken. Insbesondere in Polen von etwa 20% auf etwa 4% und in Ostdeutschland von 20% auf etwa 7%, was ein ausgesprochen positiver Prozess ist. Dies ist sicherlich auch ein wichtiger Faktor in der Zunahme der Zufriedenheit mit der realen Demokratie im eigenen Land in den Umfragen. Zum ersten Mal seit der Wende ist in den letzten Jahren in mehreren postkommunistischen Ländern die Zufriedenheit größer als die Unzufriedenheit.

## **5. Demokratiedefizite im postkommunistischen EU-Raum**

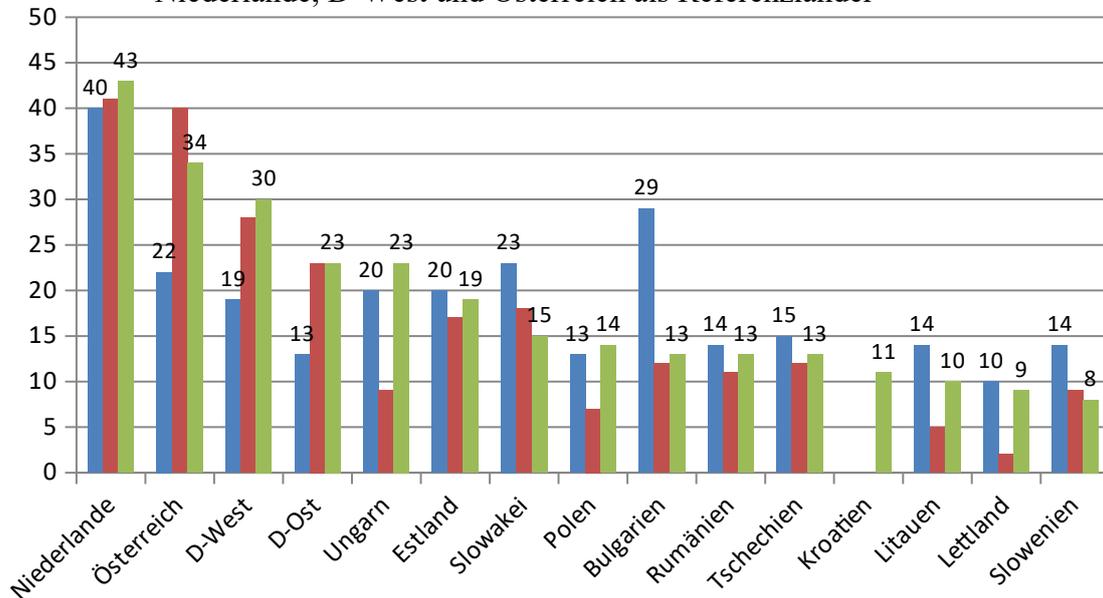
### *Tiefes Misstrauen zu politischen Parteien*

Trotz des Konsolidierungsfortschritts dauern im postkommunistischen EU-Raum einige Demokratiedefizite fort. Die oft verdrossenen Bürger misstrauen den politischen Parteien und Institutionen, engagieren sich nicht in der Politik, die Zivilgesellschaft ist unterentwickelt. Am drastischsten ist das Misstrauen gegenüber politischen Parteien. Die Ursachen hierfür? Die Menschen wurden im Kommunismus unter den Bedingungen der unentwegten Lügenpropaganda sozialisiert. Und die kommunistische Partei war die Quelle der dreistesten Unwahrheiten. Aufgrund dessen verhielt sich die große Mehrheit der Bevölkerung gegenüber der Partei - zu Recht - besonders misstrauisch. Und das Misstrauen bleibt weiterhin immens. Es erreicht dramatische 80% bis 90% der Bürger; in Lettland herrscht zu 91% Misstrauen, in Slowenien 92%. Es stellt sich die Fra-

ge: Können Länder, in welchen mehr als 80% der Bürger den politischen Parteien misstrauen, als konsolidierte Demokratie bewertet werden?

### Vertrauen in die politischen Parteien in % Länderreihenfolge gemäß den Werten von 2017

Niederlande, D-West und Österreich als Referenzländer

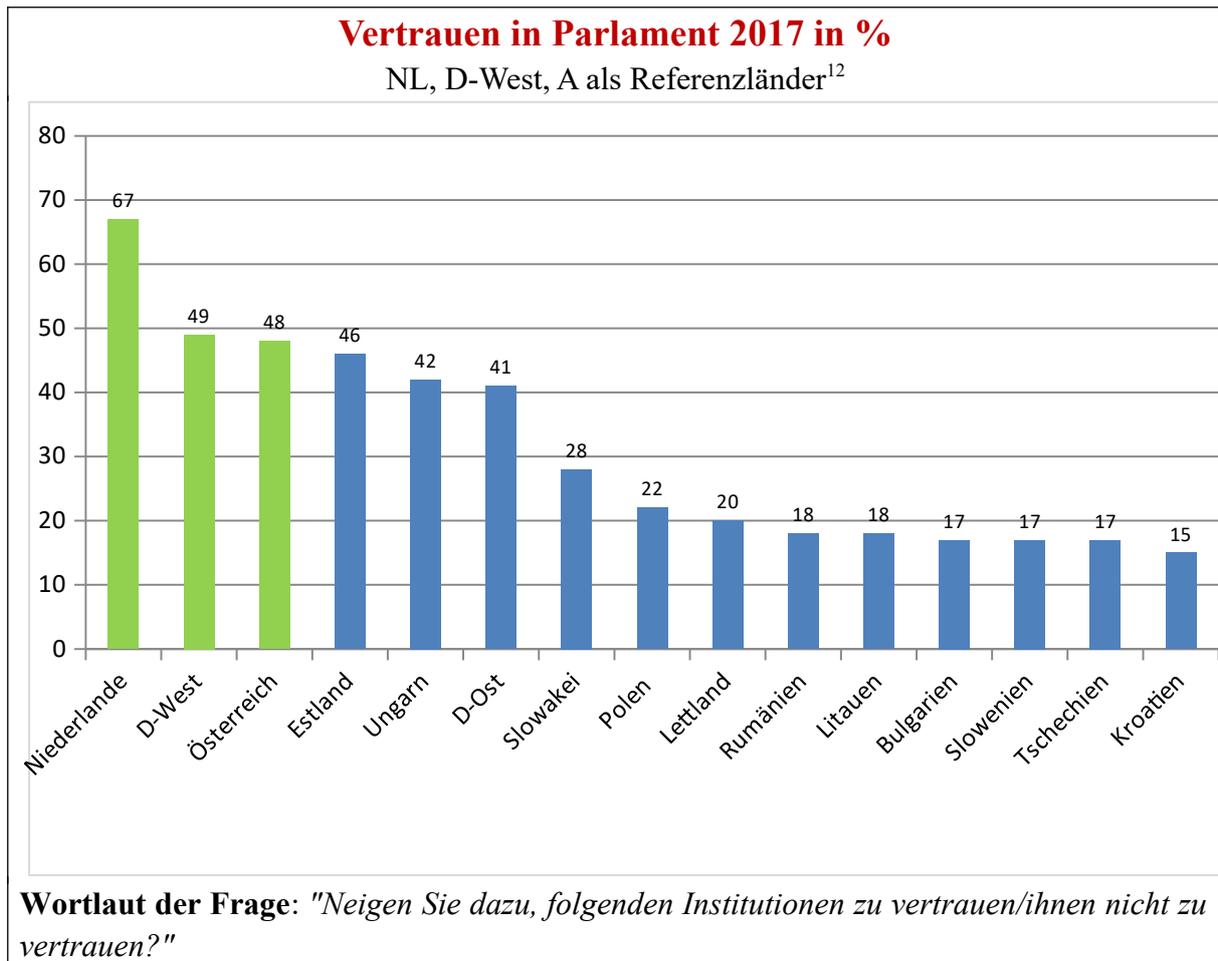


#### *Mangel an Vertrauen zu den demokratischen Institutionen*

Mit dem Misstrauen zu den Parteien hängt auch das fehlende Vertrauen zu den demokratischen Institutionen insgesamt zusammen. Schließlich tagen im Parlament die Vertreter der Parteien. Misstrauen überwiegt permanent gegenüber dem Vertrauen, sowohl zum Parlament, als auch zur Regierung und zu der Justiz. Die Unterschiede zwischen westlichen und östlichen EU-Ländern sind signifikant. In den Niederlanden genießt das Parlament Vertrauen von 67% der Bevölkerung, in den meisten östlichen EU-Ländern weniger als 20%. Wie auch bei anderen Meinungsumfragen sind die Werte in Ostdeutschland anders als in Westdeutschland, dafür aber ähnlich den Werten in anderen EU-Ländern Ostmitteleuropas.

#### *Zweifel an politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten*

Mit dem Misstrauen zu den politischen Institutionen hängen auch Zweifel bezüglich der politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten zusammen. Die Bevölkerung im östlichen EU-Raum ist extrem skeptisch im Hinblick auf ihre politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten. Weniger als 20 % der Bürger glauben, dass Menschen, wie sie, einen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut.



### *Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen*

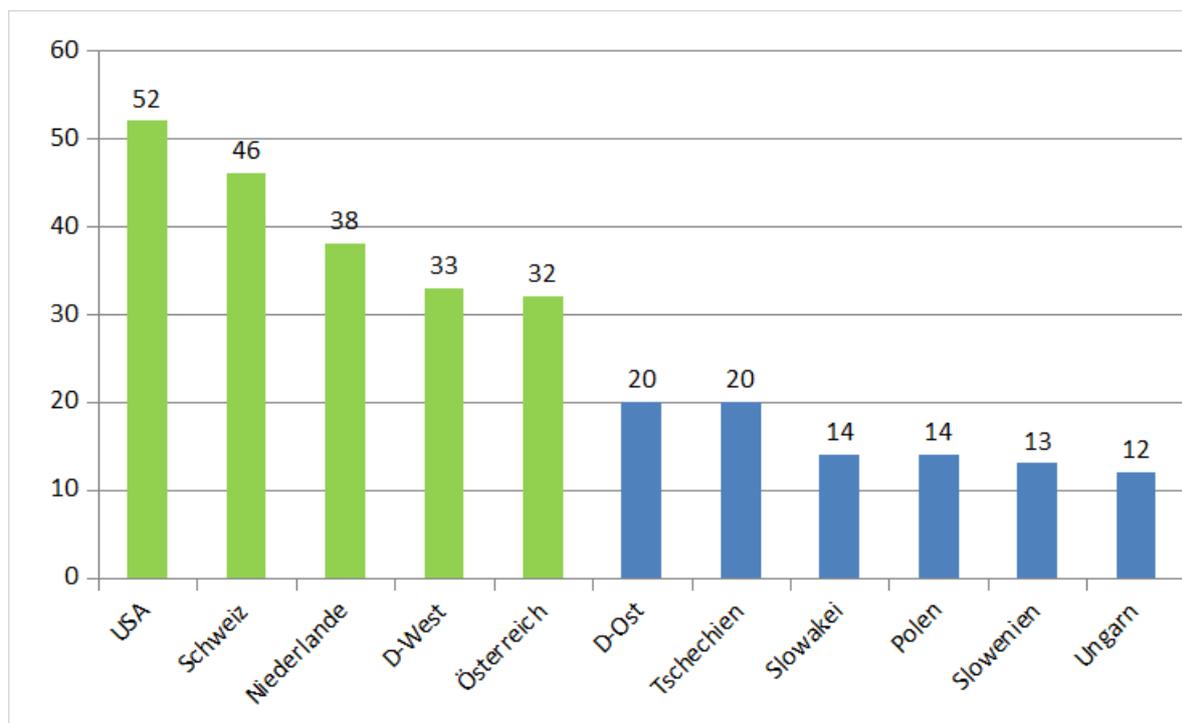
Die Bürger misstrauen den Parteien und glauben nicht, durch ihr Verhalten die Regierungspolitik beeinflussen zu können<sup>13</sup>. Die Wahlbeteiligung ist daher in den östlichen EU-Staaten sowie in Ostdeutschland permanent geringer als in den etablierten Demokratien. Bei den jeweils letzten Parlamentswahlen betrug sie im postkommunistischen EU-Raum um die 60%, wobei Rumänien mit 40% negative Rekordwerte erreicht. Auch in Polen muss die Wahlbeteiligung, die stets um 50% liegt, als dürftig angesehen werden. Im Kommunismus bestand eine strenge Wahlpflicht, die Kandidaten der kommunistischen Partei zu wählen; viele Bürger nehmen es jetzt als eine gewisse Freiheit war, zur Wahl nicht gehen zu müssen.

<sup>12</sup> *Quelle:* Eurobarometer 88/2017. Für den Bundestag: <https://www.n-tv.de/politik/Bundespraesident-vorn-Parteien-hinten-article20216987.html> (Angaben 2018)

<sup>13</sup> Vgl. Grafik „Wahrnehmung der politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten“; ferner Ziemer 2003: 28; Vodička/Cabada: 444

**Wahrnehmung der politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten  
„Leute wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“  
Ablehnung in %**

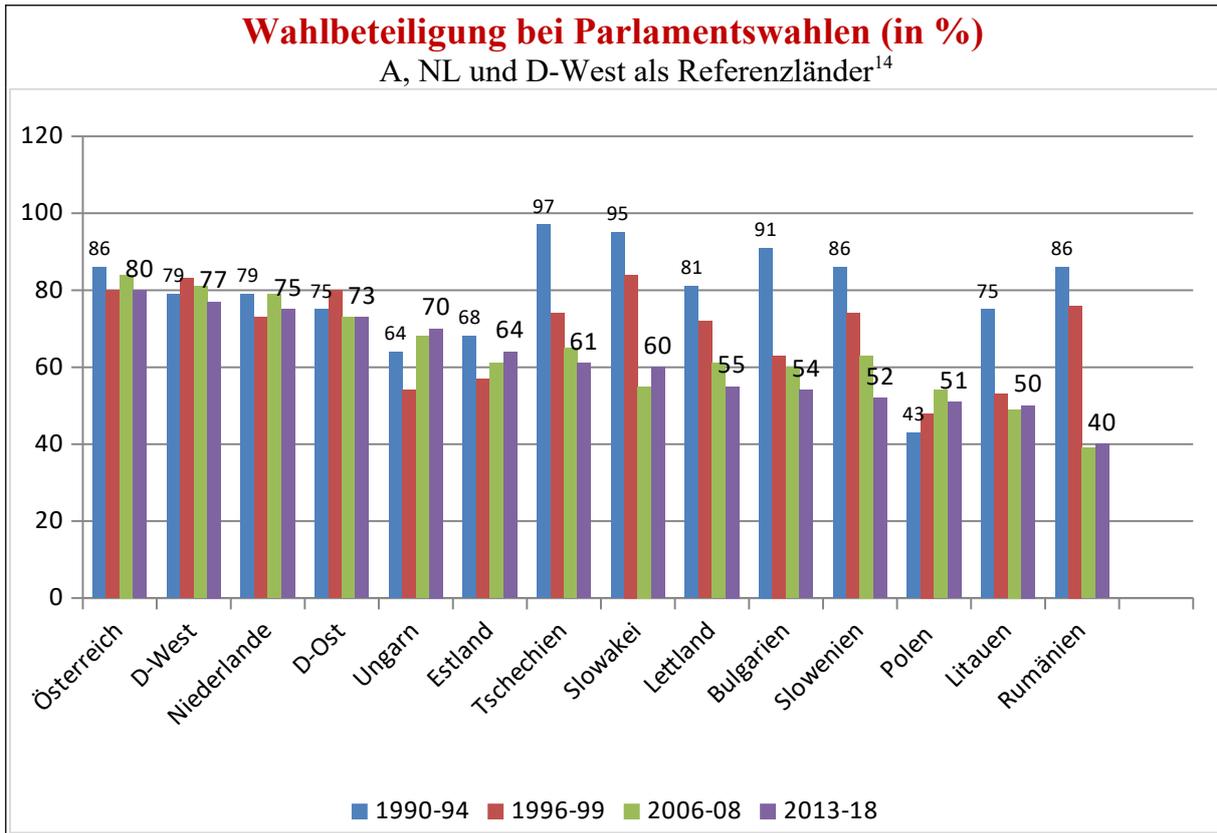
USA, CH, NL, D-West und A als Referenzländer



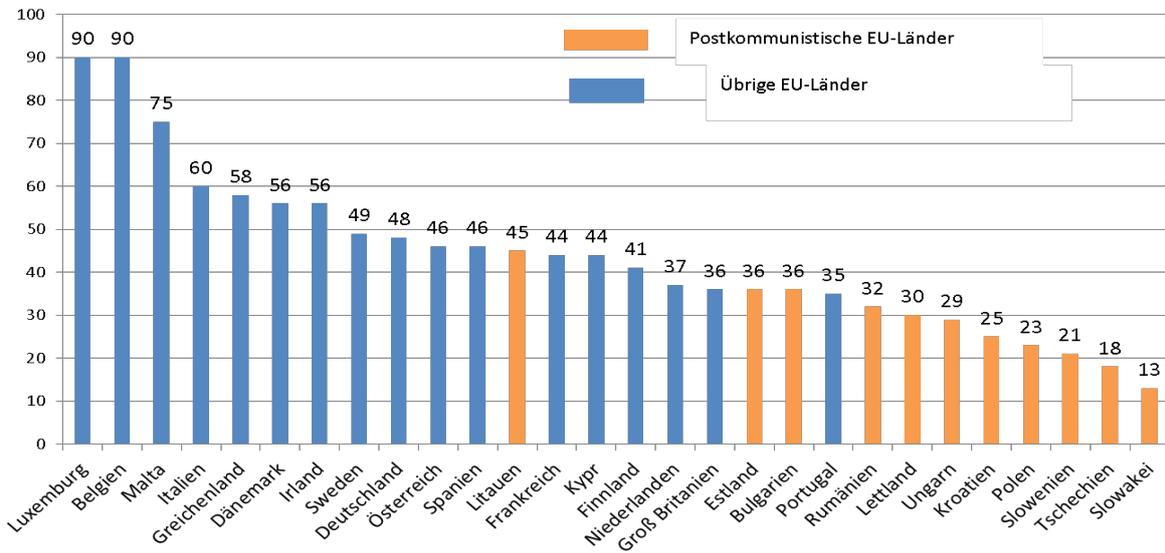
Bei den ersten freien Parlamentswahlen begrüßte die Bevölkerung Mitteleuropas begeistert - durch hohe Wahlbeteiligungen - die nach der langen Zeit der kommunistischen Diktatur neu gewonnene Wahlfreiheit. Doch die Wähler waren bald enttäuscht von der eingetretenen realen Demokratie, mit ihren Mängeln und Unzulänglichkeiten, von der alles beherrschenden Korruption, von der früher unbekanntem Arbeitslosigkeit und von den sozialen Erschütterungen, die der Übergang von der Staats- zur Marktwirtschaft verursacht hatte. Daher ging die Wahlbeteiligung bei den nachfolgenden Wahlen rasch zurück.

#### *Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014*

Auch die Reihenfolge der Länder bei den Wahlen in das EU-Parlament 2014 verdeutlicht, dass die postkommunistischen EU-Länder wesentlich niedrigere Wahlbeteiligung aufweisen. Die Tschechen haben mit 18% eine jämmerliche Wahlbeteiligung, allerdings die Wahlbeteiligung der Slowaken ist mit 13% noch peinlicher.



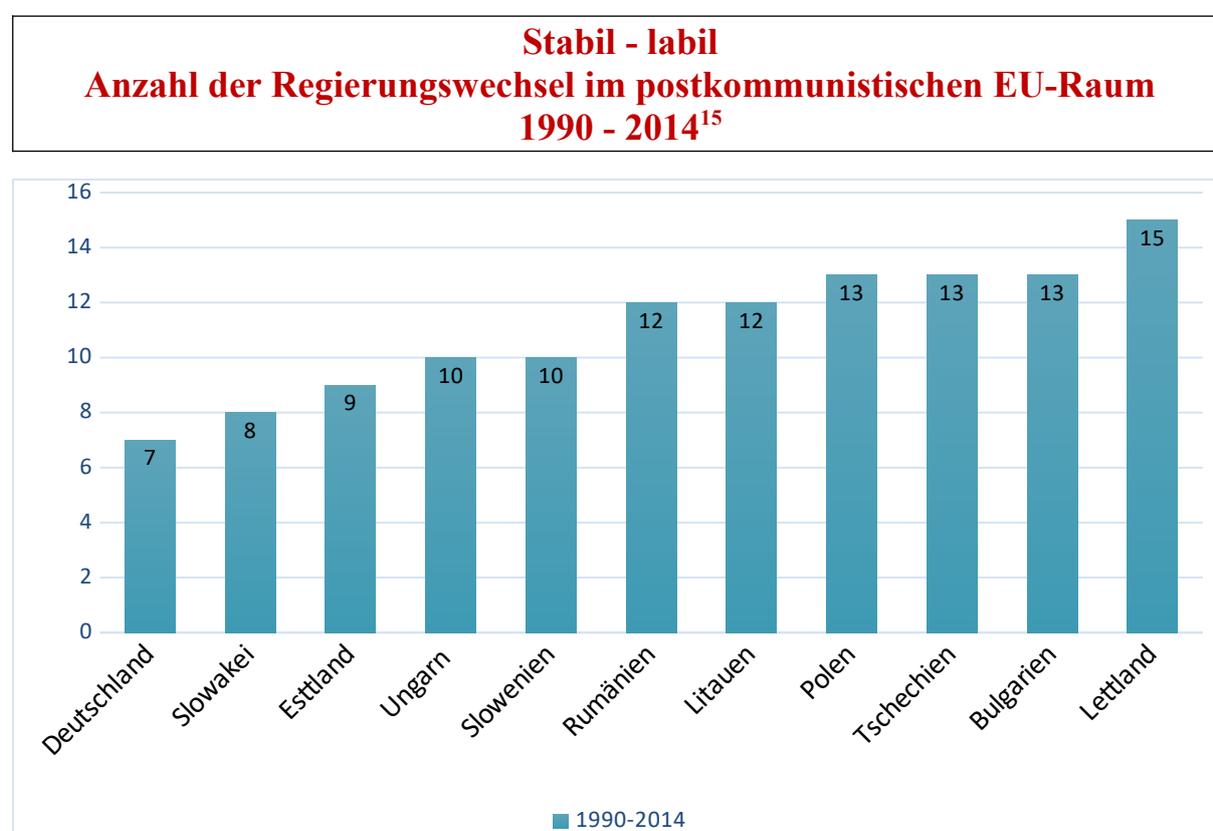
### Wahlen zum EU-Parlament 2014 Wahlbeteiligung in %



<sup>14</sup> Quelle: European Election Database: [http://www.nsd.uib.no/european\\_election\\_database/country](http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country) (28.5.2015)

### *Häufigkeit von Regierungswechseln*

In Deutschland kam es im Zeitraum 1990-2014 siebenmal zum Regierungswechsel, immer nach dem Ablauf der regulären Legislaturperiode, in Lettland 15-mal, folglich mehr als doppelt so oft. In den meisten östlichen EU-Staaten kommt es häufig zum Regierungswechsel, Ursachen: Die Bürger engagieren sich wenig in der Politik, treten nicht in die Parteien ein. Die Parteiensysteme sind daher in der Bevölkerung im postkommunistischen EU-Raum nur seicht verankert, was eine Instabilität der Parteiensysteme verursacht. Es wird wohl Jahrzehnte dauern, bis die Parteien in der Bürgergesellschaft tief verankert sind. Durch die Instabilitäten innerhalb der Parteiensysteme (hohe Wählervolatilität, Parteienspaltungen, Zerfall der Regierungskoalitionen) werden Turbulenzen im parlamentarischen Prozess hervorgerufen.



Die durchschnittliche Amtsdauer der Regierungschefs betrug im postkommunistischen EU-Raum 1990-2014 etwa 2 Jahre. Ein gutes Viertel der Premierminister (28%) war sogar weniger als ein Jahr im Amt. In der Tendenz wurden die Regierungen mit der Zeit stabiler und ihre Amtsdauer länger, was auf eine sukzessive Konsolidierung der politischen Systeme hindeutet. Die eigentliche Ursache für den Regierungswechsel war selten ein parlamentarisches Misstrauensvotum. Zumeist handelte es sich um programmatisch oder personell bedingte Konfrontationen zwischen den Koalitionspartnern oder um parteiinterne Kontrollversen, die entweder den Koalitionszerfall oder die Partei- bzw. Fraktionsspal-

<sup>15</sup> Quelle: Grotz, Müller Rommel Hrsg. 2006: 370-372; eigene Berechnungen

tung zur Folge und dann zum Wechsel im Amt des Regierungschefs oder der Minister geführt hatten<sup>16</sup>.

### *Massive Korruption*

Der Unterschied der Korruptionsintensität zwischen den etablierten Demokratien der Referenzländer (NL, A, D) und den östlichen EU-Ländern ist exorbitant<sup>17</sup>: Die Zahlen in der Grafik bedeuten die Rangfolge im Korruptionswahrnehmungsindex (CPI). Niederlande war im Jahre 2018 auf dem Platz 8, Bulgarien auf dem Platz 77 von 174 Ländern, die im Korruptionsindex bewertet wurden. Alle östlichen EU-Länder zeichnen sich durch massive Korruption aus, welche die wirtschaftliche Entwicklung unterbindet, die Legitimität wie die Akzeptanz des demokratischen Systems beeinträchtigt und die Qualität des jeweiligen Wirtschaftsstandortes abwertet.

Für die Bundesrepublik Deutschland stehen keine differenzierte Ost/West-Daten zu Verfügung, so dass - im Sinne der bewiesenen Gemeinsamkeiten im postkommunistischen EU-Raum - nur vermutet werden kann, dass in den östlichen Bundesländern die Korruption größer ist als im Westen. Das Bundesland mit den meisten Korruptionsverfahren (7 Verfahren pro 100 Tsd. Einwohner) war 2013 Brandenburg<sup>18</sup>. Die Tschechen, die in den anderen Bereichen oft zu den Besten gehören, sind in der Korruptionsbekämpfung durchschnittlich.

Mehrere postkommunistische EU-Länder (Estland, Lettland, Polen, Kroatien) haben sich im Zeitraum 1999-2018 leicht gebessert. Ungarn war dagegen vom relativ anständigen Platz 31 im Ranking 1999 auf Platz 64 im Ranking 2018 drastisch abgerutscht, noch hinter das unter dem Aspekt der Korruption berüchtigt-berühmte Rumänien. Dies verdeutlicht, wie die Einschränkung der demokratischen Kontrolle, die durch die durchgreifenden autokratischen Tendenzen in Ungarn verursacht wird, die Korruption begünstigt. Um Korruption zu bekämpfen, müssten die demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen gestärkt werden. Dazu gehören auch eine lebendige Zivilgesellschaft und unabhängige Medien, als wichtige Kontrollinstanzen, die ohne Angst und Einschränkungen zur Widerstandskraft der pluralistischen Demokratien beitragen können. Dies ist in Ungarn aktuell nicht mehr der Fall. Die Entwicklung in Ungarn belegt, dass es einen klaren Zusammenhang zwischen der Abschwächung der Demokratie und der rechtsstaatlichen Strukturen und der wuchernden Korruption gibt.

---

<sup>16</sup> Vgl. Vodička, Heydemann 2013: 339f ; Grotz, Müller, Rommel Hrsg. 2006: 220.

<sup>17</sup> *Quelle*: Transparency International, Corruption Perceptions Index für das jeweilige Jahr

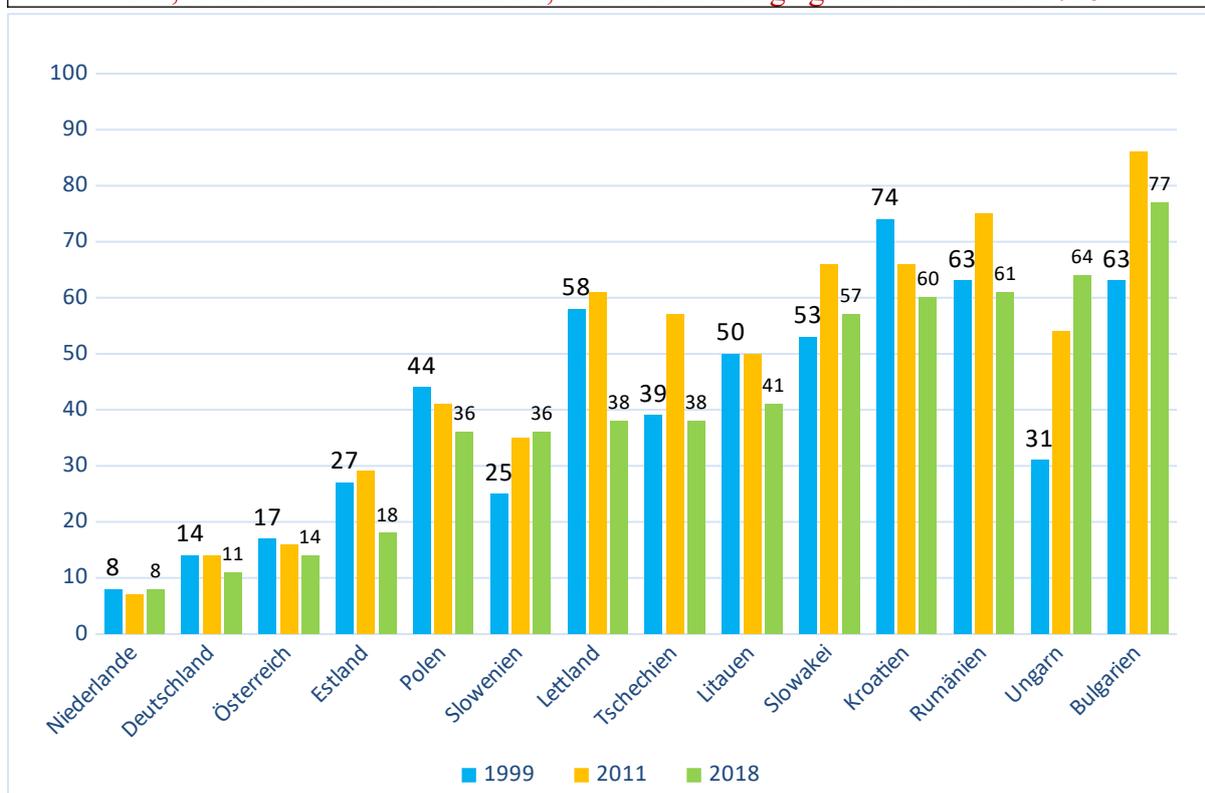
<sup>18</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article136675226/Das-sind-die-Hochburgen-der-korrupten-Beamten.html>

## *Die Ursachen der hohen Korruptionswerte im postkommunistischen EU-Raum im Allgemeinen*

- Schon im Kommunismus hat sich die Korruption eingenistet, sie war ein Bestandteil des Alltagslebens. Nach der Wende hat sie im Zusammenhang mit der wilden Privatisierung des Staatseigentums und der Einführung der Marktwirtschaft ganz andere Dimensionen angenommen.
- Die demokratischen Defizite schwächen die rechtsstaatlichen Institutionen, die Medienfreiheit ist oft eingeschränkt. In der Slowakei wurde der investigative Journalist Ján Kuciak, der sich auf die Recherchen zu Fällen von Korruption und Steuerdelikten in der Slowakei spezialisierte, ermordet.
- Die Bürger engagieren sich zu wenig in der Politik. Die mangelnde Kontrolle der Entscheidungsträger schafft Freiräume für die Korruption.

### **Rangfolge der Länder im Corruption Perceptions Index 1999-2018<sup>19</sup>**

NL, D und A als Referenzländer; Länderreihenfolge gemäß dem Wert 2018



### *Unzufriedenheit mit der realen Demokratie*

In den etablierten Demokratien der Referenzländer wird die Zufriedenheit mit der realen Demokratie - auch in Krisenzeiten - von einer Mehrheit getragen. Demgegenüber war lange Zeit im postkommunistischen EU-Raum die Bevölkerung mit der Demokratierealität in ihrem Land - permanent, mehrheitlich - unzufrieden<sup>20</sup>. Als Ursache für die hohen Unzufriedenheitswerte können sowohl politisch-kulturelle Faktoren (etwa das von der Diktaturzeit überlieferte Misstrauen

<sup>19</sup> Quelle: Transparency International, CPI 1999-2018

gegenüber allem Politischen), wie auch die tiefen Enttäuschungen über die Realität des demokratischen Prozesses nach den friedlichen Revolutionen angenommen werden<sup>21</sup>.

Auch gemäß der Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft „Korruption schwächt Demokratien“ entkräftet die andauernde Korruption die neuen Demokratien. Sie ist ein wesentlicher Faktor der Unzufriedenheit. Die Hoffnungen der Bevölkerung nach den friedlichen Revolutionen, dass auch die Korruption zurückgedrängt wird, wurden enttäuscht. Vor allem Korruptionserfahrungen bei alltäglichen Behördengängen haben Einfluss auf die Zustimmung.

So zählt zum Beispiel rund jeder vierte Rumäne regelmäßig Bestechungsgelder auf Ämtern und Behörden. In Bulgarien sind es rund 15 Prozent der Bürger. Ungarn liegt bei rund 13 Prozent, Polen bei 8 Prozent<sup>22</sup>. Demokratien funktionieren nur, wenn die Bürger dem System und seinen Institutionen vertrauen. Korruption zerstört dieses Vertrauen. „Nur wenn die Korruption zurückgedrängt wird, werden die Bürger fester hinter der Demokratie stehen und weniger anfällig für Populisten sein“, besagt die Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft<sup>23</sup>.

Überaus positiv ist, dass in Polen, Estland, Lettland, Tschechien sowie Ostdeutschland bei den Umfragen und Analysen im Jahre 2018 die Zufriedenheit mit der realen Demokratie größer war als die Unzufriedenheit. Es ist eine historische Wende; so ist es zum ersten Mal seit den friedlichen Revolutionen der Fall. Dies kann u.a. auf die Überwindung der Wirtschaftskrise und seit mehreren Jahren boomende Konjunktur in den baltischen und ostmitteleuropäischen EU-Ländern zurückgeführt werden. Unter den postkommunistischen EU-Mitgliedsländern gibt es allerdings erhebliche Differenzen bei der Demokratiezufriedenheit.

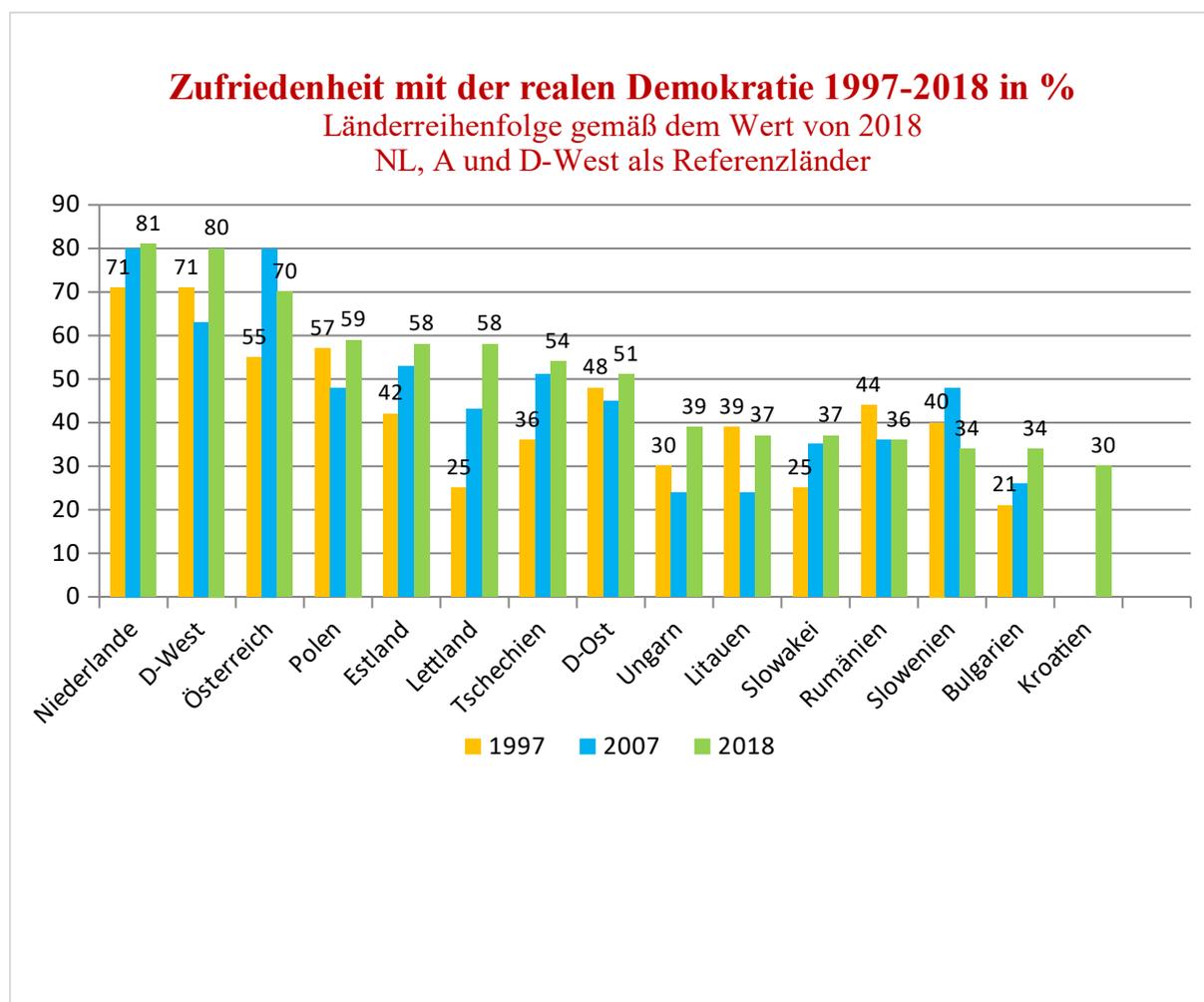
Während in Polen, Estland, Tschechien und Lettland nun mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger zufrieden ist mit dem Funktionieren der Demokratie des eigenen Landes, trifft dies in den anderen osteuropäischen EU-Mitgliedsländern nur für eine Minderheit zu. Es muss als prekär angesehen werden, dass in sieben postkommunistischen EU-Ländern nach wie vor eine Mehrheit von ca. 60% der Bürger mit der Demokratie in ihrem Land unzufrieden ist. Am geringsten ist der Wert in Kroatien, wo lediglich 30% der Bürger zufrieden sind. Der Unterschied in der Zufriedenheit zwischen West (80%) und Ost (51%) der Bundesrepublik war und bleibt nach wie vor immens, beträgt fast 30%.

<sup>20</sup> Mit jeweils einer Ausnahme für Tschechien, Polen, Estland und ostdeutsche Bundesländer

<sup>21</sup> Vgl. Vodička/Heydemann 2013: 356; ferner Müller et. al. 2006: 164

<sup>22</sup> <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/beitrag/dominik-h-enste-korruption-schwaecht-demokratien.html>

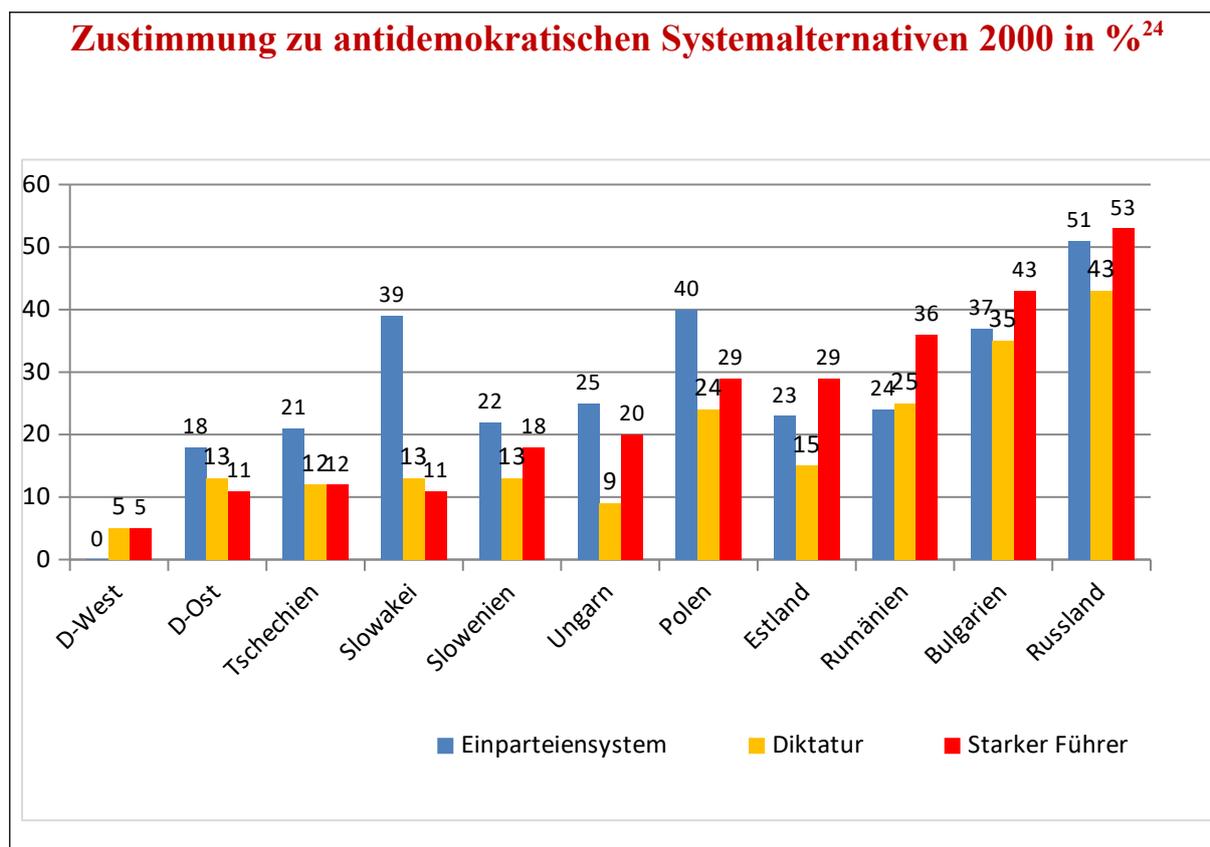
<sup>23</sup> <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/beitrag/dominik-h-enste-korruption-schwaecht-demokratien.html>



### *Zustimmung zu antidemokratischen Systemalternativen*

Als eine substantielle Voraussetzung für ausreichende Demokratiepersistenz gilt, dass in der Gesellschaft keine größeren Gruppen existieren, welche antidemokratische Systemalternativen für besser erachten, als die parlamentarische Mehrparteiendemokratie. Dies ist im postkommunistischen Bereich nicht immer der Fall.

1. Die Frage in der ersten Säule lautet: *„Ein Mehrparteiensystem ist dazu bestimmt, Chaos zu stiften. Alles was wir brauchen, ist ein Einparteiensystem“*. In der Bundesrepublik-Ost stimmen 18% der Befragten zu, in Tschechien 21%, in den anderen Ländern noch mehr.
2. Die Frage in der zweiten Säule lautet: *„Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die beste Regierungsform“* - Bundesrepublik-West 5% Zustimmung, D-Ost und Tschechien etwa doppelt so viel, die anderen postkommunistischen Länder noch mehr.



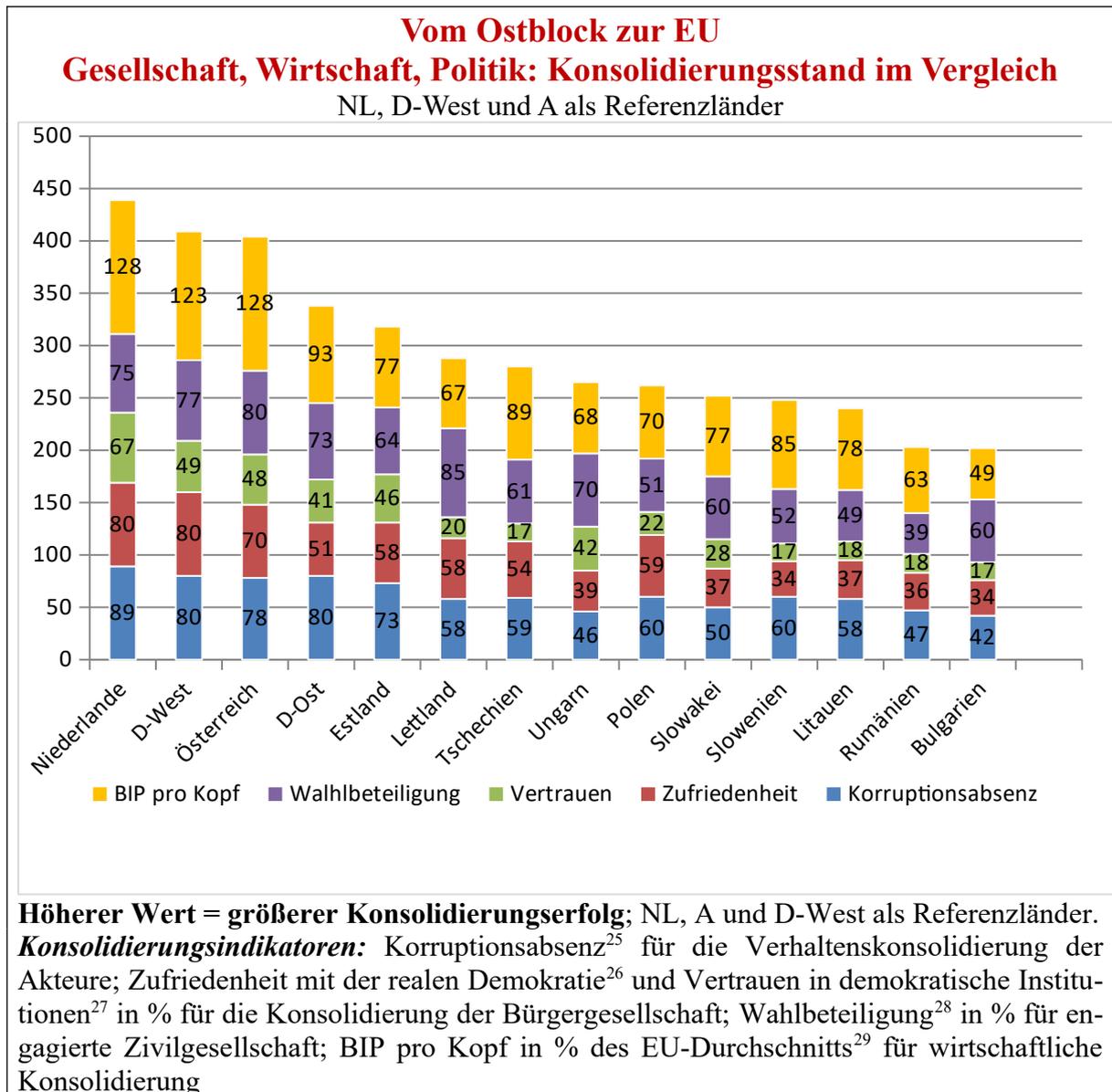
3. Die Frage der dritten Säule lautet: „Es ist das Beste, das Parlament los zu werden und einen starken Führer zu haben, der die Dinge schnell entscheiden kann“. Die Zustimmung im Westen der Bundesrepublik (Referenzland) beträgt 5%, in den östlichen Bundesländern und in Tschechien wieder etwa doppelt so viel, etwa 10%. Die Ostdeutschen sind sich mit den Tschechen in der Regel ähnlich. Das Referenzland an der anderen Seite ist Russland. Die Russen wollen mehrheitlich, mit 53%, einen starken Führer: ihr Wunsch wird erfüllt.

### 6. *Konsolidierungsstand im Vergleich: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik*

In dieser Grafik werden verschiedene Aspekte der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung zusammengenommen: Korruptionsabsenz, Zufriedenheit mit der realen Demokratie, Vertrauen in demokratische Institutionen, Wahlbeteiligung und BIP pro Kopf in Prozent des EU-Durchschnitts.

Bei der Betrachtung der Grafik fällt auf, dass die einzelnen Konsolidierungsindikatoren eng zusammenhängen. Weniger Vertrauen verursacht geringere Wahlbeteiligung, kleineres Engagement der Bürger vergrößert den Raum für Korruption, die Bürger sind dann um so mehr unzufrieden und haben umso weniger Vertrauen: der Kreis schließt sich.

<sup>24</sup> Quelle: Pickel 2009: 269



## 7. Chancen und Risiken

Im Hinblick auf die erwähnten Demokratiedefizite kann nicht ganz ausgeschlossen werden, dass der Transformationsprozess in einigen der postkommunistischen EU-Länder auf dem gegenwärtigen Konsolidierungsniveau zum Stillstand gelangt. Die Folgen davon wären die ungenügende Demokratiequalität und eingeschränkte Systemfunktionalität. Es kann zeitweise gar zu partiellen Rückschlägen kommen, so wie in Ungarn und in Polen. Die Demokratiedefizite könnten sich in folgenden Problemfeldern widerspiegeln:

<sup>25</sup> CPI-Werte 2018, *Quelle:* Transparency International, Corruption Perceptions Index (mit nur einer Angabe für Gesamtdeutschland), Zugriff am 19.3.2019

<sup>26</sup> *Quellen:* Vgl. Grafik „Zufriedenheit mit der realen Demokratie“

<sup>27</sup> *Quelle:* vgl. Grafik „Vertrauen in Parlament“

<sup>28</sup> *Quelle:* vgl. Grafik „Beteiligung bei Parlamentswahlen“

<sup>29</sup> *Quelle:* vgl. Grafik „Pro-Kopf-BIP“

- weitgehende Beherrschung der Politik durch finanzstarke, oft dubiose Interessengruppen (sogenannte „Patronen“ oder „Oligarchen“), welche die Parteien und nicht selten die Parteifunktionäre direkt finanzieren und davon in Form von maßgeschneiderten Gesetzen und üppigen öffentlichen Aufträgen bzw. EU-Subventionen profitieren;
- massiv verbreitete bis endemische Korruption;
- minimale politische Partizipation und niedriges Demokratievertrauen der politikverdrossenen Bürger;
- hohe Wählervolatilität und labile Parteiensysteme;
- starke populistische sowie rechts- und linksextremistische Parteien und Gruppierungen;
- eingeschränkte Medienfreiheit;
- ineffektive öffentliche Verwaltung und Justiz, mangelhafte Rechtsdurchsetzung;
- niedriges Niveau der öffentlichen Dienstleistungen wie Sicherheit, Bildungs- und Gesundheitswesen, Wissenschaft und Grundlagenforschung, Verkehr und Umweltschutz;
- die durch obige Defizite reduzierte Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft.

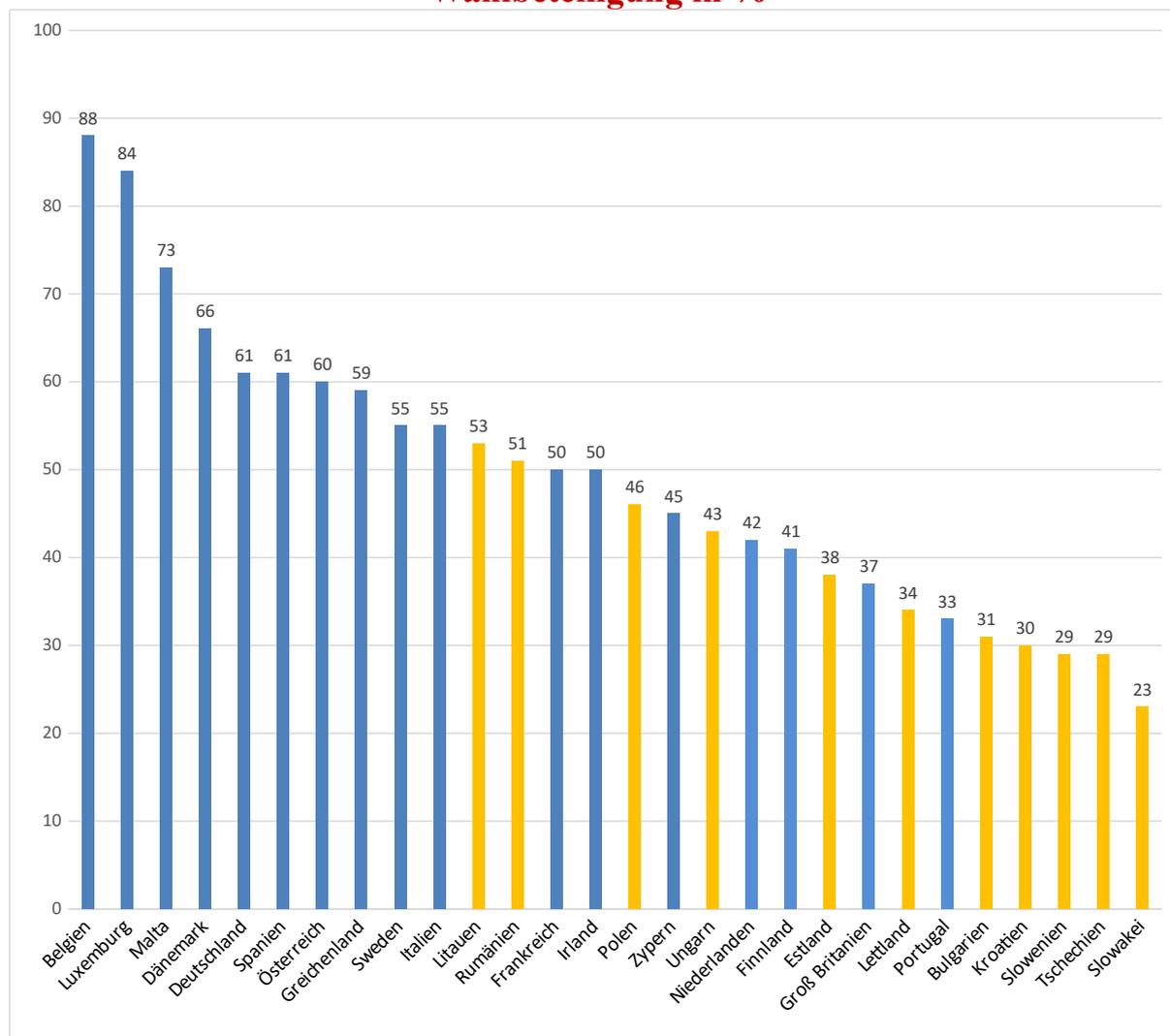
Bei der Bekämpfung der genannten Demokratiedefizite im postkommunistischen EU-Raum wird die EU und ihre Institutionen weiterhin eine essentielle Rolle spielen. Der deutsche Soziologe Ralf Dahrendorf hat im Jahre 1990 prognostiziert, dass zu der Herausbildung einer Bürgergesellschaft in den posttotalitären Gesellschaften drei Generationen gebraucht würden. Die reale Entwicklung hat ihm Recht gegeben. Der Mentalitätswandel in der Bevölkerung, der nicht von oben angeordnet werden kann, sondern sich mit der Zeit frei entfalten muss, stellt nach wie vor das Kernproblem der Transformation dar. Die eindeutig wahrscheinlichste Entwicklung aller postkommunistischen EU-Länder ist allerdings die weitere Konsolidierung der Demokratie und der Marktwirtschaft, eine weitere Verfestigung der demokratischen Institutionen sowie eine weitere Vitalisierung und Kräftigung der Bürgergesellschaft.

## 8. *Europawahlen 2019*

Im Mai 2019 haben die Bürger der EU ein neues Europäisches Parlament gewählt. Lange galten für die EU-Bürger die Europawahlen als Wahlen zweiter Ordnung, von geringer politischer Bedeutung. Doch 2019 wurden sie zur Richtungswahl über die Zukunft der Europäischen Union. Die Spuren fast eines Jahrzehnts der Krise machten sich bemerkbar: Die zukünftige Entwicklung der EU ist weitgehend umstritten. Die Umstände der Europawahl waren insofern außergewöhnlich, nicht zuletzt auch angesichts des Brexits, da die britischen Bürgerinnen und Bürger trotz weiter geplanten Austritts an der Wahl teilnahmen. Die Wahlbeteiligung zum EU-Parlament war deutlich gestiegen und hat mit 50,6% den höchsten Wert seit 1994 erreicht.

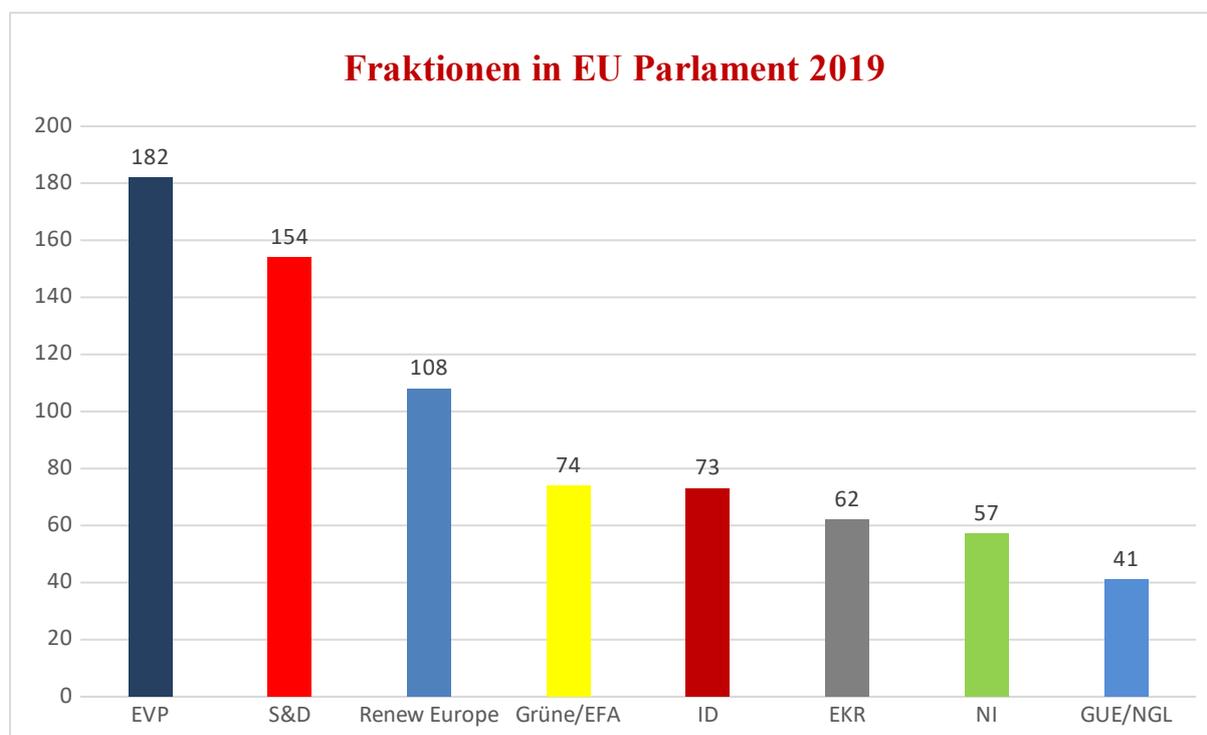
Insgesamt waren mehr als 400 Millionen Wahlberechtigte dazu aufgerufen, die 751 Abgeordneten im EU-Parlament zu wählen. Mehr als die Hälfte von ihnen ging zur Wahl; in vielen der 28 EU-Staaten war die Beteiligung bei dieser Europawahl deutlich höher als vor fünf Jahren. Sie war von 1979 bis 2014 von Wahl zu Wahl gesunken - und ist nun erstmals wieder gestiegen.

### Wahlen zum EU-Parlament 2019 Wahlbeteiligung in %



Die Europäer waren folglich deutlich wahlfreudiger als zuvor. Ein denkbarer Grund ist, dass die gesamteuropäischen Themen dieses Mal stärker mobilisiert haben, etwa der Klimawandel und der Umweltschutz oder ganz sicher auch der Streit um die Verteilung von Flüchtlingen nach dem Sommer 2015. In manchen Ländern, wie etwa Österreich, wo das Ibiza-Video mit Heinz-Christian Strache seine Bereitschaft zur Korruption, zur Umgehung der Gesetze zur Parteienfinanzierung sowie zur verdeckten Übernahme der Kontrolle über parteiunabhängige Medien zeigte, eine Regierungskrise ausgelöst hatte, trugen wohl auch die nationalen Konflikte zur Wähler-Mobilisierung bei.

Auch bei den Wahlen zum EU-Parlament 2019 war - wie bei den Wahlen 2014 - die Wahlbeteiligung in den postkommunistischen EU-Ländern deutlich niedriger als die in den westlichen Demokratien. Die niedrigste Beteiligungsquote wiesen wieder die Slowaken mit 23% und die Tschechen und Slowenen mit 29% auf. Mit ihrer Wahlentscheidung haben die EU-Bürger auch die politische Landschaft in Europa fundamental verändert. Die beiden großen Parteien, die Europäische Volkspartei (EVP) und die europäischen Sozialdemokraten (S&D), haben erstmals ihre absolute Mehrheit im EU-Parlament verloren. Zugelegt haben hingegen die Liberalen mit ihrer Fraktion Renew Europe sowie die europäischen Grünen, die nunmehr die dritt- bzw. viertstärkste Kraft geworden sind. Auch EU-skeptische Parteien haben weitere Sitze gewonnen, sind aber nach wie vor in mindestens zwei Fraktionen gespalten. Diese folgen an fünfter („Identität und Demokratie“) sowie an sechster Stelle („Europäische Konservative und Reformer“). Zur kleinsten Fraktion ist die Fraktion der Europäischen Linken geworden. Wichtig: die EU-freundlichen Parteien stellen auch im neuen Parlament etwa zwei Drittel der Abgeordneten<sup>30</sup>.



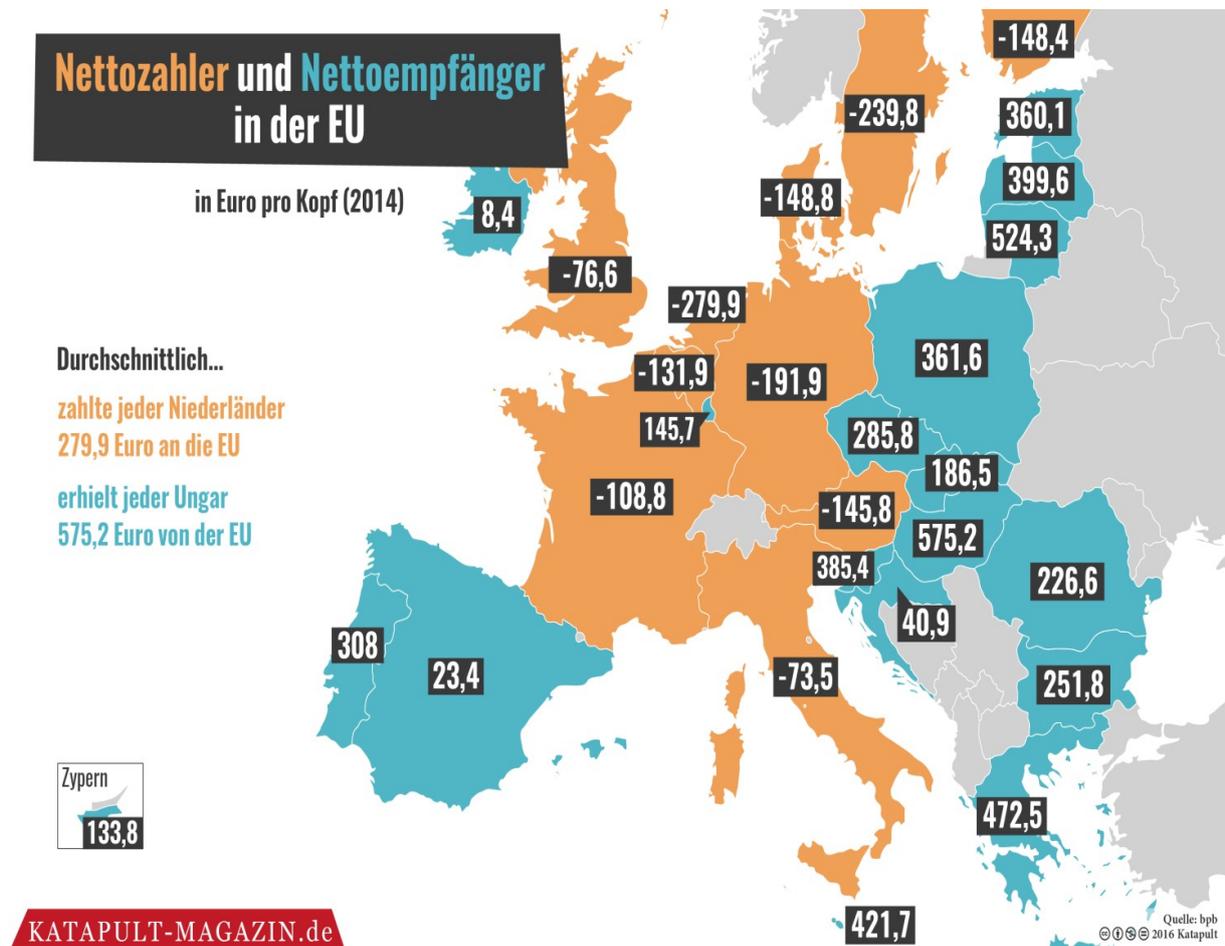
**Abkürzungen:**

EVP - Europäische Volksparteien - Christdemokraten; S&D - Sozialdemokraten; Renew Europe - Renew Europe group; Grüne/EFA - Grüne/Freie Europäische Allianz; ID - Identität und Demokratie; EKR - Die Fraktion Europäische Konservativen und Reformer; NI - Fraktionslos; GUE/NGL - Europäische Linken

Alle postkommunistischen EU-Länder gehören in der EU zu den Nettoempfängern. Pro Kopf gerechnet erhielt 2014 jeder Ungar von der EU um 575,21 mehr, jeder Tscheche um 285,8 EUR mehr, als sie eingezahlt hatten. Leider sind

<sup>30</sup> Quelle: <https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de>

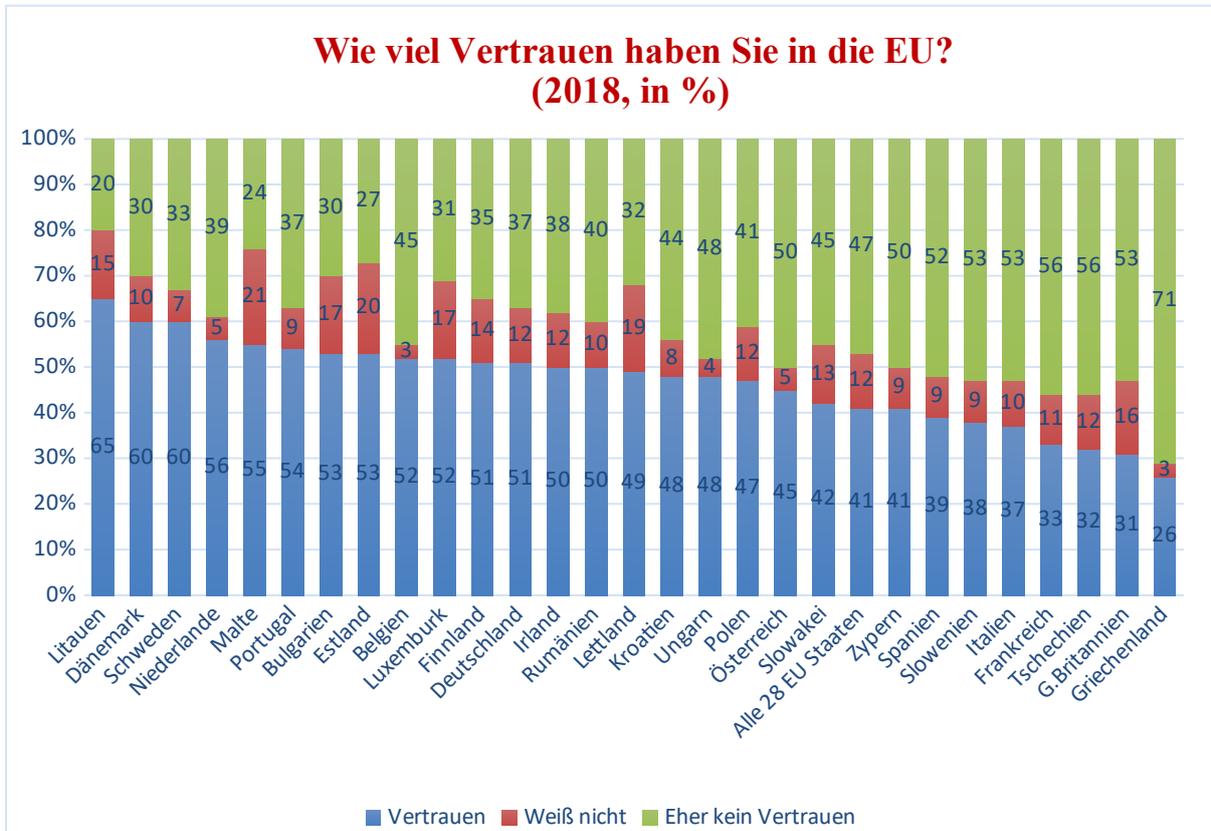
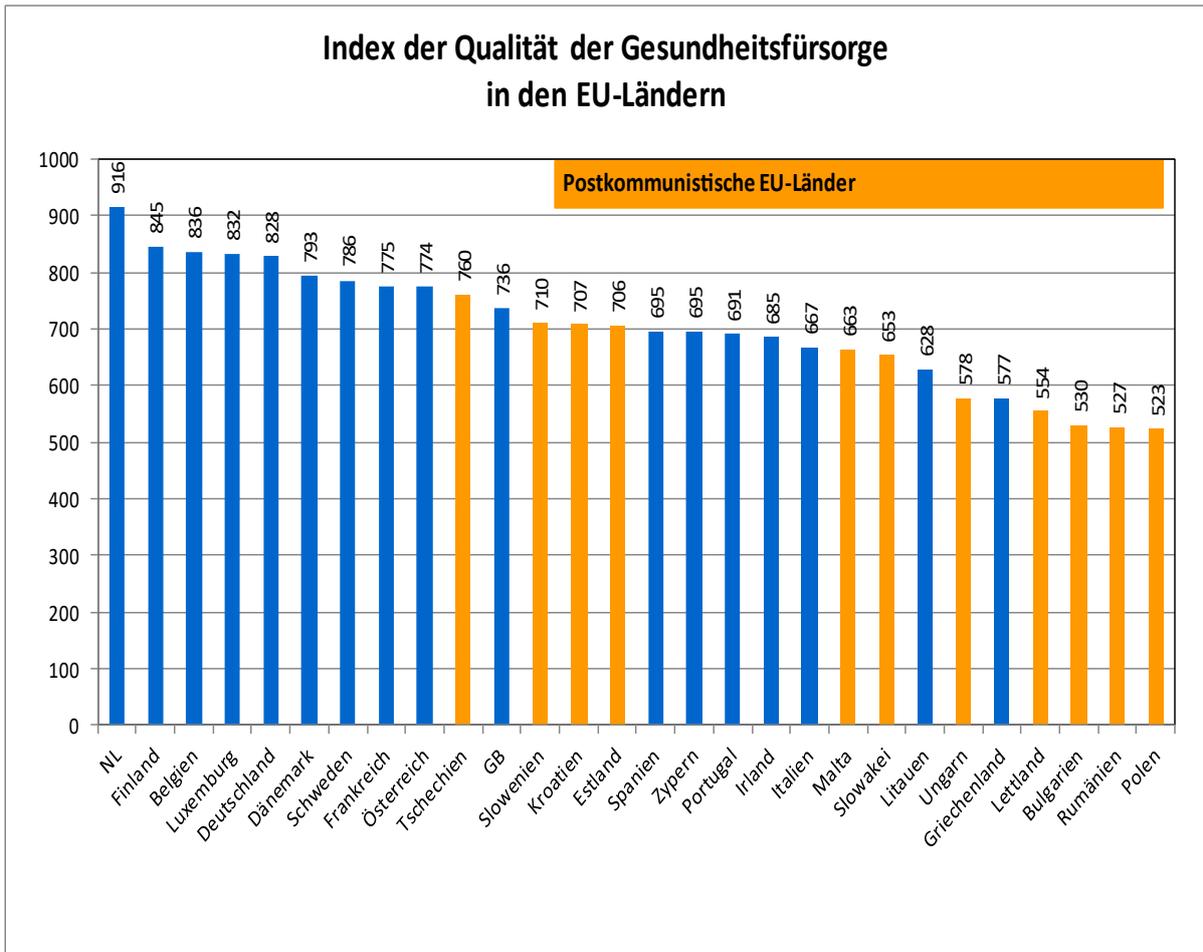
diese Tatsachen den Bürgern im postkommunistischen EU-Bereich oft nicht ausreichend bekannt.



Was die Qualität der Gesundheitsfürsorge betrifft, ein wichtiger Aspekt, sind erwartungsgemäß die postkommunistischen EU-Länder in der Regel schlechter daran. Erstaunlich gut schneiden hier die Tschechen ab, die bessere Bewertung erhalten hatten, als die Engländer.

Was das aktuelle Vertrauen in die EU betrifft, sind die postkommunistischen EU-Länder im Vergleich mit etablierten Demokratien nicht substantiell skeptischer (vgl. Grafik)<sup>31</sup>. Die Tschechen gehören - wie fast immer - zu den skeptischeren. Am misstrauischsten sind allerdings die Griechen, die von der EU so gewaltige Unterstützung erhalten hatten. Dies stellt einen Antagonismus dar.

<sup>31</sup> Quelle:  
[https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb22/eb22\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb22/eb22_de.pdf)



*Ausgewählte Literatur*

- Backes, Uwe, Probleme der Demokratiekonsolidierung im östlichen Deutschland, in: Besier, Gerhardt; Stoklosa, Katarzyna Hrsg., 15 Jahre deutsche Einheit. Was ist geworden Berlin 2007: S. 41-56
- Backes, Uwe; Jaskulowski, Tytus; Polese, Abel Hrsg., Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratiekonsolidierung in Mittel- und Osteuropa, Göttingen 2009
- Beyme, Klaus von, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2010
- Besier, Gerhard, Das Ost-West-Verhältnis in Deutschland. Ein Volk mit unterschiedlichen Einstellungen, Verhaltensweisen und Kulturen? in: Besier, Stoklosa Hrsg., aaO: S. 25-39
- Brusis, Martin, Ostmittel- und Südeuropa, in: BTI-Transformationsindex 2010, Gütersloh 2009: S. 125-143
- BTI: Bertelsmann Transformation Index 2014. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh 2014
- Eckert, Florian, Vom Plan zum Markt, Wiesbaden 2008
- Falter, Jürgen W.; Gabriel, Oscar W.; Rattinger, Hans; Schoen Harald Hrsg., Sind wir ein Volk? München 2006
- Gabriel, Oscar W., Politische Einstellungen und politische Kultur, in: Gabriel, Oscar W.; Holtmann, Everhard Hrsg., Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. Handbuch, München 2005: S. 459-522
- Gabriel, Oscar W., Wächst zusammen, was zusammen gehört?, in: Gabriel, Oscar et al. Hrsg., ebd.: S. 385-423
- Gabriel, Oscar W., Bürger und Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift (=PVS 48), 3 (2007): S. 532-548
- Grotz, Florian; Müller-Rommel, Ferdinand Hrsg., Regierungssysteme in Mittel- und Osteuropa, Die neuen EU-Staaten im Vergleich, Wiesbaden 2006
- Heitmeyer, Wilhelm, Deutsche Zustände, Folge 7 (2007), Frankfurt/M.: S. 13-49
- Heydemann, Günther, Die Revolution nach der Revolution. Die wirtschaftliche und soziale Transformation in Sachsen - Erfolge und Probleme, in: Hermann, Konstantin Hrsg., Sachsen seit der friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven, Dresden 2010: S. 249-266
- Heydemann, Günther; Vodička, Karel, Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990-2012 im Vergleich, Göttingen 2013
- Heydemann, Günther; Vodička, Karel, Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990-2012 im Vergleich, Bonn 2014
- Heydemann, Günther; Vodička, Karel, From Eastern Bloc to European Union, Berghahn, New York, Oxford 2017
- Ismayr, Wolfgang, Das politische System Deutschlands, in: Ismayr, Wolfgang Hrsg., Die politischen Systeme Westeuropas, Wiesbaden 2009: S. 515-565
- Ismayr, Wolfgang Hrsg., Die politischen Systeme Osteuropas, Wiesbaden 2010
- Ismayr, Wolfgang, Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich, in: ebd.: S. 9-78
- Jakobs, Jörg, Tücken der Demokratie. Antisystemeinstellungen und ihre Determinanten in sieben post-kommunistischen Transformationsländern, Wiesbaden 2004
- Jesse, Eckhard 2011: Die demokratische Konsolidierung der neuen Bundesländer, in: Vollnhals, Clemens Hrsg., Die friedliche Revolution in der DDR 1989/90. Transition im ostmitteleuropäischen Vergleich, Göttingen 2011
- Kießling, Andreas, Politische Kultur und Parteien im vereinten Deutschland, München 1999
- Maćków, Jerzy, Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die post-kommunistische Systemtransformation, Baden-Baden 2005

- Mareš, Miroslav, Rechtsextremistische Parteien in Ostdeutschland, Tschechien, Polen und Russland, in: Backes, Uwe; Jaskulowski, Tytus; Polese, Abel Hrsg.: Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratiekonsolidierung in Mittel- und Osteuropa, Göttingen 2011
- Merkel, Wolfgang, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen 1999
- Merkel, Wolfgang et al. Hrsg., Defekte Demokratie. Bd. 2: Regionalanalysen, Wiesbaden 2006
- Merkel, Wolfgang, Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in: Politische Vierteljahresschrift, 48. Jg, Heft 3 (2007): S. 413-433
- Merkel, Wolfgang, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010
- Müntefering, Franz, Der Aufbau Ost im mittelosteuropäischen Vergleich, Halle (Saale) 2016
- Müller, Olaf et al., Die osteuropäischen Demokratien in der Bevölkerungsmeinung, in: Pickel et al., Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie, Wiesbaden 2006: S. 155-164
- Neller, Katja, DDR-Nostalgie, Wiesbaden 2006
- Neller, Katja, Getrennt vereint? Ost-West-Identitäten, Stereotypen und Fremdheitsgefühle nach 15 Jahren deutscher Einheit, in: Falter, Jürgen Hrsg., aaO: S. 13-36
- Pickel, Gert; Jacobs Jörg, Einstellungen zur Demokratie und zur Gewährleistung von Rechten und Freiheiten in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas. Frankfurter Institut für Transformationsstudien, Studie Nr. 9/01, 2001
- Pickel, Gert et al. Hrsg., Europas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie, Wiesbaden 2006
- Pickel, Gert; Jakobs, Jörg, Der soziokulturelle Unterbau der neuen Demokratien Osteuropas, in: Pickel, Gert et al. Hrsg.: Europas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie, Wiesbaden 2006
- Pickel, Gert; Pickel Susanne, Demokratisierung im internationalen Vergleich. Neue Erkenntnisse und Perspektiven, Wiesbaden 2006
- Pickel, Gert, Die subjektive Verankerung der Demokratie in Osteuropa - Die Legitimität der Demokratie in der Bevölkerung als Faktor demokratischer Stabilität und Qualität, in: Backes, Uwe et al. Hrsg., aaO: S. 261-282
- Plasser, Fritz; Ulram, Peter; Waldrauch, Harald: Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung, Opladen 1997
- Rattinger, Hans et al., Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, Baden-Baden 2011
- Rudzio, Wolfgang, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2011
- Sozialreport 2008: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Hrsg., Sozialreport 2008, Berlin 2008
- Špidla, Vladimír, Vorwort, in: Heydemann, Günther et al., 2013, aaO.: S. 7-10
- Tuchscheerer, Heike, 20 Jahre vereinigt Deutschland: Eine „neue“ oder „erweiterte Bundesrepublik“?, Baden-Baden 2010
- Vodička, Karel 2004: Political Systems of the Czech and Slovak Republics: A Comparison of Risks and the Consolidation Process, in: Mesežnikov, Grigorij; Gyárfášová, Ol'ga Hrsg.: Slovakia: Ten years of independence and a year of reforms, Bratislava 2004: S. 27-48
- Vodička, Karel, Das politische System Tschechiens, Wiesbaden 2005
- Vodička, Karel, Das politische System Tschechiens, in: Ismayr, Wolfgang Hrsg. 2010, aaO: S. 275-315
- Vodička, Karel; Cabada, Ladislav, Politický systém České republiky, Praha 2011

- Vodička, Karel; Heydemann, Günther, Postkommunistischer EU-Raum: Konsolidierungsstand und Perspektiven, in: Heydemann, Günther et al., 2013, aaO: S. 319-380
- Völkl, Kerstin, Überwiegt die Verdrossenheit oder die Unterstützung? Die Einstellungen der West- und Ostdeutschen zur Demokratie, zu politischen Institutionen und Politikern, in Falter, Jürgen et al., aaO:, S. 57-81
- Wessels, Bernhard; Wagner, Aiko, Regionale Differenzierung des Wahlverhaltens, in: Rattinger, Hans et al, aaO: S. 119-130
- Widmaier, Ulrich; Gawrich, Andrea; Becker,Ute, Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas, Opladen 1999
- Ziemer, Klaus, Wahlen in postsozialistischen Staaten, in: ders. Hrsg., Wahlen in postsozialistischen Staaten, Opladen 2003: S. 9-28

# Der Prager Frühling - was bleibt: Das Aufbruchsjahr 1968 und seine heutige Wahrnehmung in Tschechien

LÍDA RAKUŠANOVÁ

Der Prager Frühling ereignete sich vor einem halben Jahrhundert, also in einer Zeit, die nicht so weit zurück liegt, dass es keine Zeitzeugen mehr gäbe. Die heutige junge Generation hätte also durchaus die Chance, ihre Großeltern zu befragen. Dennoch: Nach einer im Sommer 2018 durchgeführten Meinungsumfrage<sup>1</sup> weiß fast die Hälfte junger Tschechen zwischen 16 und 35 Jahren überhaupt nicht, was 1968 geschah. Die andere Hälfte aber vernahm zuhause höchstwahrscheinlich nur eine ziemlich skeptische Einschätzung, dass es eine Zeit war, wo sich die Kommunisten unter sich gestritten haben und normale Leute es dann ausbaden mussten. Als ich nach der Wende die Tschechoslowakei wieder besuchen konnte, war diese Meinung jedenfalls gang und gäbe. Und es spiegelt sich bis heute wider generationsübergreifend in Umfragen.

Als das negativste Ereignis des 20. Jahrhunderts wurde in der Umfrage die Invasion der Warschauer Pakt-Staaten am 21.08.68 sowohl in Tschechien als auch in der Slowakei übereinstimmend als das am meisten negative Ereignis im 20. Jahrhundert eingestuft (CR 76%, SK 61%). Die acht Monate davor, also der eigentliche Prager Frühling, wurde als positiv lediglich nur von 47% der befragten Tschechen eingestuft. 40% haben eine ambivalente Meinung - sowohl als auch -, und 13% betrachten sie als negativ. In der Slowakei betrachtet den Prager Frühling als positiv nur jeder Dritte.

Dass der Prager Frühling so stiefmütterlich behandelt wird, sieht man gerade 2018, in einem Jahr, in dem Tschechien mehrere runde Jubiläen seiner Geschichte feierte, ziemlich deutlich. Die Feier zum 100jährigen Jahrestag der Gründung der Tschechoslowakei überdeckte alles andere, was ziemlich befremdlich ist, wenn man sich vergegenwärtigt, dass es dieses Staatsgebilde seit Anfang 1993 nicht mehr gibt. Die Zeit des Prager Frühlings wurde dabei zwar in verschiedenen Ausstellungen zum 100-jährigen Jubiläum natürlich erwähnt, aber im öffentlichen Leben und in den Medien nur stichwortartig angedeutet, meistens in Nachrichtensendungen. Und schon gar nicht wurde der Prager Frühling im Kontext des Aufbruchjahres 1968 in Europa und in der Welt präsentiert, im Unterschied zu Deutschland.

Dabei wäre dieser Rahmen bestimmt auch in Tschechien interessant, weil es sich doch auch in der Tschechoslowakei wie in Westdeutschland um eine Auflehnung gegen die verkrusteten gesellschaftlichen Strukturen handelte, auch wenn die ideologischen Ausgangspunkte gegenteilig waren. Diese Reserviertheit der tschechischen Öffentlichkeit gegenüber dem Prager Frühling hat mehrere Gründe.

Es handelt sich um ein Phänomen, das nicht wie aus heiterem Himmel kam. Es fing an mit dem Ende des Stalinkultes in der Sowjetunion, vom Generalsekretär Chruščov 1956 eingeläutet, was ich in meiner Geburtsstadt

---

<sup>1</sup> Umfrage der Agentur Median für das Tschechische Fernsehen vom 19.08.2018

Budweis (České Budějovice) insofern vernahm, als uns in der vierten Klasse unsere Klassenlehrerin eines Tages wie aus heiterem Himmel befahl, überall in den Gedichten unseres Lesebuches den Namen Stalin zu streichen und durch Lenin zu ersetzen, denn, so ihr knapper Kommentar, „das reimt sich ja auch“.

### *Reformbemühungen im Vorfeld: War Dubček ein Reformier?*

Zaghafte Versuche einer Liberalisierung des totalitären Systems mit seinen blutigen Exzessen und Justizverbrechen gab es auch in der Tschechoslowakei seit Anfang der 60er Jahre. 1963 fand in Liblice die berühmte internationale Kafka-Konferenz statt, vom Intellektuellen und Germanisten Eduard Goldstücker vorbereitet, in der das erste Mal Literaturhistoriker aus dem Ostblock das totalitäre Bild des Menschen, der im Namen eines kommunistischen Ideals seine Bedürfnisse der Gesellschaft unterzuordnen hat, in Frage stellten, indem sie vielmehr das entfremdete Individuum als bezeichnend für die kollektivistische Gesellschaft fanden. 1966 trat auf dem 13. Kommunistischen Parteitag der Ökonom Ota Šik mit den Reformvorschlägen auf, marktorientierte Wirtschaftsreformen einzuführen und durch Arbeiterbeteiligung an Betrieben und durch Genossenschaften einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu wählen. Es wurden kommunistische Parteifunktionäre rehabilitiert, die in der Stalinzeit in Monsterprozessen zum Tode verurteilt wurden; und kommunistische Reformer, z. B. Zdeněk Mlynář, dachten laut darüber nach, ob man, damit es sich in der Zukunft nicht wiederholt, eine sozialistische Demokratie mit Parteienpluralismus schaffen kann, ohne dass dabei die Vormachtstellung der Kommunistischen Partei in Frage gestellt wird.

In den 1960er Jahren konnte man selbst bei uns, in der südböhmischen Provinz, spüren, was in Prag mit dem 2. Schriftstellerkongress schon 1956 begann: einen Hauch von Freiheit, der immer deutlicher wurde. Bereits 1963 erschien in der damaligen Tschechoslowakei das Buch „Ein Tag im Leben des Iwan Denisowitsch“ von Aleksandr Solženizyn, und zwar in tschechischer Übersetzung<sup>2</sup>. Im schriftlichen Abitur schrieb ich ein Jahr später ein Essay darüber und bekam die Note eins. In Buchhandlungen gab es Bücher von Günter Grass und Heinrich Böll, in Kinos lief der Film „Rosen für den Staatsanwalt“ des Regisseurs Wolfgang Staudte, ein bitteres Bild der bundesdeutschen Justiz der Nachkriegsära.

Ab 1965 studierte ich in Prag an der Karlsuniversität und kam, was die Erweiterung der Freiräume betrifft, aus dem Staunen nicht heraus. Statt „Geschichte der Arbeiterbewegung“ zu büffeln, erfuhren wir beispielsweise so gut wie nichts über die unterdrückten Arbeiter, dafür aber vieles über die Demokratieentwicklung in der Vorkriegs-Tschechoslowakei, über den Staatsgründer Masaryk und den bis heute nicht aufgeklärten Tod seines Sohnes Jan, der in der ersten kommunistischen Regierung Außenminister war.

Im Zentralkomitee der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei gewann der Reformflügel inzwischen immer mehr Einfluss. Anfang Januar 1968

<sup>2</sup> Aleksandr Solženizyn, „Jeden den Ivana Děnísoviče“, Prag 1963

übernahm der bisherige Vorsitzende der slowakischen Kommunisten, Alexandr Dubček, die Führung. War Dubček ein Reformler? Er war ein Kompromisskandidat zwischen dem Reformflügel und den Hardlinern. Er brachte, wie Martin SchulzeWessel<sup>3</sup> schreibt, keine neuen Ideen, aber einen neuen Stil hervor und war ein anständiger und bescheidener Mann, wohl aber auch schwach und naiv, wie sich nach der Invasion zeigte. Die Mehrheit von uns meinte, es sei ein üblicher Kaderaustausch. Erst Wochen später, nachdem der einflussreiche ZK-Mitglied Josef Smrkovský und im Februar auch Alexandr Dubček sich eindeutig für die Demokratisierung des öffentlichen Lebens aussprachen, ist Bewegung in die Sache gekommen.

Beigetragen dazu hat die Flucht des Generals Jan Šejna, eines engen Freundes der Novotný-Familie, der sich in die USA absetzte und den Amerikanern Mobilmachungspläne des Warschauer Paktes übergab. Das versuchte das Politbüro zu vertuschen, indem man ihm wegen angeblicher Veruntreuung von Klee-samen in Wert von 20.000 US-Dollar Wirtschaftskriminalität vorwarf. Aber gleichzeitig begannen die Journalisten, zur Affäre zu recherchieren und dabei immer mehr in Richtung Machtmissbrauch und Korruption zu enthüllen. Als am 4.3.1968 die Zensur auch offiziell abgeschafft wurde, war sie eh schon nur noch eine leere Hülse.

Und bald war es wie in einer Straßenbahn, die ohne zu bremsen den Berg hinunter rast: Es gab vom Fernsehen live übertragene Massenkundgebungen, Diskussionsforen im Fernsehen und Rundfunk, Reformkommunisten versprachen konkrete Änderungen, der Reformökonom Ota Šik traf die Vorhersage, die Tschechoslowakei werde in drei Jahren die Österreichische Wirtschaft einholen, politische Gefangene organisierten sich in „K231“ und wollten rehabilitiert werden; unter dem Decknamen KAN „Klub der engagierten Parteilosen“ formiert sich ein demokratisches Bürgerforum und findet massenhaft Zulauf. Am 22.3. wurde Novotný gezwungen, als Präsident abzutreten. Die Parteispitze besetzte den Präsidentenposten mit Ludvík Svoboda, einem verdienten General, der im Zweiten Weltkrieg mit der tschechoslowakischen Brigade an der Ostfront gegen die Deutschen an der Seite der Roten Armee kämpfte und den Titel „Held der Sowjetunion“ verliehen bekam. Übrigens war sein Name symbolträchtig: „svoboda“ heißt auf Deutsch „Freiheit“.

Auch in der Slowakei wurden im Februar-März 1968 Kundgebungen veranstaltet, auch dort forderte man den Rücktritt von Novotný. Allerdings konnte man dort damals schon erkennen, dass die Stimmung anders war als in Prag, mehr national ausgerichtet. Einer der führenden slowakischen Reformkommunisten in Bratislava war Gustáv Husák, der nach der Zerschlagung des Prager Frühlings zum Statthalter Moskaus in Prag wurde.

---

<sup>3</sup> Martin Schulze-Wessel, „Der Prager Frühling: Aufbruch in eine neue Welt“, Ditzingen 2018

### ***Das Aktionsprogramm der KPC und die Reaktionen im In- und Ausland***

Anfang April wurde das ausschlaggebende Dokument des Prager Frühlings herausgegeben; das sog. Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei, mit dem Ziel, ein neues Modell der sozialistischen Gesellschaft aufzubauen, ein demokratisches, im Einklang mit den der Tschechoslowakei entsprechenden Bedingungen. Die Partei beanspruchte zwar immer noch die führende Rolle für sich, aber sie war auch bereit, mehr Raum den anderen Parteien zu überlassen, die nach dem Umsturz 1948 eine Statistenrolle in der Nationalen Front ausübten. Im Kreml sprach man hinter den Kulissen von aufkeimender Kontra-Revolution, von einem rechtsgerichteten Revisionismus und dem Bestreben, das sozialistische Lager zu spalten. Größte Sorgen, dass sich der tschechoslowakische Bazillus auch über die Grenzen ausbreitet, hatten Walter Ulbricht und Władysław Gomułka. In Polen gab es Anfang März Studentendemonstrationen, man rief „Cała Polska czeka na swego Dubczeka“ - „ganz Polen wartet auf seinen Dubček“. In der DDR fanden die Ideen des Prager Frühlings Echo vor allem unter der Jugend, weil die westdeutschen Medien darüber ausführlich berichteten.

Im Westdeutschland verfolgten die Politiker die Geschehnisse in Prag mit viel Sympathie, jedoch - wie Martin Schulze Wessel<sup>4</sup> in seinem Buch belegt - nahmen sich deutsche Spitzenpolitiker in Acht, auch nur den Anschein von Einmischung entstehen zu lassen. Er erinnert z.B. daran, wie der damalige Außenminister Willy Brandt auf einer Pressekonferenz im Juli 1968 voller Enthusiasmus von historischen Vorgängen im Herzen Europas sprach, aber gleichzeitig sagte: „Wir sind Zeugen und Beobachter - und nichts sonst.“ Das Jahr 1968 war jedoch in der BRD von der ultralinken Szene geprägt, die sich im Einklang mit Gleichgesinnten in Westeuropa viel eher für den Vietnamkrieg interessierte und statt Dubček Che Guevara zum Vorbild hochstilisierte. Der tschechoslowakische Demokratisierungsversuch wies wegen des Strebens nach Aufbrechen von verkrusteten gesellschaftlichen Strukturen mit der ultralinken Bewegung im Westen eine gewisse Ähnlichkeit auf, die ideologischen Ausgangspunkte jedoch waren grundverschieden.

Sehr gut zeigte sich das im April 1968, als Rudi Dutschke in der Aula der Karlsuniversität seine Rede hielt. Er warnte dort vor Versuchen, ein Mehrparteiensystem nach westlichem Muster einzuführen, plädierte für einen Fraktionswettbewerb innerhalb der Kommunistischen Partei und war überzeugt, dass sich dadurch ihre Vormachtstellung festigen wird. Auch zweifelte er keinen Augenblick das Prinzip der Verstaatlichung an, sondern rief nach ihrer Verbesserung durch etwas, was er „Vergesellschaftung“ nannte. Vor allem aber betonte er, dass innerstaatliche Reformen ohne eine „revolutionäre Außenpolitik“ bald an ihre Grenzen stoßen würden und bemängelte, dass es eine Komplizenschaft zwischen West und Ost hinsichtlich einer Ausbeutung der dritten Welt gibt.

An den meisten Prager Studenten hatte Rudi Dutschke völlig vorbeigeredet. Ihr Vorbild war die Erste Republik, die Parteienpluralität. Sie wünschten sich

<sup>4</sup> Martin Schulze Wessel, aaO

das Ende der Vormundschaft der Kommunistischen Partei, wollten schlicht und ergreifend ein demokratisches System wie in der Ersten Republik; und wenn sie sich überhaupt Gedanken über die Situation jenseits der tschechoslowakischen Grenzen machten, dann bestimmt nicht Richtung Dritte Welt, sondern innerhalb des Ostblocks.

Und dort gab Moskau den Ton an. Und im Kreml wuchs der Verdacht, dass sich in der Tschechoslowakei eine Kontra-Revolution anbahnt. Es gab mehrere Treffen der Warschauer-Pakt-Spitzen mit Dubček und seiner engsten Führung. Dubček versicherte immer, dass sich die Genossen keine Sorgen zu machen brauchen, denn man habe alles unter Kontrolle; die Ermahnungen jedoch behielten Dubček und seine Vertrauten für sich, sie sprachen darüber nicht einmal in Politbüro. Auch der Öffentlichkeit zu Hause wurde es verschwiegen, angeblich, um die antisowjetische Stimmung nicht auch noch anzuheizen. Weite Teile der Bevölkerung tasteten die Freiräume ab, die man sich Moskau gegenüber erlauben kann, dabei war man bedacht, die führende Rolle mit Rücksicht auf Moskau nicht in Frage zu stellen. Wir betonten, es ginge uns allen doch nur um einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Irgendwie aber ahnten wir, dass es ist, als versuchten wir, einem fünfköpfigen Drachen Stoffpuppen statt Jungfrauen vors Maul zu werfen.

Im Mai fuhr mein Freund mit einer kleinen Delegation Prager Rundfunkjournalisten für ein paar Tage in die Sowjetunion. Als er zurückgekommen war, erzählte er, dass sie überall, und insbesondere im estnischen Tallinn, eindringlich gewarnt worden waren, dass wir uns mäßigen sollten, dass es der Kreml nicht dulden werde, dass unser Beispiel seine Vorherrschaft über den ganzen Ostblock untergrabe. Der Druck aus Moskau auf Dubček wuchs, er versuchte, zurückzurudern; der Reformprozess geriet ins Stocken.

Ende Juni veröffentlichte der Schriftsteller Ludvík Vaculík das berühmte und von namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnete Manifest der „Zweitausend Worte“<sup>5</sup>, in dem er mit ebenso vielen Worten die Öffentlichkeit aufrief, das im April beschlossene Demokratisierungsprogramm der Partei, dessen Verwirklichung in den verkrusteten Parteistrukturen strandete, aktiv in die Hände zu nehmen. Konkret schlug Vaculík vor, dass man Bürger-Kommissionen gründen könne, um der Partei zu helfen, Reformrückstände im jeweiligen Umfeld zu entdecken und zu beseitigen. Vor allem in tschechischen Teil der Republik unterschrieben die Menschen den Aufruf zu Tausenden. Dubček und Co. distanzieren sich davon. Übereinstimmend mit den Hardlinern betrachteten auch sie es als eine unzulässige Einmischung in ihre Kompetenzen. Auch in der Slowakei stieß das Manifest auf Kritik, hier aber auch deswegen,

---

<sup>5</sup> Das tschechische Original „Dva tisíce slov“ findet sich als Download auf <http://www.ludvikvaculik.cz/index.php?pid=56&sid=37>; die deutsche Übersetzung als Download auf <https://www.havemann-gesellschaft.de/themen-dossiers/angriff-auf-robert-havemann-und-mehr/fundstuecke/>

dass darin die Frage der Föderalisierung der Tschechoslowakei nicht gebührend behandelt wurde.

Der Kreml aber betrachtete das „Manifest der 2000 Worte“ als Aufruf zur Anarchie und als Beweis, dass die tschechischen Kommunisten die Lage nicht mehr unter Kontrolle haben. Dubček wurde nach Warschau zitiert, um dort vor den Parteispitzen der Warschauer Pakt-Staaten zur Verantwortung gezogen zu werden. Dubček entschloss sich, nicht hinzufahren. Er bestand auf einem bilateralen Treffen. So trafen sich Ende Juli Brežnev und Dubček am tschechoslowakisch-sowjetischen Grenzübergang in Čierna. Die Sowjets kamen in einem gepanzerten Zug, der abends vom Bahnhof immer auf das sowjetische Gebiet zurückfuhr. Vier Tage wurde verhandelt. Dubček musste Zugeständnisse machen, versprach die Umbesetzung einiger Posten. Die Übereinkunft wurde ein paar Tage später in Bratislava als Erklärung des Warschauer Paktes verabschiedet. In der Tschechoslowakei unterschrieben während der Verhandlungen etwa eine Million Bürger den vom Schriftsteller Pavel Kohout verfassten Aufruf unter dem Titel „Wir denken an euch, denkt ihr an uns“.

### *Auf dem Weg zum 21. August 1968*

Die Eigendynamik der Entwicklung war aber nicht zu bremsen. In Prag entstand ein spontaner Hydepark, wo Leute ihrer Meinung freien Lauf ließen, im Land verbreitete sich eine Petition, die die Auflösung der Volksmilizen forderte, einer von der Partei 1948 gegründeten paramilitärischen Kader-Organisation. Am Abend dem 20.8. fand eine Sitzung des Parteipräsidiums statt. Die Reformgegner legten eine Resolution vor, die praktisch ein Ende der Reformbewegung bedeutet hätte. Der Regierungschef Oldřich Černík lehnte es ab und sprach von Verrat. Es kam zum Streit. 20 Minuten vor Mitternacht beendete die Nachricht, dass auf dem Prager Flughafen sowjetische Militärflugzeuge landen, jegliche Diskussion. Dubček war schockiert, aber dieser Schock entsprang der Enttäuschung, dass ihn seine russischen Freunde dies antun konnten, ihm, der doch sein ganzes Leben der Freundschaft mit der UdSSR gewidmet hatte.

Ich war am 21. August nicht in Prag, sondern zu Hause in České Budějovice, wo mich um 5 Uhr in der Früh meine in Tränen aufgelöste Mama anrief: „Die Russen sind da. Wir sind besetzt.“ Von den nächsten zwei Tagen weiß ich nur, dass ich mit einem Transistorradio am Ohr durch die Straßen meiner Geburtsstadt geirrt bin. Ich hörte die Nachrichten aus Prag über unsere nach Moskau entführte Parteiführung, die Schüsse vor dem Rundfunkgebäude, bangte um meinen Freund, den ich telefonisch nicht erreichen konnte. Ich kam mir vor wie in einem bösen Traum.

Die russischen Panzer kamen erst nach 30 Stunden Irrfahrt durch Mittel- und Südböhmen nach Budweis. Die Landefläche des dortigen Militärflughafens hat tschechisches Bodenpersonal mit Gerät aus den Hangars vollgestellt. Die Wegweiser im ganzen Land hat man verstellt. Die russischen Panzer kamen vom Norden durch die Ausfallstraße aus Richtung Prag. Ihr Donnern über das Pflas-

ter vergesse ich nie. Aus dem Traum, dass das Ganze nicht wahr ist, solange ich die Okkupanten nicht mit eigenen Augen sehe, erwachte ich.

Nach weiteren zwei Tagen, auf der Rückfahrt von der österreichischen Grenze, über die er zwei prominente tschechische Journalisten in Sicherheit brachte, holte mich mein Freund zu Hause ab. Er war außer sich vor Wut, dass wir uns nicht einmal gewehrt haben, dass nicht ein einziger der sowjetischen Flugzeuge, die ohne Hoheitszeichen mitten in der Nacht auf dem Prager Flughafen landeten, ohne sich zu erkennen zu geben, von der tschechischen Luftabwehr abgeschossen worden waren.

Am Einmarsch beteiligten sich etwa eine halbe Million Soldaten aus der Sowjetunion, Polen, Ungarn und Bulgarien. Es war die größte militärische Aktion nach dem Zweiten Weltkrieg. Rumänische Soldaten marschierten nicht mit, weil Ceausescu sich gegen die Besetzung aussprach. Und die DDR-Soldaten, die schon an der Grenze bereitstanden, wurden unmittelbar vor der Invasion zurückgepfiffen, weil man wohl eventuelle Reminiszenzen der tschechischen Bevölkerung an die Begebenheiten dreißig Jahre davor fürchtete, als im Jahr 1938 das Münchner Abkommen unterzeichnet wurde, in dessen Folge das böhmische Sudetenland von Hitler-Deutschland einverleibt wurde.

Es gab eine Rundfunksendung von Hannah Rau, ausgestrahlt am 04.06.2018 vom WDR, die festhält, wie die DDR-Studenten Protestflugblätter verfasst und verteilt und wo sie den Abzug der Invasionstruppen verlangt hatten. Es war auch eine Demo vor der Sowjetbotschaft in Berlin geplant, wurde aber von der Stasi vereitelt, noch bevor sie stattfinden konnte. Es folgte eine Welle von Verhaftungen, Die bekanntesten Persönlichkeiten sind wohl Bettina Wegner, eine Liedermacherin. Sie schrieb das Lied „Hoch Dubček“, kam in Haft, obwohl sie ein neugeborenes Baby hatte, und Florian Havemann, Sohn des Regimekritikers Robert Havemann; er saß mehrere Monate in Einzelhaft. Das Ausmaß der Proteste kam erst nach der Wende ans Licht: laut Stasi-Akte wurden in diesem Zusammenhang 1292 Personen festgehalten, Fazit: die DDR-Jugend schaute voller Hoffnung wohl nicht auf die westdeutsche 68-Bewegung, sondern eben auf Prag.

In Prag wurden Dubček und fünf führende Reformpolitiker gleich am 21.8.1968 nach Moskau entführt. Drei Tage später kam die erweiterte Führung mit dem Präsidenten Svoboda nach, um den Kremlgenossen zu erklären, dass es in der Tschechoslowakei keine Konter-Revolution gab. Während dieser Tage erlebte die Tschechoslowakei eine großartige Welle der Solidarität im gewaltlosen Widerstand. Es war auch eine Welle der Volkskreativität; überall gab es tschechoslowakische Fahnen und Aufschriften wie „Moskau 3000 km“, oder „Lenin steh auf, Brežnev ist verrückt geworden“ usw.

In der Tschechoslowakei gab es nach neuesten Erkenntnissen vom August bis Dezember 1968 insgesamt 137 zivile Todesopfer des Einmarsches. Sie wurden erschossen, überfahren, durch Granatsplitter getötet; oder sie kamen ums Leben in ihren Wohnungen. Das geschah z.B. bei dem sowjetischen Versuch,

das Gebäude des tschechischen Rundfunks zu besetzen und so die Ausstrahlung der aktuellen Nachrichten über die Lage zu unterbinden. Die vor das Rundfunkgebäude eingerückten russischen Panzer schossen in geöffnete Fenster von Wohnungen auf der gegenüberliegenden Straßenseite und setzten dabei Wohnungen in Brand; und die Leute sprangen aus Panik von den höheren Stockwerken auf die Straße und starben. In Moskau unterschrieb am 26.8. mit der Ausnahme von František Kriegl die gesamte tschechoslowakische Delegation die sog. Moskauer Protokolle, die das Ende der Reformen einläuteten.

Dass es eine Kapitulation ist, war aber nicht gleich ersichtlich. Vor allem deswegen nicht, weil es den Sowjets dank Widerstand des Präsidenten Svoboda nicht gelang, offiziell eine Kreml-konforme Regierung zu installieren. Sie hatten zwar ein sog. Einladungsschreiben von 5 Hardlinern und noch einen Brief von 99 Arbeitern einer Prager Fabrik, die sich um den Sozialismus in der Tschechoslowakei Sorgen machten und den Kreml um Hilfe baten, aber Svoboda hielt dem Druck stand.

### ***Beginnende „Normalisierung“***

So haben viele von uns anfangs gehofft, dass es vielleicht gelingen könnte, in der Tschechoslowakei eine Art Gulaschkommunismus nach ungarischem Vorbild zu etablieren. Das hat sich jedoch in den Folgemonaten als Wunschdenken herausgestellt. Allmählich machte sich Ernüchterung breit. Schon im Herbst fiel eine Reihe von reformfeindlichen Entscheidungen, am 18. Oktober billigte das Parlament den Vertrag über die „vorübergehende“ Stationierung von 75.000 russischen Soldaten in der Tschechoslowakei, im November wurden kritische Zeitschriften wie „Reporter“ eingestellt, die Zensur wieder eingeführt; und die Beschlüsse des Parteikongresses, der in den ersten Tagen der Besetzung einberufen wurde und sich für Dubčeks Reformen aussprach, wurden zurückgenommen.

Mein Freund drängte darauf, dass wir das Land verlassen. Ich kam mir aber vor wie eine Ratte, die das sinkende Schiff verlässt. Im August 1969 aber, am ersten Jahrestag des Einmarsches, gingen in mehreren tschechischen Städten und in Bratislava wieder Zehntausende auf die Straße. Diesmal aber schlug die Staatsmacht brutal zu. Es wurden die Polizei, die Volksmiliz und die Armee eingesetzt, insgesamt waren es über 7000 Mann, und tausende andere waren in Bereitschaft. Verwendet wurden Wasserwerfer und Tränengasgranaten, und nach Prag wurde ein Panzerregiment mit 88 Panzern entsandt. Vereinzelt schossen die Sicherheitskräfte mit scharfer Munition in die Menge, dabei wurden 5 Personen getötet, meist unbeteiligte Leute. Der jüngste war in Prag ein 14-jähriger Bub.

Gleich am 22.08.1969 hatte das Parlament eine gesetzliche Verfügung erlassen, die das Vorgehen der Sicherheitskräfte legitimierte, im Volksmund hieß es „Knüppelgesetz“; und die Justiz bekam Sonderermächtigungen, um in Schnellverfahren die Verhafteten zu verurteilen. Oft verloren sie ihre Jobs, wur-

den aus den Unis rausgeworfen usw. Dieses Knüppelgesetz unterschrieb außer Svoboda und Černík auch Alexandr Dubček. Alle Reformen des Prager Frühlings wurden zurückgenommen, mit einer Ausnahme: am 01.01.1969 war die Föderalisierung in Kraft getreten. Aus der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik wurden zwei Teilstaaten, die Tschechische Sozialistische Republik und Slowakische Sozialistische Republik.

Die Ära der sog. Normalisierung fing an. Und sie verlief so, dass z.B. Anfang der 1970er Jahre selbst meine Mutter, die nach einem Arbeitsunfall als leicht Schwerbehinderte in einem südböhmischen Ziegelwerk als Pförtnerin tätig war, vor einer Betriebskommission die Frage beantworten musste, wie sie zu den Ereignissen von August 1968 stehe. Sie wusste, dass von ihrer Antwort zwar nicht ihr Leben abhängt, aber sehr wohl ihr bescheidener Lebensstandard. Flächendeckend wurde auf diese erniedrigende Art und Weise den Menschen in der damaligen Tschechoslowakei das Rückgrat gebrochen. In der Tschechoslowakei jedenfalls breitete sich in den folgenden Jahren ein Gefühl der bürgerlichen Ohnmacht aus, für das die tschechische Gesellschaft immer noch anfällig ist. Die Folgen waren innere Emigration oder pragmatischer Zynismus.

Ich bin überzeugt, dass der Prager Frühling, solange man nicht anfängt, dieses jüngste und sicher sehr schmerzliche Kapitel der tschechischen Geschichte, die Ära der Normalisierung, zu reflektieren und aufzuarbeiten, weiterhin im Nationalbewusstsein auf die Katastrophe der sowjetischen Invasion begrenzt bleibt. Dabei sind gerade die Monate davor für Tschechen und Slowaken ein Grund, wirklich stolz zu sein und daraus Inspiration und Mut zu schöpfen. Denn damals wurde von der ganzen Gesellschaft ein Weg eingeschlagen, der auf einer moralischen Grundlage der authentischen Vergangenheitsbewältigung aufgebaut war, authentisch deswegen, weil sich die Reformkommunisten zu Justizverbrechen öffentlich bekannten und versprachen, dass es sich nie mehr wiederholen wird. Meiner Meinung nach ist dies der Hauptunterschied zu der Wende 89. Denn nach der Wende fand so gut wie keine Aufarbeitung der Vergangenheit statt. Die Opfer des Kommunismus wurden zwar finanziell entschädigt, aber niemand hat sich bei ihnen entschuldigt, niemand bat sie um Verzeihung.

# Vor 80 Jahren: das Münchner Abkommen

ARNULF TOBIASCH

## *Einführung in das Thema und persönliche Beweggründe*

Mit diesem Viermächte-Abkommen von 1938 habe ich mich seit meiner Schulzeit beschäftigt. Im Jahre 1953 besuchte ich die 10. Klasse der Lessing-Oberrealschule in Bremerhaven-Lehe, und wir Schüler mussten damals in verschiedenen Unterrichts-Fächern Referate übernehmen, so auch im Fach Geschichte. Aus einer Liste mit vorgegebenen Themen war jeweils eines auszusuchen. Da wir hier bis weit ins 20. Jahrhundert herangekommen waren, war auch das Thema „Münchner Abkommen“ darunter; und weil ich mich bereits damals dafür interessierte, wählte ich dieses aus.

Meine Vorbereitung wurde mir erleichtert, weil sich im Hause meines Onkels (eines Landarztes) in Dorum/Kreis Wesermünde, wo wir als Flüchtlinge wohnten, ein großer Bestand an (Sach-)Büchern aller Art befand. So hatte ich bereits zuvor etwa den Bildband „Hitler befreit Sudetenland“ (des ‚Reichsbildberichterstatters der NSDAP‘ Heinrich Hoffmann, mit einem Geleitwort von Konrad Henlein) und das „Jahrbuch des Deutschen Heeres 1939“ entdeckt, in dem Berichte (einschließlich Karten) über die militärische Besetzung des Sudetengebietes im Oktober 1938 enthalten waren. Anhand dieses Materials konnte ich mein Referat als einen Dia-Vortrag gestalten: es fand in einem Funktionsraum der Schule statt; die Fotos aus den beiden Büchern wurden (von einem Klassenkameraden, der am Episkop fungierte) auf eine Bildwand projiziert, und so konnte ich, frei sprechend, referieren. Das war meine erste intensive „Begegnung“ mit dieser Thematik.

Natürlich war ich damals überzeugt, alles Wesentliche über das historische Geschehen von 1938 ermittelt und präsentiert zu haben. Die zahlreichen Veröffentlichungen zu dem Thema sind ja auch erst in den Jahren und Jahrzehnten danach erschienen, deren Inhalt ich ja gar nicht kennen konnte. Als drei Jahre später dieses „Geschehen“ wieder im Unterrichtsprogramm der sog. Oberstufe der Schule stand (ich besuchte damals indessen ein Gymnasium in Crailsheim/Württemberg), wurde dieser Stoff allerdings nur ziemlich cursorisch „durchgenommen“. Erst zehn Jahre später hatte ich meine nächste Begegnung mit dieser Thematik: ich war nun Student an der Universität Bonn, und eines Tages prangte an einer der Litfaßsäulen im Foyer der Mensa das blutrote Plakat des ASST (= Arbeitskreis sudetendeutscher Studenten), das für den Besuch einer Veranstaltung über das Münchner Abkommen warb. Es war damals die Zeit der Bundesregierung von Ludwig Erhard, und der Außenminister hieß Gerhard Schröder (beide CDU).

Dieses Thema war damals im politischen Bonn gerade akut geworden, weil die Bundesregierung beabsichtigte, so wie zuvor schon mit mehreren Ostblock-Staaten, nun auch mit der CSSR diplomatische Beziehungen aufzunehmen; sie war dabei jedoch auf ein Hindernis gestoßen, nämlich das „Münchner Abkom-

men.“ Der Staatsrechtler Prof. Dr. Ingo von Münch hatte deswegen vom Auswärtigen Amt (AA) den Auftrag erhalten, zu diesem Themenbereich zu recherchieren, was er bereits im nahegelegenen Politischen Archiv des AA getan hatte, und war von Günter Reichert, dem damaligen Vorsitzenden der neu gegründeten Bonner ASST-Gruppe, dazu bewegt worden, über seine Erkenntnisse einen Workshop mit interessierten Studenten abzuhalten. Bei diesem, während des Wintersemesters stattfindenden Veranstaltungen konnten wir nun aus dem Munde eines sachkundigen Wissenschaftlers einiges wirklich Neues zu dieser Thematik erfahren.

Im Jahre darauf veranstaltete der ASST auf dem Heiligenhof in Bad Kissingen ein interessantes Seminar zu diesem Themenkreis, bei dem Wissenschaftler aus mehreren Universitäten zu den verschiedenen Aspekten sachkundig referierten: damit erweiterte sich damals mein Horizont in dieser diffizilen Materie. Mittlerweile waren auch schon einige Publikationen dazu erschienen, die dann später ganze Bücherregale füllten. In den Jahren darauf, als ich im Berufsleben Fuß fassen musste, entstand, zeitlich betrachtet, eine größere Lücke hinsichtlich meiner Beschäftigung mit dieser Thematik; erst Jahrzehnte später bin ich wieder darauf zurückgekommen. Davon zeugt eine kleine Reihe von Darstellungen, die meist im „Literaturspiegel“ veröffentlicht worden sind<sup>1</sup>.

### ***Politische und militärische Entwicklungen im Jahre 1938***

Das komplizierte Geschehen zwischen den verschiedenen Nationalitäten innerhalb der CSR, die eigentlich der Nationalstaat der Tschechen war, tatsächlich aber ein Nationalitätenstaat, in dem sie nur etwa die Hälfte der Bevölkerung stellten, was zu vielfältigen Problemen (u.a. der „Sudetenfrage“) führte, ist vielfach beschrieben worden, und soll nicht Gegenstand der folgenden Darstellung sein.

Das Entstehen der sog. „Sudetenfrage“ war indes eine Folge der beiden im Jahre 1919 geschlossenen „Frieden“ von St. Germain und Versailles. Bereits sehr früh ist erhebliche Kritik am Inhalt der Pariser Friedensverträge von 1919/20 aufgekommen<sup>2</sup>, und zwar auch in den Siegerstaaten des Ersten

---

<sup>1</sup> Arnulf Tobiasch, „Bevölkerungsaustausch in Böhmen und Mähren 1938/39 (Teil 1)“, in: Literaturspiegel (=LS) Nr. 48: S. 77-108; ders., „Hultschiner Ländchen und die Hultschiner“, in: LS Nr. 49: S. 105-121; ders., „Bevölkerungsaustausch in Böhmen und Mähren 1938/39 (Teil II)“, in: LS Nr. 50: S. 71-108

<sup>2</sup> Darauf verweist Eckart Conze, „Die große Illusion - Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt“, München 2018, S. 476: Den Anfang machte der (Jahre später sehr einflussreich werdende) John Maynard Keynes mit „The economic consequences of the Peace Treaty“ (London 1919). Das Buch fand zunächst in Großbritannien große Beachtung. In dem Beitrag „Keynes, John Maynard“, in: „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“, Bd. 5, führt der britische Ökonom Roy Forkes Harrod zu diesem Titel an: „In der ersten Nachkriegszeit galt sein publizistisches Wirken hauptsächlich der weiteren Ausführung des Gedankens seiner „Economic Consequences“, als deren Fortsetzung er die „Revision of the Treaties“ erscheinen ließ. Auch andere prominente Politiker, die an

Weltkrieges (Versailles 1919 und die Neuordnung in Teil III)<sup>3</sup>. Auf dieser Basis hatte sich in England eine ziemlich kritische Sicht auf diese „Friedensverträge“ entwickelt, die in baldige Revision indessen nicht nur um rein ökonomische Fragen, sondern auch um die damals vorgenommenen Bestimmungen von Staatsgrenzen und die daraus resultierenden Probleme mit unzufriedenen nationalen Minderheiten ging.

Außerhalb der CSR wurde die „Sudetenfrage“ eigentlich erst durch das aufsehenerregende Ergebnis der sog. „Erdrutsch-Wahl“ von 1935 bekannt; insbesondere trifft dies auf Großbritannien zu. Es trat damals nämlich der seltene Fall ein, dass eine Partei einer nationalen Minderheit aus einer (nationalen) Wahl als stimmenstärkste hervorging. Und diese damals dort entstandene Aufmerksamkeit in einflussreichen politischen Kreisen Londons hielt über Jahre hindurch an.

Zu dem Viermächte-Abkommens vom 29. September 1938 wäre es dann wohl kaum gekommen, wenn dieses Interesse nicht Jahre zuvor in London angekommen wäre und das Denken vieler Politiker beschäftigt hätte. Ferner war dann von Bedeutung, dass im Frühjahr 1937 Neville Chamberlain das Amt des Premierministers übernahm, womit die sog. „Politik des Appeasements“ gegenüber dem Deutschen Reich einsetzte. Darüber erfährt man u. a. einiges von J. R. Butler<sup>4</sup>. Er war einer jener konservativen Politiker, die in der zweiten Reihe agierten, aber die britische Außenpolitik des neuen Premiers gegenüber dem Deutschen Reich beeinflussten. Diese neue Haltung führte alsbald zum Rücktritt des Außenministers Anthony Eden; sein Nachfolger im Amt war Lord Halifax<sup>5</sup>.

Einige Monate davor, im November 1937, erfolgte der Besuch des damaligen Lordsiegelbewahrers Lord Halifax in Deutschland. Er kam offiziell auf Einladung von Hermann Göring (in dessen Funktion als „Reichsjägermeister“) zum Besuch der „Großen deutschen Jagdausstellung“ (die über Monate in Berlin stattgefunden hatte und dann für den verspäteten Besucher aus London extra zeitlich verlängert wurde). Im Rahmen dieses Besuches kam es dann zu dem - vor der Öffentlichkeit streng geheim gehaltenen - „Ausflug“ des hohen Gastes zum Berghof (bei Berchtesgaden) und der bedeutsamen Unterredung mit Adolf Hitler. Das von AA-Chefdolmetscher Paul Schmidt gefertigte Protokoll derselben wurde dann - wohl gemerkt - zuerst im sowjetischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht<sup>6</sup>.

---

den Verhandlungen in Paris teilgenommen hatten, äußerten sich alsbald kritisch, wie etwa der frühere italienische Ministerpräsident Francesco Saverio Nitti in seinen (1923) erschienenen Erinnerungen, oder, einige Jahre später, der frühere britische Premier David Lloyd George, die als „Kriegserinnerungen“ betitelt waren.

<sup>3</sup> etwa der britische Teilnehmer an den Verhandlungen, Harold Nicolson, vgl. ders., „Peacemaking 1919“, London 1933 (in dt. Ausgabe mit dem Titel „Die Friedensmacher“).

<sup>4</sup> J. R. Butler, „Lord Lothian, Philip Kerr, 1882-1940“, London 1960

<sup>5</sup> vgl. ebd. und Reiner Franke, London und Prag, „Materialien zum Problem eines multinationalen Nationalstaates 1919-1938“, München <sup>2</sup>1982

Aus diesem Dokument geht eindeutig hervor, dass Premier Chamberlain, wenige Monate nach seinem Amtsantritt, auszuloten suchte, wie gewisse, damals anstehende und Deutschland betreffende politische Streitfragen (insbesondere Danzig, Österreich und das Sudetenproblem betreffend) auf dem Verhandlungswege einer Lösung zugeführt werden könnten. Bereits der Anschluss Österreichs (im März 1938) geschah dann jedoch nicht in der Weise, die sich Chamberlain wohl vorgestellt hatte. Dennoch verfolgte er danach, also im Laufe des Jahres 1938, die angepeilte politische Linie konsequent weiter. Hintergrund waren sicherlich auch die Gefahren, die infolge der bestehenden Bündnisse zwischen der CSR und verschiedenen Staaten, insbesondere jener mit Frankreich und der UdSSR drohten; die durchaus drohende Wiederholung der Entwicklung nach der sog. „Juli-Krise“ von 1914 hatte er sicher deutlich vor Augen<sup>7</sup>.

Am 20. Februar 1938, also etwa drei Monate nach dem Besuch von Lord Halifax, hielt Hitler eine Reichstagsrede: hierbei trug er gewissermaßen sein außenpolitisches Programm für die folgenden Monate<sup>8</sup> vor; bedeutsam waren die folgenden Worte: „ ... Allein zwei der an unseren Grenzen liegenden Staaten umschließen eine Masse von über zehn Millionen Deutschen ... Sie sind gegen ihren eigenen Willen durch die Friedensverträge an einer Vereinigung mit dem Reiche verhindert ...“<sup>9</sup> Nur knapp einen Monat darauf erfolgte bereits der „Anschluß“ Österreichs. Damit waren nun schon über sechs der von Hitler in dieser Rede erwähnten zehn Millionen Deutschen zum Deutschen Reich gekommen; es zeichnete sich bereits deutlich ab, wer der nächste „Kandidat“ für die revisionistische Außenpolitik Hitlers sein werde.

---

<sup>6</sup> „Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges“, Bd. I, Moskau 1948

<sup>7</sup> zum Inhalt des Vertrages Frankreichs mit der CSR sei verwiesen auf Peter C. Hartmann, „Ein Aspekt der französisch-tschechoslowakischen Beziehungen von 1919 bis 1938: Der Vertrag von 1924“, in: „Gleichgewicht - Revision - Restauration (Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Friedensverträge)“, Bosl, Karl Hrsg., München-Wien 1976; ebenso auf Jörg K. Hoensch, „Die Burg und das außenpolitische Kalkül“, in: „‘Die Burg‘ (Einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Benes)“, Bd. 2, München-Wien 1974.

Gegen dieses Projekt, das wohlbemerkt auf Initiative Frankreichs zustande gekommen war, hatte der damalige CSR-Präsident, T. M. Masaryk, Einwände erhoben. In einem Bericht heißt es, „ ... der Präsident (hielt) einen solchen Vertrag mit Frankreich für unnütz“. Wohl unter seinem Einfluss wurde der Text dann derart „entschärft“, sodass er juristische Schlupflöcher enthielt, die man im Jahre 1938 nutzen konnte, um den Eintritt des Frankreich drohenden Bündnisfalles zu vermeiden.

<sup>8</sup> Die politische Entwicklung im Laufe des Jahres 1938 in Europa ist in der materialreichen Darstellung von Helmuth K. G. Rönnefarth, „Die Sudetenkrise in der internationalen Politik (Entstehung Verlauf Auswirkung)“, 2 Teile, Wiesbaden 1961, in aller Ausführlichkeit geschildert, insbesondere in Teil 1, „Wochenendkrise und Gemeindewahlen“ (=Kapitel 5)

<sup>9</sup> Ernst Nittner, „Dokumente zur sudetendeutschen Frage 1916-1967“, Nr. 95, München 1967

Die (militärische) Lage der CSR hatte sich durch den „Anschluß“ massiv verschlechtert, denn sie grenzte nunmehr (im Kernraum von Böhmen und Mähren) auch im Süden an das „Großdeutsche Reich“. Die Prager Regierung reagierte alsbald, auch angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen, mit einer Teil-Mobilisierung der Armee, die gleichzeitig die Verschärfung des Ausnahmezustands in dem überwiegend von Sudetendeutschen bewohnten Grenzgebiet zum Deutschen Reich zur Folge hatte. Diese Maßnahmen erreichten allerdings, schon hinsichtlich des Wahlergebnisses, gerade das Gegenteil des von Prag Gewollten, denn die Sudetendeutsche Partei (SdP) fuhr ein grandioses Wahlergebnis ein. Als noch gravierender sollten sich jedoch die Auswirkungen der - Tage danach ablaufenden - Kampagne der Prager Presse erweisen, die nämlich behauptete, dass nur infolge der entschlossenen Haltung der Prager Regierung der geplante Angriff deutscher Truppen gegen die CSR verhindert worden sei.

Als Reaktion auf diese unzutreffenden Behauptungen verschärfte Hitler Ende Mai den Text der Einleitung zu seiner Weisung für den sog. „Aufmarsch Grün“<sup>10</sup>: „Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen ...“; bereits hier wurde der Termin 1. Oktober des Jahres (1938) für eine militärische Aktion gegen die CSR genannt<sup>11</sup>. Somit war die CSR nun in das Fadenkreuz des deutschen Diktators gerückt; erst ab diesem Zeitpunkt gibt es nachweislich deutscherseits eine konkrete Zielsetzung für das militärischen Vorgehen der Wehrmacht gegen die CSR und damit zur Eskalation der Entwicklung.

### ***Die Runciman-Mission und der Weg zum Abkommen***

Der erste gravierende Schritt des britischen Premiers Chamberlain zur friedlichen Lösung der sich verschärfenden Sudetenkrise war die Durchsetzung der sog. „Runciman-Mission“: Lord Runciman wurde (Anfang August) für mehrere Wochen als „Vermittler“ in die CSR entsandt, um dort auf beiden Seiten (der nationalen Fronten) zu eruiieren, welche Probleme anstehen und wie es zu einer befriedigenden Lösung kommen könnte. Der Bericht wurde dann erst Mitte September vorgelegt<sup>12</sup>. Wichtige Details dieses Plans sind allgemein kaum bekannt; er sah im Kern die folgenden Maßnahmen vor:

1. eine Gebietsabtretung der CSR an das Deutsche Reich, und zwar ohne Volksabstimmung, allerdings sollte diese Abtretung nur Gebietsteile mit mindestens 75% (bzw. 80%) deutscher Bevölkerungsmehrheit je (Gerichts-) Bezirk betreffen;
2. Gebietsteile mit mindestens 50% (bis zu der deutschen Mehrheit lt. Pkt. 1) sollten Territorial-Autonomie erhalten;
3. Gebietsteile mit einem deutschen Bevölkerungsanteil von unter 50% sollten demnach überhaupt keiner Statusverbesserung unterliegen;

<sup>10</sup> vgl. dazu H. Rönnefahrt, Teil 1, aaO: S. 307 ff.

<sup>11</sup> vgl. E. Nittner, aaO

<sup>12</sup> vgl. H. Rönnefahrt, Teil I, aaO: S. 407 ff.

4. dabei war wohl noch ungeklärt, welches statistische Material, also welche der durchgeführten Volkszählungen zugrunde gelegt werden sollte.

Im August 1938 fand eine große Flugschau der deutschen Luftwaffe statt, zu der Hermann Göring (deren Oberbefehlshaber) auch General Vuillemin, Chef des Generalstabes der französischen Luftwaffe, eingeladen hatte. Dieser soll von den Vorführungen sehr beeindruckt gewesen sein und danach seiner Regierung in Paris darüber ausführlich berichtet haben<sup>13</sup>. Vermutlich haben diese Berichte Wochen später wesentlich dazu beigetragen, dass in der französischen Regierung die Sorge bestand, die Maginotlinie könnte im Falle eines militärischen Konflikts mit Deutschland von deutschen Flugzeugen überflogen und Paris massiv bombardiert werden. Diese Sorge erwies sich zwar als unbegründet, hatte jedoch - Wochen später, als es um wichtige Entscheidungen in der Sudetenkrise ging - bedeutsame Auswirkungen. Und der französische Ministerpräsident, Daladier, gleichzeitig (und auch vorher in anderen Kabinetten) Verteidigungsminister seines Landes, dachte sicherlich stark in militärischen Kategorien.

Mitte September reiste der britische Premier nach Deutschland, um mit Hitler die Lage persönlich zu besprechen. Chamberlain war sich darüber klar geworden, dass nur eine baldige Gebietsabtretung seitens der CSR die Lage entspannen könne. Danach fand sogleich in London eine britisch-französische Minister-Konferenz statt, bei der es nun sein Anliegen war, den französischen Ministerpräsidenten dazu zu bewegen, seinem Plan zuzustimmen. Die britischen und französischen Aktenpublikationen belegen, dass es dabei auch zu recht harten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Regierungschefs gekommen ist. Letzten Endes setzte sich aber der britische Premier durch. Sein durchschlagendes Argument scheint gewesen zu sein, dass sein Land nur zwei Heeresdivisionen zur militärischen Unterstützung Frankreichs zur Verfügung stellen könne, falls dieses, in Erfüllung seiner Bündnispflicht gegenüber der CSR, in einen militärischen Konflikt mit dem Deutschen Reich geraten sollte.

Ergebnis dieser Beratungen vom 18. und 19. September 1938 waren schließlich die gleichlautenden diplomatischen Noten der beiden Mächte an Prag, worin eine Gebietsabtretung an das Deutsche Reich gefordert wurde<sup>14</sup>. Die Tatsache, dass Frankreich sich nun dem Plan Chamberlains derart anschloss, stellte bereits eine starke Entwertung des französisch-tschechoslowakischen Vertrages von 1924 dar. Man hatte sich nun gewisse Schwachstellen im Text zunutze gemacht. Bereits am 22. September reiste Chamberlain erneut nach Deutschland (dieses Mal nach Godesberg), wo es indessen zu einem herben Rückschlag bei der von Chamberlain konsequent angestrebten Lösung der Sudetenfrage kam<sup>15</sup>.

---

<sup>13</sup> vgl. André François-Poncet, „Als Botschafter im Dritten Reich. Die Erinnerungen des französischen Botschafters in Berlin September 1931 bis Oktober 1938“, Mainz/Berlin 1980: S. 376 und H. Rönnefarth, Teil I, aaO: S. 446

<sup>14</sup> vgl. H. Rönnefahrt, Teil I, aaO: S. 523

<sup>15</sup> ebd.: S. 581

Zu dem rüden Verhalten Hitlers bei diesem zweiten Treffen mit dem britischen Premier ist ein bedeutsamer, aber allgemein unbekannt gebliebener Sachverhalt zu erwähnen: der deutsche Diktator hatte infolge abgehörter Telefongespräche, die z.B. zwischen Präsident Beneš in Prag und dem Gesandten Jan Masaryk in London geführt wurden, davon erfahren, dass nach dessen Ansicht ein baldiger Wechsel im Amt des Premiers in London zu erwarten sei<sup>16</sup>. Der deutsche Diktator drückte deshalb auf eine unverzügliche Umsetzung der Gebietsabtretungen seitens der CSR, weil er nun befürchtete, dass sein bisheriger britischer Verhandlungspartner alsbald nicht mehr im Amt sein könnte und dessen Nachfolger sich nicht an bereits getroffenen Abmachungen halten würden, wengleich Hitler dabei einer gewissen Fehleinschätzung der tatsächlichen politischen Lage in London unterlag.

Diese verschärfte sich nun weiter<sup>17</sup>. Es stellte nämlich ein Ultimatum Hitlers an Prag dar, weil es verbunden war mit einer recht kurzfristigen Terminsetzung für die geforderte Antwort - nämlich den 28. September 14 Uhr. Da Prag die Forderungen Berlins ablehnte, begann nun die gefährlichste Phase der Sudetenkrise.

Nachdem die britische Regierung ihren Prag am Tage zuvor erteilten Rat, nicht zu mobilisieren, zurückgenommen hatte, wurde dort nämlich am Abend jenes Tages die Generalmobilmachung für die CSR verkündet. Daraufhin strömten die Reservisten zu ihren Mob.-Verbänden. Die Armeekorps wuchsen dadurch (nur etwa zwei bis drei Tagen danach) personell zu Armeen auf, und es trat die folgende militärische Lage ein: den etwa 26 deutschen Divisionen<sup>18</sup>, die hufeisenförmig rings um die westliche CSR (also von Oberschlesien bis in den Raum Wien) in die Bereitstellungsräume marschiert waren<sup>19</sup>, standen nunmehr etwa 40 Divisionen der CSR-Armee abwehrbereit gegenüber, und zwar in vorbereiteten Stellungen. Sie verfügten, wohlgemerkt, über eine hervorragende Ausrüstung; das betraf gerade auch die Ausstattung mit Kampfpanzern, die hinsichtlich Panzerung und Bewaffnung auch den leistungsfähigsten des deutschen Heeres überlegen waren<sup>20</sup>.

<sup>16</sup> Günther W. Gellermann, „und lauschten für Hitler - Geheime Reichssache. Die Abhörzentralen des Dritten Reiches“, Bonn 1991: S. 213 ff.

<sup>17</sup> vgl. H. Rönnfahrt, aaO: S. 587 ff.; in dem Abschnitt „Zweite Unterredung am 23. September 1938“ geht es insbesondere um das sog. „Godesberger Memorandum“, vgl. dazu die Karte Nr. 1 im Anhang, Teil II

<sup>18</sup> vgl. Klaus Michaelis, „1938 - Krieg gegen die Tschechoslowakei - der Fall ‚Grün‘“, München 2004

<sup>19</sup> Zusätzlich kamen, wegen des ebenfalls eskalierten Streits um das Teschener Schlesien, als militärische Gegner der CSR-Armee, im dortigen Raum noch einige polnische Verbände.

<sup>20</sup> vgl. Werner Oswald, „Kraftfahrzeuge und Panzer der Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr“, Stuttgart 1973: insbesondere S. 242 hinsichtlich der Angaben zu den tschechischen Panzern 35 (t) und 38 (t); vgl. ferner General Eduard Wagner, „Der Generalquartiermeister - Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres General der Artillerie Eduard Wagner“, Wagner, Elisabeth Hrsg., München,

Von einer militärischen Überlegenheit der Truppen des deutschen Heeres gegenüber der CSR-Armee nach der vollzogenen Generalmobilmachung konnte demnach überhaupt keine Rede sein, weil nämlich etwa die Hälfte der vorhandenen Verbände des deutschen Heeres (die deutsche Seite hatte noch nicht mobilisiert!) am sog. „Westwall“ gegenüber Frankreich eingesetzt oder als operative Reserve weiter in ihren Standorten verblieben war; die sehr lange Grenze des Reiches gegenüber Polen war allerdings von deutschen Truppen nahezu entblößt<sup>21</sup>.

Es ist nicht klar, inwieweit Adolf Hitler, der es im Ersten Weltkrieg in über vier Jahren Dienstzeit als Kriegsfreiwilliger in einem bayerischen Infanterie-Regiment nur bis zum Gefreiten gebracht hatte, nun aber Oberkommandierender der Wehrmacht des Großdeutschen Reiches war, erkannt hatte, dass sich die militärischen Macht-Verhältnisse gegenüber der CSR-Armee seit deren vollendeter Generalmobilmachung deutlich zu deren Gunsten verschoben hatten: die vom Generalstab des Heeres in den Wochen zuvor gegen die CSR eingeteilten deutschen Truppen waren nämlich gegen die (noch) nicht-mobilisierte CSR-Armee vorgesehen gewesen, und zwar mit dem Plan, einen Überraschungscoup zu landen, was mittlerweile völlig illusorisch geworden war.

---

Wien 1963. Gerade dieses Buch belegt dessen riesige Begeisterung nach Sichtung der im März 1939 im Gebiet des Protektorats in deutsche Hände gefallenen Beute an Rüstungsgütern aller Art, nämlich an Waffen, Munition und sonstiger militärischer Ausrüstung. General Syrový, der nach dem Rücktritt von Edvard Beneš am 5. Oktober voll verantwortlicher Regierungschef und ab Dezember 1938 weiterhin Verteidigungsminister gewesen war, wurde nach 1948 in seinem Lande der Prozess gemacht; der Hauptvorwurf gegen ihn soll gelautet haben, dass er damals stärker dafür hätte sorgen müssen, die vorhandenen Bestände an Rüstungsgütern der Armee rechtzeitig ins Ausland zu verbringen. Allerdings standen damals sämtliche Verkehrswege dorthin, mit Ausnahme der nach Polen und Rumänien, unter der Kontrolle der beiden gegenüber der CSR feindlich gesinnten Anrainerstaaten Deutsches Reich und Ungarn; im letzteren Fall war auch von Bedeutung, dass die wichtige Bahnstrecke nach Rumänien bereits seit dem 11. Oktober, nämlich ab dem Grenzbahnhof Slov. Nové Mesto, unter der Kontrolle Ungarns stand. Hinweise zu der schlechten Behandlung des Ex-Generals Syrový nach der Machtübernahme durch die Kommunisten im Jahre 1948 finden sich bei Horst Naudé, „Erlebnisse und Erkenntnisse“, Teil II, München 1976: S. 51

<sup>21</sup> zum Umfang der damaligen deutschen Truppen vgl. Major (Hasso) von Wedel, „Das großdeutsche Heer“, in: ders.: „Jahrbuch des deutschen Heeres“, Leipzig 1939: S. 156 ff; dieses bestand damals aus insgesamt 51 Divisionen verschiedener Art und einer Kavallerie-Brigade. Eine Angabe in diesem Beitrag irritiert indessen, denn unter dem Titel „Die Befehlshaber der Heeresgruppen beim Einmarsch ins Sudetenland“ werden fünf hohe Generäle (darunter drei Generaloberste) auf Fotos gezeigt, eigentlich die Oberbefehlshaber (OB) der fünf vorhandenen „Heeresgruppenkommandos“, die im Fall der Generalmobilmachung in Armeeoberkommandos (AOK's) umbenannt würden und als solche fungieren sollten. Alle fünf waren indessen damals den gegen die CSR eingesetzten Teilen des Heeres vorgesetzt, und zwar wohl deshalb, weil man eigentlich nur dort ihre operativen Fähigkeiten zu brauchen glaubte.

Vor dem Hintergrund der weitgehend grundlosen Furcht Frankreichs vor einer deutschen Luftüberlegenheit im Falle eines kriegerischen Konflikts<sup>22</sup> unternahm am Tage nach Hitlers aggressiver Rede im Berliner Sportpalast der französische Botschafter am Vormittag des 28. September auf Weisung seiner Regierung eine bedeutsame *Démarche* in der Reichskanzlei. Mit Zugeständnissen Frankreichs sollte im allerletzten Moment der erneute Ausbruch eines Krieges in Europa (unter Beteiligung europäischer Großmächte) abgewendet werden. Er bot dem „Führer“ die Abtretung sudetendeutscher Gebiete in Böhmen an und zeigte, anhand einer vorbereiteten Karte, drei Zonen, die sehr kurzfristig besetzt werden könnten<sup>23</sup>. Hitler soll durchaus beeindruckt gewesen sein. In diese wichtige Besprechung platzte dann der Auftritt eines anderen Diplomaten: nur wenige Stunden vor Ablauf der von Hitler der Prager Regierung gesetzten Frist zur Annahme seines „Memorandums“, übernahm (auch auf Initiative des britischen Premiers Chamberlain) nun zusätzlich ein weiterer Akteur, und zwar sehr wirksam, eine Rolle in dem Geschehen, nämlich der Duce in Rom. Er hatte (u.a.) in seiner Rede von Triest vor gefährlichen „Weiterungen“ gewarnt, die akut drohten, und dabei sicherlich an die sog. „Juli-Krise“ von 1914 (und vielleicht auch an den Prager Fenstersturz von 1618?) gedacht, die jeweils sehr schwerwiegende Entwicklungen in Europa auslösten hatten, nämlich den Ersten Weltkrieg (bzw. den 30jährigen Krieg).

Per *Démarchen* seines Botschafters in Berlin erreichte er zunächst die Verschiebung der von Hitler gesetzten Frist (für die Annahme seines „Memorandums“) um 24 Stunden und kurz danach sein Einverständnis zur Einberufung eines Viermächte-Treffens (eigentlich nach dem Format des im Jahre 1933 zwar bereits beschlossenen, aber dann nicht ratifizierten Viermächte-Paktes<sup>24</sup>), und zwar bereits für den nächsten Tag. Hitler dürfte bei seiner Entscheidung, dem Vorschlag Benito Mussolinis sogleich zuzustimmen, durch drei Gesichtspunkte beeinflusst worden sein:

1. die Erkenntnis, dass der Plan eines militärischen Überraschungscoups völlig unrealistisch geworden war;
2. den Eindruck der Ausführungen des Botschafters François-Poncet;
3. die Versicherung Mussolinis, bei der Konferenz fest an seiner Seite zu stehen.

<sup>22</sup> vgl. Williamson Murray, „Der Luftkrieg von 1914 bis 1945“, Berlin 2000 (dt. Titel der englischen Originalausgabe „War in the Air 1914-45“, London 1999); der Historiker urteilt wie folgt: „Eigenartigerweise gelang der Luftwaffe ihr größter Erfolg jedoch dadurch, dass sie der britischen und ganz besonders der französischen militärischen und politischen Führung einen bevorstehenden Bombenhagel einredete. Im Grunde war die Opferung der Tschechoslowakei in München weitestgehend das Ergebnis unberechtigter Ängste vor einer deutschen Luftüberlegenheit.“

<sup>23</sup> vgl. André François-Poncet, aaO: S. 377; Paul Schmidt, „Statist auf diplomatischer Bühne“, Bonn 1950: S. 418 f.

<sup>24</sup> vgl. das Kapitel „Der Viermächtepakt 1933“, in: Reiner Franke, aaO: S. 199 ff.

Das Treffen sollte in München stattfinden, weil Mussolini nur mit der Bahn reiste und sie im Altreich die nächstgelegene deutsche Stadt auf seiner Reise von Rom war. Die dazu eingeladenen Regierungschefs in Paris und London sagten ihre Teilnahme sofort zu.

An dieser Stelle sei auf die Herkunft des Textentwurfs für das ins Auge gefasste Abkommen hingewiesen, nämlich auf die „Erinnerungen“ des AA-Staatssekretärs von Weizsäcker: „... Die Konferenz war auf den nächsten Tag in München anberaumt. Aber noch war nicht alles gewonnen, Neurath, Göring und ich selbst redigierten einen Text, der als Diskussions-Grundlage der Münchner Konferenz vorgeschlagen werden konnte. Er gefiel Hitler, als Göring ihn ihm zeigte ... Den ursprünglichen Text hatte ich indessen unter der Hand an den Botschafter Attolico ausgehändigt, der ihn drahtlos an Mussolini weitergab.“<sup>25</sup>

Aus den Memoiren des AA-Chefdolmetschers Paul Schmidt<sup>26</sup> erfahren wir, dass er diesen Text am Vortage von AA-Staatssekretär von Weizsäcker erhalten hatte, mit dem Auftrag, ihn von der deutschen in die französische Sprache zu übersetzen; danach wurde das Papier der italienischen Botschaft übergeben; der „zweite Mann im Dritten Reich“, nämlich Hermann Göring, soll eingeweiht gewesen sein<sup>27</sup>. Mussolini hat den mittlerweile in die italienische Sprache übersetzten Text wahrscheinlich erst bei der Bahnreise ab Kufstein, wo Hitler mit einigen deutschen Begleitern und dem italienischen Botschafter zugestiegen war, von diesem in die Hand gedrückt bekommen. Es handelte sich aber zweifellos um einen deutschen Vorschlag, der den Teilnehmern aus London und Paris dann von Mussolini in München als sein eigener, somit von neutraler Seite stammender präsentiert wurde. Man darf dabei nicht übersehen, dass Frankreich ebenfalls mobilisiert und Großbritannien seine Flotte in den Alarmzustand versetzt hatte. Europa stand damals durchaus vor der Gefahr, eine Entwicklung wie im Sommer 1914 zu erleben<sup>28</sup>.

An dieser Stelle muss allerdings noch berücksichtigt werden, was jene Offiziere der Militäropposition des deutschen Heeres, die damals eine Revolte gegen Hitler planten, vorhatten. Zu dieser Thematik sei hier nur in Kürze das Wichtigste geschildert: es gab einen Plan zur Festnahme Hitlers, um ihn vom weiteren Geschehen auszuschalten; ob dieses Vorhaben gelungen wäre, ist nicht zu überschauen; es hätte indessen die gesamte Entwicklung danach vollkommen verändert<sup>29</sup>. Das Bizarre an der dadurch entstandenen Lage war nun, dass gerade eine

<sup>25</sup> Ernst von Weizsäcker, „Erinnerungen“, von Weizsäcker, Richard Hrsg., München/Leipzig/Freiburg 1950: S. 188

<sup>26</sup> Paul Schmidt, aaO: S. 423

<sup>27</sup> Alfred Kube, „Pour le mérite und Hakenkreuz: Hermann Göring im Dritten Reich“, München 1986: S. 275 f.

<sup>28</sup> H. Rönnefahrt, aaO, spricht von der „Passionswoche des harrenden Europa“; vgl. auch Paul Rassiner, „Die Jahrhundert-Provokation“, Tübingen <sup>2</sup>1990: S. 190 f.

<sup>29</sup> vgl. Romedio Galeazzo Graf von Thun-Hohenstein, „Der Verschwörer (General Oster und die Militäropposition)“, München 1984: S. 81 ff. Es ist dabei auch zu bedenken, dass jeweils eine Abteilung (die SS-Bezeichnung lautete „Sturmbann“) der „SS-Leibstandarte

Verständigungslösung, wie sie schließlich durch das Eingreifen Benito Mussolinis in München geschaffen wurde, das Vorgehen der Frondeure im deutschen Heer vereitelte, weil dieses eben nur zur Verhinderung eines unmittelbar drohenden militärischen Konfliktes geplant war. Das nun bevorstehende „Viermächte-Treffen in München“ ließ daher die Aktion der deutschen Militäropposition plötzlich zu Makulatur werden.

Der nach stundenlanger Diskussionen (in verschiedenen Gesprächsrunden) endlich vereinbarte Text des Abkommens wurde dann gegen Mitternacht vom 29. auf den 30. September 1938 von den Vertretern der vier Mächte unterzeichnet, zwei „Zusatzerklärungen“ und ein „Zusatz“ offenbar erst nach Mitternacht. Von vielen Autoren wird bezüglich dieses Abkommens übersehen, dass die politische Lage mit dessen Unterzeichnung aber noch keineswegs geklärt war, denn der von „München“ hauptsächlich betroffene Staat, nämlich die CSR, musste sich schließlich ja erst noch dazu positionieren<sup>30</sup>. Deren Präsident (und Oberbefehlshaber der Armee) bemühte sich, nachdem er am Morgen des 30. September den Text dieses Abkommens in Händen hatte, über mehrere Stunden hindurch, die Einstellung der UdSSR, also seines großen Verbündeten im Osten, zu erfahren. Erst nachdem er erkannt hatte, dass dieser zu keiner Willensäußerung bereit war, fasste er den sicherlich schweren Entschluss, sich den harten Bestimmungen des Abkommens zu unterwerfen. Sein Außenminister gab gegenüber den Gesandten Frankreichs, Großbritanniens und Italiens die Erklärung ab, dass die CSR bereit sei, die darin gestellten Forderungen zu erfüllen. Erst damit war dieses Abkommen völkerrechtlich wirksam geworden.

Diese drei Gesandten waren die Vertreter jener Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges, die 1919/20 Hauptakteure bei den Pariser Friedensverhandlungen und Unterzeichner der Verträge von St. Germain und Versailles (von 1919) gewesen waren; die darin getroffenen Grenzregelungen für die neu geschaffene CSR sollten nun nach knapp 20 Jahren revidiert werden. Die praktische Durchführung dieser Aufgabe wurde (in den Punkten 3 ff. des Abkommens) einem Gremium übertragen, das noch am selben Abend mit seiner Arbeit beginnen sollte, dem „Internationalen Ausschuss“. Als Vertreter seines Landes nahm Vojtěch Mastný, der CSR-Gesandte in Berlin, sogleich an dessen konstituierender Sitzung teil.

Dabei wurde die Einsetzung eines „Unterausschusses A“ beschlossen, der hauptsächlich aus Generalstabsoffizieren der CSR-Armee und der Wehrmacht (ferner den Militär-Attachés der drei weiteren „Münchner Mächten“) bestand und der die äußerst dringlichen militärischen Fragen, nämlich die (in Punkt 4 des Abkommens) vorgesehene etappenweise Räumung und Besetzung des Ab-

---

Adolf Hitler“ dauernd in Berlin zur Bewachung der Reichskanzlei eingesetzt war (das galt auch, wenn die Masse dieses Verbandes - wie damals geschehen - in den Reihen des Heeres an dem Aufmarsch gegen die CSR teilnahm)

<sup>30</sup> vgl. Igor Lukeš, „Czechoslovakia between Stalin and Hitler: The Diplomacy of Edvard Benes in the 1930's.“, New York/Oxford 1996

tretungsgebietes fachgerecht organisieren sollte. Diese Aufgabe, also die reibungslose Räumung und Besetzung der in der „Karte zu den Münchener Vereinbarungen“ vorgesehenen vier Zonen, die, wie darin vereinbart, bereits am 1. Oktober begann, ist dann auch hervorragend bewerkstelligt worden.

Ein Detail zur Konferenz von München sei noch angeführt: Während der Beratungen wurde Hitler vom französischen Ministerpräsidenten Daladier zu einem Vieraugengespräch gebeten; es ging ihm darum, der CSR, seinem Verbündeten, wenigstens einen „kleinen“ Gefallen zu tun: Es sollte die Reihenfolge der (in der dazugehörigen Karte des Abkommens) eingezeichneten vier Besetzungszonen, die im Gegenuhrzeigersinn nummeriert waren und derart zeitlich gestaffelt geräumt/besetzt werden sollten, geändert werden. Konkret sollten die Zonen I und IV miteinander getauscht werden, wodurch es der CSR-Armee ermöglicht würde, aus den im Gebiet von Nordmähren/Schlesien befindlichen Werken der Grenzbefestigung, Munition und Waffen abzutransportieren<sup>31</sup>. Die Erfüllung dieses „Freundesdienstes“ für die CSR gestand Hitler sogleich zu, und so kam es zu der etwas seltsam anmutenden neuen Nummerierung der vier Zonen (im Uhrzeigersinn) auf dieser Karte, nämlich 1-3-2-4. Die Besetzungen der betroffenen Werke erhielten dadurch genügend Zeit, das eingelagerte Material von dort abzutransportieren.

In einer „Zusätzlichen Erklärung“ wurden auch noch die Probleme der polnischen und ungarischen Minderheiten in der CSR angesprochen. Darin heißt es, „ ... sofern es nicht innerhalb von drei Monaten durch eine Vereinbarung unter den betreffenden Regierungen geregelt wird, (bildet es) den Gegenstand einer weiteren Zusammenkunft der hier anwesenden Regierungschefs der vier Mächte“. Das Problem mit der polnischen Minderheit wurde faktisch zeitgleich bilateral geregelt. Die Klärung mit der ungarischen Regierung scheiterte zwar, wurde jedoch dann durch den deutsch-italienischen (Wiener) Schiedsspruch vom 2. November entschieden. Damit wurde auch die Festlegung der Grenze zwischen Ungarn und der CSR (gemäß dem Frieden von Trianon) revidiert; die Räumung und Besetzung des betroffenen Gebiets wurde noch im November vollzogen.

Es sollte berücksichtigt werden, dass der britische Premier damals bei seiner Bewertung der Gesamtlage in Europa sicherlich auch das (erst im Jahre 1935 abgeschlossene) Bündnis der CSR mit der UdSSR immer im Blick hatte; ein durchaus drohendes Eingreifen der Roten Armee in Mitteleuropa sollte dabei unbedingt verhindert werden. Nach einer Direktive des Volkskommissars wurden im September 1938 Truppen (in Stärke von sechs Armeekorps) plus weitere Verbände) in die Nähe der Westgrenze der UdSSR verlegt (darunter mehrere Panzerkorps), die im Bereich an der Grenze zu Rumänien disloziert waren und Anweisungen erhalten hatten, sich für anstehende Einsätze vorzubereiten<sup>32</sup>. Es

<sup>31</sup> Karte 2, vgl. H. Rönnefahrt, aaO

<sup>32</sup> vgl. die Kriegserinnerungen des Marschalls der Sowjetunion und zeitweiligen Generalstabschefs der Roten Armee, A. M. Wassilewski, „Ein Lebenswerk“, Moskau 1973; er selbst war Kommandeur an der rumänischen Grenze

hatte damals zweifellos eine geheim gehaltene Vereinbarung gegeben, dass Verbände der Roten Armee im Konfliktfall durch einen Gebietsstreifen im Norden Rumäniens, der zwischen der CSR (nämlich der Karpatho-Ukraine) und der UdSSR lag, ihrem Bündnispartner CSR militärische Hilfe bringen durften. Ansonsten wäre jener im Jahre 1935 geschlossene Pakt zwischen Prag und Moskau ziemlich wertlos gewesen.

Es kam dann im Jahre 1938 nicht zum Einsatz von Verbänden der Roten Armee zugunsten der CSR, und zwar fraglos schon deshalb, weil in Moskau erkannt worden war, dass es, infolge der Chamberlain gelungenen Einbindung Frankreichs in seine Appeasement-Politik, eben nicht zu der in Moskau erhofften Zerfleischung europäischer Staaten gekommen war<sup>33</sup>. Am Tage nach dem Viermächte-Treffen kam es, auf Wunsch Chamberlains, in München zu einem Vieraugengespräch mit Hitler, als dessen Ergebnis ein Papier von beiden unterzeichnet wurde. Wenige Stunden darauf entstieg der britische Premier in London hochofrenet dem Flugzeug und wedelte mit diesem Papier<sup>34</sup>, wobei er dazu emphatisch ausrief: „This is peace for our time“.

Bereits Tage später kam es im britischen Unterhaus in einer Debatte über „München“ zu kontroversen Beiträgen der parlamentarischen Opposition und auch zu sehr kritischen Worten von Winston Churchill; dies zeigte bereits an, in welche Richtung die Entwicklung der Dinge alsbald verlaufen werde. Am 2. Oktober hatte Hitler eine „Vergatterung“ der deutschen Mitglieder des Internationalen Ausschusses vorgenommen: Zweck der Veranstaltung war, sie zu verpflichten, mit ihrer Arbeit in diesem Gremium das Ziel zu verfolgen, als Grenze der räumlich ja erst noch zu bestimmenden „Zone V“ die sog. „Godesberger Linie“ festzulegen.

Am 3. und 4. Oktober unternahm Hitler die erste seiner Besuchsreisen in das etappenweise von deutschen Truppen besetzte Sudetengebiet, und zwar mit dem sog. „Führerzug“, dessen Kommandant der damalige Oberst Erwin Rommel war. Die Einreise erfolgte bei der Stadt Asch; er besuchte kurz Franzensbad und dann die Stadt Eger, wo er die erste Rede im Sudetengebiet hielt, am nächsten Tag Karlsbad. Dieser Zug war eigentlich als Führerhauptquartier für den bevorstehenden Krieg konzipiert und bestand u.a. aus einem „Funkwagen“, der mit neuester Nachrichtentechnik ausgestattet war. Der Zug war nur auf Reichsgebiet stationiert, um für die Kommunikation das abhörsichere Leitungsnetz der Reichsbahn nutzen zu können; und er diente als Unterkunft. Der begleitende Stab war laufend mit Berlin und der Welt verbunden. Und so erfuhr Hitler noch am selben Tag vom Verlauf der Unterhausdebatte, die am 3. Oktober in London begonnen hatte.

<sup>33</sup> vgl. Richard C. Raack, „Wenn morgen der Krieg ausbricht - Stalins Szenarium für den 'zweiten imperialistischen Krieg'“, in: Chmelnizki, Dmitrij Hrsg., „Die Rote Walze“, Selent 2011: S. 42-63

<sup>34</sup> Motiv des Titeleinbands von John Charmley, „Chamberlain and the Lost Peace“, Chicago 1990

Bereits am Abend des 4. Oktober kehrte Hitler, abweichend von seinem Besuchs-Plan, nach Berlin zurück, um u.a. aus einem von AA-Staatssekretär Ernst von Weizsäcker verfassten Bericht Details über den Fortgang der Arbeit im Internationalen Ausschuss zu erfahren. Danach beauftragte er den Reichsaußenminister, noch am selben Abend eine Unterredung mit dem französischen Botschafter zu führen, der gemäß diesem Bericht Widerstand gegen die deutschen Bestrebungen, die „Godesberger Linie“ zu erreichen, geleistet hatte. Dieser hatte in den Sitzungen des Gremiums den Standpunkt vertreten, dass für dessen Arbeit allein der Text des Münchner Abkommens maßgeblich sei. Daher war es in den Sitzungen des Gremiums zu einem Streit über die Lösung der in Punkt 4, Absatz 3 des Abkommens vorgesehenen Aufgabe gekommen, „das restliche Gebiet vorwiegend deutschen Charakters“ festzustellen, das bis zum 10. Oktober durch deutsche Truppen besetzt werden sollte. Da Hitler, wie erwähnt, am 2. Oktober insbesondere dem Vorsitzenden des Gremiums, nämlich dem AA-Staatssekretär von Weizsäcker, den Auftrag erteilt hatte, unbedingt jene Linie, die in der „Karte zum Deutschen Memorandum“ eingezeichnet war, zu gewinnen<sup>35</sup>, hatte sich der Streit zugespitzt.

Diese Frage wurde an jenem Abend vom Reichsaußenminister direkt angesprochen. François-Poncet erklärte schließlich, sich der deutschen Auffassung nicht weiterhin zu widersetzen<sup>36</sup>. Nachdem dieser „Widerstandsposten“ geräumt war, wurde am nächsten Tag ein „besonderes Verfahren“ angewandt: zunächst wurde im Kollegium der Delegationsleiter der vier „Münchner Mächte“ („kleines Comité“) beschlossen, dass die Linie, die in der von deutscher Seite dazu vorgelegten Karte eingezeichnet war, die Grenze jenes Gebietes sei, das (nach der vorstehend genannten Vorschrift des Abkommens) bis zum 10. Oktober besetzt werden sollte. Erst nach diesem Beschluss wurde der CSR-Gesandte Mastný hinzugezogen, der allerdings erklärte, dass die ihm erteilten Weisungen es nicht erlaubten, dieser Lösung zuzustimmen; er müsse die Angelegenheit seiner Regierung zur Entscheidung vorlegen.

Es war gleichzeitig der Tag des Rücktritts von Präsident Beneš von seinem hohen Amt; er hatte zuvor noch eine Umbildung der Regierung vorgenommen, die er als letzte Amtshandlung vereidigte<sup>37</sup>. Hermann Göring, der „zweite Mann im Dritten Reich“, hatte den Gesandten Mastný für den 2. Oktober zu einem Gespräch nach Karinhall (in seine Residenz in der Schorfheide) eingeladen, in dem vor allem die Frage des Rücktritts von Präsident Beneš Thema gewesen sein soll. Sein Rat an den Vertreter der CSR war, dieser Schritt würde das schwierige Verhältnis zwischen den beiden Ländern deutlich verbessern. Nach Angabe von dessen Privatsekretär, Taborský, soll dieser in den Tagen nach dem 30. September immer eine Rücktritts-Erklärung in seiner Brusttasche getragen haben.

<sup>35</sup> später als sog. „Godesberger Linie“ bekannt, s. „Karte 1“ im Anhang bei H. Rönnefahrt, aaO: Teil II

<sup>36</sup> André François-Poncet, aaO: S. 387

<sup>37</sup> Ladislav Feierabend, „Prag, London, vice versa“, Bd. 1, Bonn 1971: S 27

(Nach 1945 hat Beneš aber seine Legitimation als Präsident der Republik damit erklärt, dass sein am 5. September erfolgter Rücktritt durch deutsche Erpressung zustande gekommen und daher rechtlich unwirksam gewesen sei. Ende September verließ er, wohl auf Anraten der Prager Regierung, das Land und ging nach London ins Exil.)

Am späten Abend des 5. Oktober wurde noch eine Sondersitzung des Prager Kabinetts abgehalten. Dabei kam es, nach heftiger Diskussion, zu der knapp erreichten Entscheidung, die geschilderte Forderung des „Internationalen Ausschusses“ zu akzeptieren. Der Gesandte Mastný teilte dies am Tage darauf, in der nächsten Sitzung dieses Gremiums, mit. Die damit festgelegte Linie der Zone V wurde danach als „Berliner Linie“ bezeichnet<sup>38</sup>. Der Grund, warum Hitler in diesem Punkt derartigen Druck ausgeübt hatte, lag sicherlich weiterhin an seiner Befürchtung, dass sein Verhandlungspartner aus London, Chamberlain, in Kürze sein Amt verlieren könnte und danach die bereits getroffenen Regelungen hinfällig sein könnten<sup>39</sup>.

Die etappenweise Räumung und Besetzung des Großteils des somit abgegrenzten Abtretungsgebiets dauerte, wie vereinbart, bis zum 10. Oktober. Dazu wurden gar nicht mehr sämtliche deutschen Verbände, die am Aufmarsch teilgenommen hatten, gebraucht: ein Teil derselben wurde bereits abgezogen. Im Kuhländchen (im Nordosten Mährens) etwa gingen Teile der Aufklärungsabteilung jener Panzerdivision, die zu den in Schlesien aufmarschierten und dem Generalobersten von Rundstedt unterstellten Truppen gehörte, bis zur Demarkationslinie südlich des Ortes Hodslavice (s.u.) vor. Es wurden schnelle Radpanzer, die nur beschränkt geländegängig waren, eingesetzt; ein flächendeckender Einmarsch fand daher wohl gar nicht statt<sup>40</sup>.

Der „Internationale Ausschuss“ verlor danach eigentlich seine Bedeutung, weil nunmehr die Regelung aller anstehenden Fragen auf direktem Wege zwischen den beiden „Hauptparteien“ gelang. So kam es, nur Tage später, zu einer direkten Einigung zwischen Berlin und Prag, etwa auf die (in Pkt. 5 des Abkommens) vorgesehene Volksabstimmung, die noch in gewissen Gebietsteilen abgehalten werden sollte, zu verzichten<sup>41</sup>. Es sei an dieser Stelle noch

<sup>38</sup> Arnulf Tobiasch, „Vor 55 Jahren - Die Festsetzung der 'Berliner Linie'“ 1938, in: LS Nr. 37 (1993): S. 1-12; Nach Hartmut Singbartl, „Die Durchführung der deutsch-tschechoslowakischen Grenzregelung von 1938 in völkerrechtlicher und staatsrechtlicher Sicht“, München 1971: S. 58, Fußnote 19 brachte das Deutsche Nachrichtenbüro (DNB) bereits in der Morgenausgabe des 6.10. eine Meldung, die mit den folgenden Worten begann: „... die Linie (schließt) ... folgende sudetendeutsche Gebiete ein: das sog. Kuhländchen mit Neutitschein, Troppau, Hultschin ...“

<sup>39</sup> André François-Poncet, aaO: S. 376

<sup>40</sup> vgl. Major (Hasso) von Wedel, aaO; auch ein dem Verfasser vorliegendes Foto, das zeigt auch die am 10. Oktober über den Stadtplatz von Neutitschein rollende Reihe solcher Fahrzeuge, die an einer dort errichteten Tribüne, besetzt mit Honoratioren, vorbei paradierte, s. dazu die Stichworte „Aufklärungsabteilungen“ und „Panzerspähwagen“, in: Georges-Schnaubert, „Wörterbuch der Kraftfahrt“, Leipzig 1938: Sp. 235 f.)

<sup>41</sup> Hartmut Singbartl, aaO

darauf hingewiesen, dass die Botschafter der beiden Westmächte kurze Zeit später die Berliner Bühne verließen: der britische Botschafter Henderson hatte offenbar Ärger mit seinen Vorgesetzten im Foreign Office wegen seiner Zustimmung zur „Berliner Linie“ bekommen. Er meldete sich krank und zog sich für mehrere Wochen auf sein Landgut in seiner Heimat zurück. Der französische Botschafter François-Poncet, wechselte nach Rom<sup>42</sup>. Die „endgültige“ Festlegung der neuen Staatsgrenze erfolgte, in recht ruppiger Weise, von seiten des deutschen Delegationsleiters Botschafter Karl Rimtter dann im Laufe des November, wobei einige kleinere Korrekturen der „Berliner Linie“ (in beiden Richtungen) vorgenommen wurden. Damit kam u.a. Hodslavice, der Geburtsort von František Palacký, dem Vater der „tschechischen Nation“, zurück an die CSR.

Am 4. Dezember 1938 fand im Abtretungsgebiet die „Reichstags-Ergänzungswahl“ statt, an der alle wahlberechtigten (und anwesenden) Bewohner, nämlich die mit deutscher Staatsangehörigkeit, teilnehmen durften, auch wenn sie tschechische Volkszugehörige waren. Der eigentliche Zweck der Veranstaltung war, der (Welt-) Öffentlichkeit zu demonstrieren, dass die von Hitler betriebene Anschlusspolitik die weitgehende Zustimmung der betroffenen Bevölkerung hatte<sup>43</sup>. Formell wurden indessen Kandidaten, die ausschließlich aus der SdP stammten und die nun nach der (im November erfolgten) Überführung der SdP in die NSDAP dieser reichsdeutschen Partei angehörten, in den Reichstag gewählt; als Spitzenkandidat fungierte Konrad Henlein<sup>44</sup>. Das Ergebnis der Wahl (bei einer Wahlbeteiligung von 98,62%), lautete: im Regierungsbezirk (RB) Eger 99,92%, im RB Aussig 99,72% und im RB Troppau 95,65%; die etwas niedrigere Zahl von Ja-Stimmen im letzteren hatte ihren Grund in der relativ großen Zahl an dort wohnhaften (und wahlberechtigten) Tschechen<sup>45</sup>.

### ***Die Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen***

Ein weiteres „Kapitel“, das sachlich aber eng mit dem „Münchner Abkommen“, und zwar seiner Durchführung, zusammenhängt, war dann die Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen für die (Wohn-)Bevölkerung des Sudetengebietes, das im Herbst 1938 an das Deutsche Reich angeschlossen worden war. Es sei hier kurz auch auf diesen Komplex eingegangen, insbesondere, weil diese Regelungen nämlich später (wenn auch nach zeitweiligen Ungewissheiten) weiterhin Bestand hatten, und zwar bis auf den heutigen Tag! Vielen (immerhin ja direkt

<sup>42</sup> Dort musste er allerdings eine große Enttäuschung erleben, vgl. André François-Poncet, aaO; 1948 kehrte er nach Deutschland zurück, zunächst als politischer Berater des französischen Militär-Gouverneurs, ab 1949 als Hochkommissar und später als Botschafter seines Landes in Bonn

<sup>43</sup> Die „Abstimmung“ sollte insofern als Plebiszit wirken; der Stimmzettel wird im Anhang dokumentiert

<sup>44</sup> vgl. Werner Röhr, „September 1938“, Berlin 2008, S. 192: „Als Stichtag für die Übernahme hatte Heß den 5. November bestimmt“

<sup>45</sup> Volker Zimmermann, „Die Sudetendeutschen im NS-Staat“, Essen 1999: S. 108 ff, insbesondere S. 113 ff.

betroffenen) Sudetendeutschen sind sie jedoch meist ganz unbekannt: Diese Fragen wurden in dem am 20. November 1938 in Berlin unterzeichneten „Vertrag über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen“ geregelt; in dessen §1 die Abgrenzung derjenigen Personen festgelegt war, die vom Wechsel der Staatsangehörigkeit, nämlich durch Sammelein-(aus-)bürgerung, erfasst werden sollte. Die eigentliche Einbürgerung seitens des Deutschen Reiches geschah dann jedoch mit Artikel 2 des „Gesetzes über die Wiedervereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich“ vom 21. November 1938. Gleichzeitig erfolgte die Ausbürgerung seitens der CSR durch eine Regierungsverordnung der Tschechoslowakischen Republik (CSR) vom 25. November 1938. Der Wechsel der Staatsangehörigkeit fand rückwirkend zum 10. Oktober 1938 statt.

Etwa die Hälfte der Vorschriften des Vertrags befassen sich mit Optionsfragen: allerdings wurden dann nur die sog. „Rückoptionen“ gemäß dem §3, die ausschließlich Tschechen betrafen, größtenteils durchgeführt<sup>46</sup>. Ganz im Unterschied zu den territorialen Regelungen (von 1938 f.) wurden sie dann mit dem „Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik“ vom 2. August 1945 noch bestätigt und blieben daher also weiterhin in Kraft<sup>47</sup>.

Dieses Dekret wird in der Literatur oft als „Ausbürgerungs-Dekret“ bezeichnet; tatsächlich wurde damit nur insofern eine „Ausbürgerung“ erzielt, weil die wiedererstandene CSR im Jahre 1945 eben nur die Wiederinbesitznahme des im Jahre 1938 an das Deutsche Reich abgetretenen Territoriums im Sinne hatte und auch erreichte, nicht aber die (Wieder-) Einbürgerung der gesamten Wohnbevölkerung desselben. Die im Jahre 1945 eingetretene Rechtslage (geschehen auf der Grundlage der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz), erlaubte es der Prager Regierung, und zwar im Einverständnis mit den drei (am Potsdamer Abkommen beteiligten) Siegermächten, die Sudetendeutschen nun als unerwünschte Ausländer aus ihrem Staatsgebiet zu entfernen. Sie wurden in der großen Mehrheit, zeitverzögert um einige Monate, dann im Laufe des Jahres 1946 in das Gebiet der Besatzungszonen dieser drei Mächte in Deutschland „transferiert“.

### ***Abschließende Bemerkungen zu den historischen Begleitumständen***

Die eigentliche Bedeutung des Münchner Abkommens ist indes sicherlich nicht den acht Punkten seines Textes zu entnehmen, ja, die Fokussierung auf seinen Text führt sogar auf eine falsche Spur! Sie liegt vielmehr in dem, vorstehend in groben Zügen geschilderten, internationalen Kontext begründet und wurde von den Haltungen der einzelnen Staaten begünstigt:

<sup>46</sup> Arnulf Tobiasch, „Die Staatsangehörigkeit der Sudetendeutschen“, in: LS Nr. 41: S. 25-38

<sup>47</sup> Theodor Schieder, „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, Bonn 1957, Band IV/I, Anlage 8 sowie Anlage 10: „Runderlaß des Ministeriums des Innern“ vom 24. August 1945

1. Frankreich hatte seit dem Ende der 1920iger Jahre damit begonnen, seine äußere Sicherheit durch den Bau eines gewaltigen Befestigungssystems an der Grenze zum Deutschen Reich zu gewährleisten, das als „Maginot-Linie“ bekannt wurde. Der technische Schöpfer dieser Anlage war der französische Verteidigungsminister Painlevé; sie wurde dann in den Jahren 1929 bis 1934, in der Amtszeit des Nachfolgers im Amt, Maginot, erbaut und deshalb nach ihm benannt<sup>48</sup>. Das sog. „Maginot-Denken“ verbreitete sich in Frankreich in den 1930iger Jahren und bedeutete, dass man die Sicherheit des Staates im Kern hinter diesem, mit großem Aufwand erstellten Befestigungssystem gesichert sah. Das im Jahre 1923, also während der Ruhrbesetzung verhandelte und im Januar 1924 abgeschlossene Bündnis mit der CSR war damit fraglos schon weitgehend entwertet, denn die „transition of power“, also die Einwirkung politischer Stärke jenseits der Grenzen des Landes, stand nun für Paris offenkundig nicht mehr so im Vordergrund.

2. In Großbritannien hieß der Premierminister seit Frühjahr 1937 Neville Chamberlain, der sich anschickte, hinsichtlich des Deutschen Reiches eine Politik zu betreiben, die später als die des Appeasement bezeichnet wurde und maßgeblich von Lord Lothian konzipiert worden war<sup>49</sup>. Spätestens mit dem Besuch von Lord Halifax im November 1937 wurde sie offenbar, wie aus dem Protokoll der Unterredung Halifax-Hitler vom 19. November 1937 hervorgeht.

3. Italien unter dem Regime von Benito Mussolini, das nach dessen Abessinien-Abenteuer von 1935/36 außenpolitisch isoliert war, entwickelte sich in der Folge zu einem Berlin freundlich gesinnten europäischen Staat, wie insbesondere der Deutschland-Besuch des Duce im Jahre 1937 offenbarte, der teils enthusiastische Formen gezeigt hatte. Ohne das damals eingetretene, sehr gute Verhältnis zwischen den beiden Diktatoren wäre es wohl nicht zu dem Viermächte-Treffen von München im September 1938 gekommen<sup>50</sup>. Damit wurde, buchstäblich im letzten Moment, eine bereits ziemlich kritisch gewordene europäische Krise entschärft, die allerdings, wie sich dann Monate später herausstellen sollte, nur für einige Monate für politische Ruhe sorgte.

Der starke Mann von München war somit zweifellos Benito Mussolini gewesen, der in seinem Land, auf der Rückreise nach Rom, auf allen Bahnhöfen, die der Zug passierte, enthusiastisch als Friedensretter gefeiert wurde. Viel skeptischer soll der französische Ministerpräsident Daladier gewesen sein, der allerdings, zu seiner großen Überraschung, bei seiner Ankunft in Paris ebenso gefeiert wurde. Auch in London herrschte zunächst weitgehend Freude über das von Chamberlain Erreichte. „Remember Munich wurde schließlich zum Momento einer Appeasement-Politik ... Was die Deutschen als Vormachtstreben betrieben,

---

<sup>48</sup> Alain Hohnadel, Jean-Yves Mary, „Guide du tourisme militaire en Lorraine“, Paris 2000

<sup>49</sup> vgl. I. R. Butler, aaO

<sup>50</sup> vgl. den „Rückblick des italienischen Außenministers Graf Ciano“ (=Dokument Nr. 161), in: Ernst Nittner, aaO

hatte die britische Regierung als deren gutes Recht empfunden.“<sup>51</sup> Allerdings zeigte sich dann alsbald, dass die (in dem „Zusatz“ zum Abkommen) vorgesehene Garantie der „Münchener Grenzen“ der CSR durch Großbritannien nicht zustande kam. Endgültig wurde die Vereinbarung von München aber von Hitler selbst, nämlich durch sein Vorgehen gegen die CSR im März 1939, gebrochen<sup>52</sup>.

Als wichtigste Erkenntnis bleibt festzuhalten: Es ging den vier Hauptakteuren von „München 1938“ (vielleicht mit Ausnahme von Premier Chamberlain) eben keineswegs um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen - und dies trifft insbesondere auf Benito Mussolini, den Duce aus Rom zu, dessen Regime bekanntlich die deutsche Minderheit im eigenen Land, nämlich die Südtiroler, seit vielen Jahren, gelinde gesagt, maltrahiert hatte. Es ging ihnen eigentlich um die geschilderten internationalen Aspekte der damals eingetretenen Lage, also um die Beilegung einer bereits gefährlich entwickelten politischen Krise in Europa. Die historische Beurteilung des Münchener Abkommens hat sich später mehrmals stark geändert. Es wurde zunächst von den meisten bejubelt. Alle, die irgendwie an dessen Zustandekommen mitgewirkt hatten, rühmten sich in dieser Phase ihrer Rolle; Millionen Menschen in verschiedenen Ländern Europas freute es zutiefst, dass der schon bedroht gesehene Frieden gewahrt geblieben war. Im britischen Unterhaus kam gehörige Kritik jedoch bereits in der Woche nach dem Viermächte-Treffen auf. Allgemein schlug die Stimmung aber erst um, nachdem Hitler, in mehreren Schritten, insbesondere am 15. März 1939 durch seinen Einmarsch in Prag und die Proklamation des „Protektorats Böhmen und Mähren“ diese 1918/19 geschaffene Republik zerschlagen hatte. Endgültig kam es dann in der Nachkriegszeit zur Verurteilung dieses Abkommens, das als Kapitulation der „Männer von München“ vor dem skrupellosen Diktator Hitler betrachtet wurde.

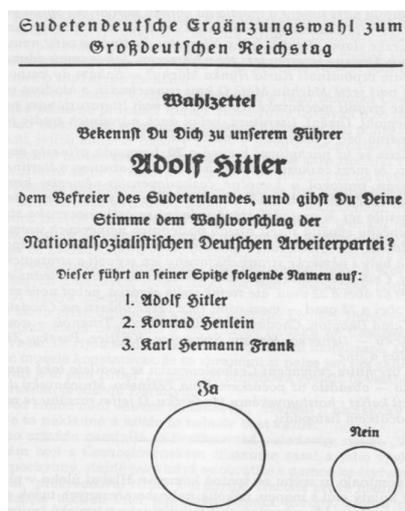
Es ist die historische Tragik der sudetendeutschen Volksgruppe, dass ihre Geschichte in den Jahren dieser Republik mit der Expansionspolitik Hitlers in den Jahren ab 1938 eng verquickt war: ohne „München 1938“ hätte es wohl im März 1939 nicht den „Einmarsch in Prag“ gegeben, und ohne diese Zerschlagung der CSR, nur wenige Monate später, womöglich nicht den schnellen militärischen Sieg über Polen. Dabei war es (innenpolitisch betrachtet) in hohem Grade die gegebene geografische Lage der Siedlungsgebiete dieser Volksgruppe. Diese hatte zu jener Entwicklung geführt, die dann allgemein verurteilt wurde<sup>53</sup>.

<sup>51</sup> Andreas Rödder, „Wer hat Angst vor Deutschland“, Frankfurt a. M. 2018: S. 192

<sup>52</sup> zur Kriegsschuldfrage im Zusammenhang mit dem Münchener Abkommen vgl. „Les Origines Secrètes de la Guerre 1939-1945“, d'Argile, René et al. Hrsg., Paris 1957, dt. „Wer verhinderte ein zweites München - Französische Historiker zur Kriegsschuldfrage“, d'Argile, René et al. Hrsg., Tübingen 2011

<sup>53</sup> Zu diesem Aspekt der Thematik gedenkt Verf. alsbald eine weitere Darstellung vorzulegen. Es geht dabei im Kern um das Sicherheitskonzept der CSR und den bereits im Jahre 1933 in Prag beschlossenen Bau des Befestigungsgürtels der CSR gegenüber dem Deutschen Reich, was zur Eskalation der politischen Verhältnisse in der CSR führte

Anhang (vgl. Fußnote 43)



- unbekannte Internet-Quelle unter dem Titel: „Volební fraška v Sudetech“ („Wahlfarce im Sudetenland“) -

#### Literaturhinweise

- Beneš, Edvard, Mnichovské dny, Praha 1968  
Brandes, Detlef, Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938, München 2008  
Charmley, John, Chamberlain and the Lost Peace, Chicago 1990  
derselbe, Churchill, Das Ende einer Legende, Berlin 1997  
Domarus, Max, Hitler - Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. I, Zweiter Halbband, Wiesbaden 1973  
Hoßbach, Friedrich, Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934-1938, Göttingen<sup>2</sup> 1965 (mit dem Text des (umstrittenen) Protokolls der Besprechung in der Reichskanzlei am 5. November 1937)  
Miquel, Pierre, Le Piège de Munich, Paris 1998  
Murswiek, Dietrich, Peaceful Change. Ein Völkerrechtsprinzip?, Köln 1998  
Robbins, Keith, München 1938. Ursprünge und Verhängnis. Zur Krise der Politik des Gleichgewichts, Gütersloh 1969  
Röder, Andreas, Wer hat Angst vor Deutschland, Frankfurt a.M.<sup>2</sup>2018  
Röhr, Werner, September 1938, Berlin 2008  
Školský atlas československých dejín, Bratislava 1970  
Schultze-Rhonhof, Gerd, Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939. Errichtung und Zusammenbruch eines Vielvölkerstaates als Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg, München 2008  
von Weizsäcker, Ernst, Erinnerungen, von Weizsäcker, Richard Hrsg., München Leipzig Freiburg 1950

# 100 Jahre Neuordnung im östlichen Mitteleuropa. Eine Friedensordnung im Spannungsfeld von großen Hoffnungen und verpassten Chancen

MATTHIAS STICKLER

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde 1919/20 eine neue europäische Friedensordnung begründet, die erheblich weniger tragfähig war als die des Wiener Kongresses etwa 100 Jahre vorher im Jahr 1814/15. Das Bedeutsamste an der Friedensordnung von 1919/20 war der Untergang bzw. die Transformation der bis 1918 bestehenden Imperien: Österreich-Ungarn, das russische Zarenreich und das Osmanische Reich. Das Deutsche Reich nannte sich zwar auch Reich, lateinisch Imperium, aber es war, obwohl es an bestimmte imperiale Traditionen anknüpfte, kein klassisches Imperium. Denn das Deutsche Reich war ein Nationalstaat. Von seinen Bürgern gehörten etwa zehn Prozent ethnisch-nationalen Minderheiten an, etwa Franzosen in Elsass-Lothringen, Polen in den preußischen Ostprovinzen und Dänen in Schleswig-Holstein. Hinzu kommt, dass das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg als Staat überlebte, während die klassischen Imperien untergingen oder Transformationsprozesse durchliefen.

Wie sahen nun die konkreten Konsequenzen für Mitteleuropa aus? Das Deutsche Reich verlor Territorium vor allem im Osten, Russland vor allem im Westen. Das Osmanische Reich bestand zunächst territorial erheblich verkleinert weiter und wandelte sich dann zu einer nationalstaatlich verfassten Türkischen Republik. Die Habsburgermonarchie verschwand vollständig von der Landkarte bzw. es löste sich auf in neue Staaten. Im Vergleich zur Situation im Jahr 1914 entstand vor allem in Ostmitteleuropa eine völlig neue Staatenwelt.

## *Zum Begriff des Selbstbestimmungsrechts*

Die Verhandlungen und die Ergebnisse der Pariser Friedenskonferenzen 1919/20 sind eng verknüpft mit dem Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Dieser wird allerdings häufig missverstanden. Heute bedeutet Selbstbestimmungsrecht das Recht der Völker und Volksgruppen, frei über ihren politischen Status zu bestimmen und frei ihre wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung zu verfolgen. Die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts kann die Errichtung eines unabhängigen Staates einschließen, ebenso die Vereinigung mit einem anderen Staat. Das Selbstbestimmungsrecht schließt jedoch nicht notwendigerweise ein Recht auf Sezession ein, solange in einem Staat das Selbstbestimmungsrecht beachtet wird und das Verlangen eines Volkes nach Autonomie oder Selbstregierung nicht gewaltsam unterdrückt oder aber eine vorhandene Autonomie von der Zentralregierung nicht unterlaufen wird. Die Charta der Vereinten Nationen bezeichnet das Selbstbestimmungsrecht der Völker als eine Grundlage der Beziehungen zwischen den Staaten.

Das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker wird üblicherweise im Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Thomas Woodrow Wilson vom 8. Januar 1918 verortet, den sogenannten „14 Punkten“: Die Öffentlichkeit

der Diplomatie, uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt, allgemeine Wirtschafts- und Handelsfreiheit, internationale Abrüstung, unparteiische Regelung aller kolonialer Ansprüche, Räumung der besetzten russischen Gebiete durch die Mittelmächte, Wiederherstellung Belgiens, Räumung und Rückgabe der französischen Gebiete einschließlich Elsass-Lothringens, Neufestlegung der Grenzen in Oberitalien entsprechend der Sprachgrenze, autonome Entwicklung der Völker Österreich-Ungarns, Wiederherstellung von Serbien, Rumänien und Montenegro, Lösung der nicht-türkischen Völker aus dem Osmanischen Reich, Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer, woraus später die „Korridorfrage“ resultierte, und die Gründung des Völkerbundes. Ausdrücklich ist in den 14 Punkten vom Selbstbestimmungsrecht der Völker aber nicht die Rede. Dieses lässt sich, wenn überhaupt, aus diesen 14 Punkten nur indirekt ableiten.

Die neue Grenzziehung in Europa, als Folge der Pariser Friedensverträge, folgte letztlich anderen Prinzipien. Im Vordergrund standen nicht Sprachgrenzen, sondern vor allem strategisch-militärpolitische Überlegungen, die auf Schwächung der Verlierer und Stärkung der Siegermächte und ihrer Verbündeten abzielten. Das zeigte sich etwa bei der Südtirol-Frage, der Neufestsetzung der Grenzen Ungarns oder auch der Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen bzw. der Übergabe der deutsch besiedelten Gebiete Böhmens und Mährens an die neu gegründete Tschechoslowakei. Mit der Tschechoslowakei, (Groß-)Rumänien, Polen und Jugoslawien entstanden letztendlich neue Vielvölkerstaaten, die sich teilweise als politisch instabil erweisen sollten.

Problematisch war, dass die Verlierer des Ersten Weltkriegs gedemütigt wurden. Besonders in Deutschland spielt die sogenannte Kriegsschuld Klausel des Versailler Vertrags eine wichtige Rolle. Hinzu kam der Verlust des Großmachtstatus für Österreich und Ungarn sowie das Osmanische Reich. Deutschland kam von den Verliererstaaten noch relativ am besten weg, allerdings verlor Deutschland vorübergehend auch seinen Großmachtstatus. Deshalb wurde es auch nicht Gründungsmitglied des Völkerbundes. Dies alles muss man vor dem Hintergrund eines dezidierten Revanchebedürfnisses sehen, das vor allem Frankreich hatte. Der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau sagte am 7. Mai 1919 zur deutschen Friedensdelegation in Versailles wörtlich: „Die Stunde der Abrechnung ist da. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, Ihnen (den Frieden) zu gewähren, (der) von den hier vertretenen Völkern zu teuer erkaufte ist, als dass wir nicht einmütig entschlossen sein sollten, sämtliche uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jede uns zustehende Genugtuung zu erlangen.“ Die französischen Kriegsziele waren aber nicht eins zu eins umsetzbar. Insofern handelte es sich hier gewissermaßen eine Ausgangsposition. Das Beharren Frankreichs auf Genugtuung im Sinne eines Revanchefriedens belastete die Friedensverhandlungen erheblich. Außerdem wurde mit den Verlierern des Krieges gar nicht verhandelt, wie es bei einer Friedenskonferenz eigentlich normal ist. 1814/15 war schließlich in Wien mit Frankreich auch als

Partner auf Augenhöhe verhandelt worden. Den Verlierern des Ersten Weltkrieges dagegen wurden nach Verhandlungen der Sieger untereinander Friedensbedingungen präsentiert, die von ihnen anzunehmen waren. Nur relativ wenige Änderungen konnten danach noch erreicht werden.

Wie sind vor diesem Hintergrund die erwähnten 14 Punkte zu bewerten, insbesondere das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das im englischen Original „self-determination of the nations“ heißt? Man muss das Ganze vor dem Hintergrund der spezifischen US-amerikanischen Erfahrungen, was Verfassung und Politik anbelangt, sehen. In Mitteleuropa wurde „self-determination of the nations“ vor allem als Anspruch verstanden, dass Grenzen anhand von Sprachgrenzen gezogen werden. Das war allerdings schon damals ein Missverständnis. Die USA waren immer ein Einwanderungsland. Der Begriff „nation“ bzw. „self-determination“ bedeutet im amerikanischen Verfassungs- bzw. Politikverständnis etwas Anderes. US-Amerikanern ist die Vorstellung fremd, dass eine Nation auf gemeinsamer ethnischer Abstammung aufbaut. Die amerikanische Staatsnation setzt sich aus unterschiedlichsten Einwanderergruppen zusammen. Man hatte sich zwar bei der Gründung der Union auf Englisch als Landessprache geeinigt, aber eine gemeinsame ethnische Herkunft haben die US-Amerikaner nicht. Daraus resultiert, dass die amerikanische Vorstellung einer Nation die einer Willensgemeinschaft ist. Außerdem bedeutet Selbstbestimmung im US-amerikanischen Verständnis zunächst einmal Demokratisierung. Diese umfasst das Wahlrecht, dass die Mehrheit entscheidet und dass auf diese Weise demokratische Entscheidungen zusammenkommen. Wenn Wilson in seiner Umgebung von nationaler Selbstbestimmung sprach, dann war damit die bürgerliche Selbstbestimmung aller Staatsbürger, egal welcher Abstammung, gemeint, ferner die Demokratisierung Europas.

Es entspricht, auch wenn uns dies gegenwärtig vielleicht etwas merkwürdig vorkommt, dem traditionellen US-amerikanischen Selbstverständnis, dass Demokratien friedensfähiger sind als Nicht-Demokratien, weil Demokratien grundsätzlich Staatsformen sind, die einander fair behandeln. Deswegen war Wilson, der als demokratischer Politiker ein Idealist war, fest davon überzeugt, dass es keinen Krieg mehr geben würde, wenn in Mitteleuropa überall Demokratien begründet würden. Den Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat Wilson auch tatsächlich gebraucht, allerdings nicht in seinen 14 Punkten, sondern in einer Botschaft an den Kongress, die beiden Kammern des US-amerikanischen Parlaments, am 11. Februar 1918. Dort sprach er vom Selbstbestimmungsrecht der Völker im Sinne von Demokratisierung und vom Finden pragmatischer Lösungen für die Nachkriegsordnung. Wilson bekam übrigens 1919 den Friedensnobelpreis für seine Verdienste bei der Beendigung des Ersten Weltkrieges und die Gründung des Völkerbunds.

### ***Die Friedensschlüsse und ihre Folgen für die beteiligten Länder***

Als Ergebnis der Pariser Friedenskonferenzen wurden schließlich die sogenannten Pariser Vorortverträge geschlossen: Der Vertrag von Versailles mit Deutschland am 28. Juni 1919, der Vertrag von Saint-Germain mit Österreich am 10. September 1919, der Vertrag von Neuilly mit Bulgarien am 27. November 1919, der Friedensvertrag von Trianon am 4. Juni 1920 mit Ungarn und der Vertrag von Sèvres mit dem Osmanischen Reich am 10. August 1920. Dieser letzte Friedensvertrag ist der einzige unter den Vorortverträgen, der später revidiert wurde.

#### *Deutsches Reich*

Die Unterzeichnung des Versailler Vertrags wurde ganz bewusst als Geste der Demütigung inszeniert, sie fand genau dort statt, wo 1871 das Deutsche Reich gegründet worden war. Das Maximalziel von Clemenceau war die Zerschlagung des Deutschen Reiches und seine Auflösung in Einzelstaaten gewesen. Damit konnte er sich allerdings nicht durchsetzen, weil sowohl die Amerikaner als auch die Briten eine französische Hegemonie in Europa verhindern wollten und das Deutsche Reich insofern als Korrektiv gebraucht wurde. Allerdings wurde Deutschland territorial amputiert. Bei den Grenzänderungen ist besonders der sogenannte Korridor wichtig, der durch die Abtretung des größten Teiles von Westpreußen und Posen an Polen entstand. Posen war eine preußische Provinz, die mehrheitlich polnischsprachig war, dagegen war dies in Westpreußen nicht ganz so klar, dies vor allem deshalb, weil in den Grenzgebieten die gesprochene Sprache nicht unbedingt identisch mit dem Bekenntnis zu einer ganz bestimmten Staatsnation war. Dies zeigte sich 1920/21 bei durchgeführten Volksabstimmungen, als im östlichen Teil von Westpreußen und im südlichen Ostpreußen über 90% der Betroffenen für Deutschland stimmten, obwohl dort auch viele polnisch sprechende Menschen lebten, vor allem die Masuren. Es war für die polnische Seite eine frustrierende Erkenntnis, dass diese polnischsprachige Bevölkerung mehrheitlich für Deutschland stimmte.

Ähnlich war es auch in Oberschlesien. Dieses sollte ursprünglich ganz an Polen fallen. Dass in Oberschlesien eine Volksabstimmung vorgesehen wurde, war eine der wenigen Milderungen, die die deutsche Delegation in Versailles erwirken konnte. In Oberschlesien war die Situation ebenfalls uneindeutig. Gerade im östlichen Oberschlesien gab es viele Menschen, die deutsch und polnisch sprachen. Zu den großen Problemen dieser Volksabstimmung gehörte, dass die Menschen, die dort lebten, zum ersten Mal eine Entscheidung treffen mussten, ob sie im ethnisch-nationalen Sinne Polen oder Deutsche sein wollten. Es gab in Oberschlesien eine traditionelle Loyalität zum preußischen Staat. Die Frage, ob Oberschlesien nun zu Polen oder zum Reich gehören sollte, war dagegen weit schwieriger zu beantworten und spaltete teilweise sogar ganze Familien. Dies hatte Konsequenzen, die noch Jahrzehnte nachwirkten. Dieser Zwang zur Option, den es vorher nie gegeben hatte, war etwas, das letztlich traditionelle vorna-

tionale Identitäten zerstörte. Die Volksabstimmung brachte zwar insofern ein recht eindeutiges Ergebnis, als am 20. März 1921 ca. 60 Prozent der Betroffenen für Deutschland stimmten.

Allerdings stellt man, wenn man sich die Abstimmungsergebnisse genau ansieht, fest, dass die Ergebnisse lokal höchst unterschiedlich waren. Vor allem im späteren Ostoberschlesien gab es durchaus auch Mehrheiten für Polen, doch eine eindeutige Grenzziehung anhand von lokalen Abstimmungsergebnissen war letztlich nicht möglich. Dies nutzte die polnische Regierung aus und suchte durch den sogenannten dritten oberschlesischen Aufstand vollendete Tatsachen zu schaffen. Das Ergebnis war, dass Oberschlesien geteilt wurde. Der größere Teil blieb bei Deutschland, aber der kleinere und wirtschaftlich wertvollere Teil kam zu Polen. Das war vor allem bei Kattowitz, der größten oberschlesischen Stadt, ein Problem: In Kattowitz hatten 51,9 Prozent der Optierenden für Deutschland gestimmt, und trotzdem wurde die Großstadt an Polen übergeben. Das Hultschiner Ländchen wurde ohne Abstimmung an die Tschechoslowakei abgetreten. Gerade die Oberschlesien-Frage zeigt, wie schwierig, wenn nicht unmöglich es war, anhand von Sprachgrenzen Staatsgrenzen zu ziehen.

### *Österreich-Ungarn*

Als die staatlichen Strukturen der Habsburgermonarchie im Herbst 1918 immer mehr zerfielen, bildeten sich als Konsequenz des Völkermanifests Kaiser Karls I. vom 16. Oktober 1918 sogenannte Nationalräte, die faktisch zu Keimzellen der Nachfolgestaaten der Monarchie wurden. Auch die deutschsprachigen Abgeordneten des Reichsrats, also des Parlaments der westlichen Hälfte der Habsburgermonarchie, schlossen sich am 21. Oktober 1918 zu einer provisorischen Nationalversammlung „Deutschösterreichs“ zusammen. Zunächst war noch nicht von einer Republik die Rede, weil ja das deutsche Kaiserreich noch bestand, mit dem die Mehrheit der Nationalversammlung Deutschösterreich vereinigen wollte. Aus der Perspektive der Parlamentarier war Deutschösterreich überall dort, wo deutschsprachige Abgeordnete aus der westlichen Reichshälfte herkamen. Nach dem Sturz der Monarchie in Deutschland am 9. November und dem Regierungsverzicht Kaiser Karls am 11. November in Schloss Schönbrunn wurde dann am 12. November die Republik Deutschösterreich ausgerufen und diese zum Bestandteil der Deutschen Republik erklärt. Dies war sozusagen die Erwartungshaltung der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain, die allerdings von vorneherein auf tönernen Füßen stand. Es musste eigentlich jedem nüchtern denkenden Menschen klar sein, dass ein Zusammenschluss dieses Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich unmöglich war, weil vor allem machtpolitische und strategische Gründe dagegen sprachen, so etwa bei der Brennergrenze: Die Alliierten hatten ihren italienischen Verbündeten versprochen, sie würden die strategisch wichtige Brennergrenze bekommen, unabhängig davon, ob dort deutschsprachige Tiroler leben. Umstritten war auch die Grenzziehung in Kärnten. In Südkärn-

ten gab es 1920, wie in Oberschlesien, eine Volksabstimmung, in der auch die Mehrheit der dort lebenden Slowenen für den Verbleib bei Österreich stimmten. Andererseits wurde die Südsteiermark mit Marburg an der Drau (heute Maribor) an den neuen südslawischen Staat abgetreten, obwohl diese Stadt damals eine mehrheitlich deutschsprachige Stadt war.

Im Norden war im Prinzip klar, dass es eine Übergabe der deutschsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens an Deutschösterreich nicht geben werde, weil der neue tschechoslowakische Staat ohne diese Gebiete, die vor allem wirtschaftlich sehr wichtig waren, nicht lebensfähig war. Bei den Alliierten überwog hier das strategische Interesse, die neue Tschechoslowakei zu Lasten Deutschösterreichs zu stärken. Aus strategisch-machtpolitischem Interesse wurde auch der Zusammenschluss Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich verhindert, wäre ein solcher (groß-)deutscher Staat doch größer gewesen als ehemals das deutsche Kaiserreich. Deshalb musste sich der neue kleinösterreichische Staat auch Republik Österreich nennen. Diesem wurde allerdings das heutige Burgenland zugeschlagen, das eigentlich Deutsch-Westungarn hieß, weil dort eine deutschsprachige Mehrheit lebte. In der westungarischen Stadt Ödenburg/Sopron fand 1921 eine Volksabstimmung statt, die zugunsten Ungarns ausging.

Das Königreich Ungarn war bis 1918 ein Vielvölkerstaat gewesen. Die ungarisch-magyarischen Eliten betrieben in ihrer Reichshälfte seit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 eine ziemlich rigide Minderheitenpolitik. Die Minderheiten wandten sich deshalb mehrheitlich ab vom Reich der Stephanskronen, was ein Grund dafür war, dass dieses Ende 1918 so schnell zusammenbrach. Besonders deutlich sieht man das bei den Siebenbürger Sachsen, die bereit waren, Untertanen des Königs von Rumänien zu werden und dies durchaus als einen Akt der Selbstbestimmung betrachteten. Der Vertrag von Trianon, den die ungarische Delegation am 4. Juli 1920 unterzeichnete, war außerordentlich hart: Ungarn verlor etwa zwei Drittel seines Staatsgebietes und seiner Bevölkerung, stieg also ab von einer europäischen Großmacht zu einem südosteuropäischen Kleinstaat und war zudem ein Königreich ohne König, weil die Alliierten, aber auch beträchtliche Teile der politischen Eliten, eine Rückkehr der Habsburger auf den ungarischen Thron ablehnten. Seit 1920 regierte der vormalige k.u.k. Admiral Miklós Horthy Ungarn als Reichsverweser.

„Trianon-Ungarn“ war ethnisch-sprachlich relativ homogen, allerdings blieben in den Nachbarländern große magyarische Minderheiten zurück, vor allem in Rumänien und im Süden der Tschechoslowakei. Dass sich Ungarn nach 1933 mit dem Deutschen Reich verbündete, ist vor diesem Hintergrund kein Zufall. Die ungarischen Eliten der Zwischenkriegszeit waren nicht bereit, die neuen Grenzen wirklich anzuerkennen und arbeiteten deshalb hin auf eine Revision des Vertrags von Trianon. Deshalb wurden zwischen 1920 und 1938, als Ungarn als Folge des sogenannten Ersten Wiener Schiedsspruchs die Südslowakei und die Karpatho-Ukraine zurückerhielt, alle ungarischen Flaggen auf Halbmast gesetzt,

um so die Trauer über diesen als ungerecht empfundenen Friedensvertrag auszudrücken.

### *Bulgarien*

Mit Zar Boris III. aus dem Hause Sachsen Coburg-Kohary erhielt Bulgarien nach der Abdankung von dessen Vater Ferdinand einen neuen Herrscher, blieb aber eine Monarchie. Durch den Friedensvertrag von Neuilly verlor Bulgarien vor allem seinen Zugang zum Mittelmeer, den es bis 1919 bei der Hafenstadt Dedeagatsch (seit 1920 Alexandroupolis) gehabt hatte. Zusätzlich mussten kleinere Gebiete im Westen an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (später Jugoslawien) abgetreten werden. Wie im Falle Ungarns war das einer der Gründe, weshalb Bulgarien sich nach 1933 mit Deutschland verbündete. Im Zweiten Weltkrieg konnte Bulgarien dann vorübergehend erhebliche Gebietsgewinne erzielen. Bis heute glimmen die in der Grenzziehung von 1919 wurzelnden Konflikte weiter in der sogenannten Mazedonien-Frage.

### *Osmanisches Reich*

Der Friedensvertrag von Sèvres machte aus dem vormaligen Imperium im Grunde einen Rumpfstaat. Ähnlich wie in Ungarn wurde dieser Friede von den osmanisch-türkischen Eliten nie wirklich akzeptiert, allerdings waren diese erfolgreicher mit ihrer Revisionspolitik. Eine Spätfolge des Friedens von Sèvres sind die heutigen Auseinandersetzungen im Nahen Osten, weil die damals festgelegte Grenzziehung im arabischsprachigen Raum in erster Linie den machtpolitischen Interessen Frankreichs und Großbritanniens entsprach, die hierfür Bündnisse mit lokalen und regionalen Eliten eingingen, etwa mit dem Fürstenhaus der Haschimiten, die als Könige bzw. Emire aus Innerarabien in den Irak und nach Jordanien verpflanzt wurden.

Letztlich endete der Erste Weltkrieg mit dem Frieden von Sèvres nicht wirklich. Vor allem die Griechen, die zu den Gewinnern gehörten und den größten Teil Ostthakiens sowie das Gebiet von Smyrna (Izmir) zugesprochen bekommen hatten, wollten die Gelegenheit nutzen und, anknüpfend an das Byzantinische Reich des Mittelalters, ein griechisches Großreich errichten, das Konstantinopel (Istanbul) und große Teile des westlichen Kleinasiens umfassen sollte, wo es damals noch in erheblichem Umfang griechisch sprechende Bevölkerung gab. Deswegen setzte Griechenland 1919/20 den Krieg mit dem Osmanischen Reich gleichsam fort. Anlass für diesen Krieg, der gleichsam eine von den Alliierten geduldete Militärintervention in das osmanische Restreich darstellte, war der Umstand, dass der neue starke Mann in Kleinasien, General Muṣṭafâ Kemâl Paşa (später Kemal Atatürk), dort den türkischen Widerstand gegen die Umsetzung des Friedens von Sèvres organisierte und eine neue türkische Armee aufbaute. Letztlich musste Griechenland eine vernichtende militärische Niederlage einstecken, in deren Gefolge die griechischsprachige Bevölkerung Kleinasiens entweder umkam, floh oder vertrieben wurde.

Als Folge der türkischen Siege gelang es Muṣṭafâ Kemâl Paṣa bzw. der von ihm 1923 gegründeten Türkischen Republik den Vertrag von Sèvres durch den Friedensvertrag von Lausanne (24. Juli 1923) zu ersetzen und in erheblichem Umfang Gebietsverluste wieder rückgängig zu machen. Eine Folge der damaligen Vereinbarungen war der sogenannte griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch, durch den etwa 1,3 Millionen griechisch sprechende und 500.000 türkisch sprechende Menschen ihre Heimat verloren und nach Griechenland bzw. in die Türkei (in ihren jetzt neuen Grenzen) zwangsumgesiedelt wurden. Kriterium für die Einstufung als Grieche oder Türke war hierbei die Religion. Das hatte zur Folge, dass etwa türkisch sprechende orthodoxe Christen aus Kappadokien oder griechisch sprechende Muslime aus Kreta als „Griechen“ bzw. „Türken“ Opfer von Vertreibung wurden. In den Aufnahmeländern resultierten aus diesen Umsiedlungsmaßnahmen vielfältige soziale und wirtschaftliche Probleme, deren Lösung Jahrzehnte dauerte. Die Bedeutung des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustauschs von 1923 liegt vor allem darin, dass damals mit Zustimmung der Siegermächte, eben auch und vor allem demokratischer Staaten, erstmals in großem Umfang „Volkstumsgrenzen“ an Staatsgrenzen angepasst wurden und damit Vertreibung als Mittel der Politik völkerrechtlich und auch moralisch legitimiert wurde. Dies sollte Folgen haben für die Legitimierung der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg.

### *Russland*

Die Bolschewiki hatten nach Ihrer Machtübernahme in Petrograd als Folge der Oktoberrevolution von 1917 einen ganz entscheidenden Vorteil: Sie propagierten offen die Emanzipation der Völker des Russischen Reiches als Ziel ihrer Politik. Unmittelbar nach der Revolution wurde am 15. Dezember 1917 die Deklaration über das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker Russlands proklamiert. Im Januar 1918 fand der sogenannte dritte allrussische Sowjetkongress statt. Dort wurde eine russische Sowjetrepublik gegründet und die Autonomie der Teilrepubliken in Steuer-, Finanz- und Verteidigungspolitik festgelegt. Das heißt, die Bolschewiki signalisierten den im Zarenreich unterdrückten Völkern Gleichberechtigung in dem zu schaffenden sozialistischen Staat. Es ist kein Zufall, dass US-Präsident Wilson sein Modell des Selbstbestimmungsrechts der Völker etwa zur gleichen Zeit entwickelte; es handelt sich hierbei um die westlich-liberale Antwort auf das autoritär-totalitäre Konzept der Bolschewiki. Im Juli 1918 fand schließlich der fünfte allrussische Sowjetkongress statt. Hier wurde die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) beschlossen, wobei föderativ hier Autonomie einzelner Teilrepubliken bedeutet. Schließlich fand im März 1919 der achte Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) statt, auf dem der Föderalismus als Staatsprinzip verankert wurde. Hintergrund dieser Politik war die Tatsache, dass, worauf v.a. Jörg Baberowski hingewiesen hat, das Problem, dass die Bolschewiki, die ja anfangs nur einen recht kleinen Teil Russlands überhaupt beherrschten,

Mittel und Wege finden musste, das ganze ehemalige Zarenreich unter ihre Kontrolle zu bekommen. Es gab noch viele Gegner, wie die zaristisch gesinnten „weißen“ Truppen im Süden und in Sibirien oder auch liberale oder sozialdemokratische Kräfte, die eine Republik nach westlichem Vorbild errichten wollten. Die Bolschewiki benutzen den von Ihnen propagierten Völkerföderalismus also als Propagandawaffe gegen monarchistische, einheitsstaatliche und großrussische Konzepte zur Wiederherstellung der Einheit Russlands.

Das Ganze passte paradoxerweise auch zu dem Grundgedanken der leninistischen Ideologie. Lenin war davon überzeugt, dass Russland zunächst einmal zeitlich begrenzt eine quasi nationalstaatliche Ära durchlaufen musste, bevor ein sozialistischer Staat errichtet werden konnte. Das heißt, die Bolschewiki wurden faktisch zu Geburtshelfern von Nationalstaaten auf dem Boden des Russischen Reiches und betrachteten dies als Durchgangsstadium für eine sozialistische Umgestaltung. Man muss hierbei allerdings berücksichtigen, dass beim achten Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands die Anerkennung des Föderalismus als Staatsprinzip festgelegt wurde, nicht als Parteiprinzip. Die Kommunistische Partei war und blieb zentralistisch organisiert gemäß dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“. Damit war allerdings auch klar, dass der staatlich propagierte Föderalismus in der bolschewistischen Partei eine Kontroll- bzw. Korrekturinstanz hatte. Insofern war dieser Föderalismus von Anfang an nicht echt. Er war ein formales Prinzip der Staatsorganisation, das aber durch die zentralistischen Mechanismen der Kommunistischen Partei überlagert wurde.

Es gelang den russischen Bolschewiki in der Folgezeit mit einer Mischung von aggressiver Eroberungspolitik und Zugeständnissen an die nationalkommunistischen Strömungen in den Randgebieten, diese überwiegend zurückzugewinnen und als Sowjetrepubliken zu organisieren. Die islamischen Gebiete Innerasiens sowie die fernöstlichen Provinzen Sibiriens wurden hierbei als Autonome Sozialistische Sowjetrepubliken der RSFSR eingegliedert, während Weißrussland, die Ukraine und die neu geschaffene Transkaukasische Föderative Sowjetrepublik (Georgien, Armenien, Aserbeidschan) formal selbständige Staaten wurden, die 1922 zusammen mit der RSFSR die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) gründeten. Die erste Verfassung (1924) organisierte die UdSSR als Bundesstaat nach dem Nationalitätenprinzip. Es gab in dieser Zeit interessante scheinbare Kompromisse bei den Bolschewiki mit den örtlichen Eliten. Beispielsweise förderten die Bolschewiki im muslimischen Mittelasien Reformen, die sich gegen die kulturelle Dominanz des orthodoxen Islam dort richteten. Im Grunde betrieben die Bolschewiki das, was die Amerikaner als „nation building“ bezeichnen. Man schuf administrativ quasi von oben Nationalitäten aus den diffusen sprachlichen, ethnischen und religiösen Gruppen, die man vorfand. So entstanden Usbeken, Tadschiken, Kasachen, Turkmenen etc. Das Ganze vollzog sich auch durch umfassende Alphabetisierungsanstrengungen, etwa im Wege der Ersetzung der arabischen Schrift durch die lateinische oder kyrillische. Auf dem Wege der Alphabetisierung wurden Sprachen normiert und damit

von den Bolschewiki die Grundlage gelegt für die Schaffung von Proto-Nationalstaaten. Diese wurden dann von der Kommunistischen Partei übernommen. Ähnliches spielte sich übrigens auch in den europäischen Republiken der Sowjetunion ab, etwa in Weißrussland und der Ukraine, auch hier wurde eine Form von Nation Building betrieben.

Aber dann geschah etwas, mit dem die Bolschewiki nicht gerechnet hatten: Lenin war, wie gesagt, überzeugt, dass der Nationalstaat ein notwendiger Übergang zum Sozialismus sei. Nun hatten sich aber teilweise in den Sowjetrepubliken alte und neue Eliten etabliert, die kein Interesse daran hatten, jetzt auf einmal Macht an die Herrscher in Moskau abzugeben. Die Terrorherrschaft Stalins kann man auch verstehen als Versuch, durch Einsatz massiver Gewalt zentrifugale Tendenzen in den Teilrepubliken zurückzudrängen und einen sozialistischen Einheitsstaat von oben zu erzwingen. Ganze Nationen wurden von Stalin und seinen Schergen als Feinde stigmatisiert, die den Bestand der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei gefährdeten; jeder Einzelne wurde unabhängig von seinem persönlichen Wollen als Teil eines feindlichen Kollektivs gesehen, das vernichtet werden musste. Ein gutes Beispiel hierfür ist etwa die Ukraine, wo die Spätfolgen von Stalins Terror noch heute bei den Auseinandersetzungen im Donbass spürbar sind. Stalins Politik der ethnischen Säuberungen wurde nach 1945 von seinen Satrapen in den Staaten Ostmitteleuropa nachgeahmt. Die Entstehung der Sowjetunion stellt ein bemerkenswertes Beispiel dafür da, dass es einer neuen Elite, die gewaltsam an die Macht kam, gelang, ein altes Imperium mit einer neuen Ideologie zu versehen und so, unter sozialistischen Vorzeichen, in ein neues Imperium zu transformieren.

#### *Literaturhinweise*

- Baberowski, Jörg, Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012
- Borodziej, Włodzimierz; Górný, Maciej, Der vergessene Weltkrieg. Europas Osten 1912-1923, 2 Bde., Darmstadt 2018
- Bosl, Karl, Versailles - St. Germain - Trianon. Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren, München/Wien 1971
- Gerwarth, Robert, Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs, Berlin 2017
- Hoeres, Peter, Der Versailler Vertrag: Ein Frieden, der kein Frieden war, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 15/2019: S. 38-44.
- Krumeich, Gerd, Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik, Freiburg im Breisgau 2018
- Leonhard, Jörn, Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923, München 2018
- Macmillan, Margaret: Die Friedensmacher. Wie der Versailler Vertrag die Welt veränderte, Berlin 2015
- Platthaus, Andreas, Der Krieg nach dem Krieg. Deutschland zwischen Revolution und Versailles, Berlin 2018
- Schwabe, Klaus, Versailles, Das Wagnis eines demokratischen Friedens 1919-1923, Paderborn u.a. 2019

ders., Woodrow Wilson und das europäische Mächtesystem in Versailles. Friedensorganisation und nationale Selbstbestimmung, in: Clemens, Gabriele Hrsg., Nation und Europa. Studien zum internationalen Staatensystem im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2001: S. 89-107

Stickler, Matthias, „Christlich-griechisch“ oder „muslimisch-türkisch“ - Überlegungen zum Stellenwert religiöser und ethnisch-nationaler Identitätskonstruktionen beim griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch von 1923, in: Historisches Jahrbuch 135 (2015): S. 69-93

Bei diesem Text handelt es sich um die schriftliche Fassung meines Vortrags auf dem Sudetendeutschen Tag in Regensburg am 8. Juni 2019. Gemeinsame Veranstalter waren die Akademie Mitteleuropa, der Arbeitskreis Sudetendeutscher Akademiker und die Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk mit ihrer Bildungs- und Begegnungsstätte „Der Heiligenhof“. Das gesprochene Wort wurde für diese Veröffentlichung geringfügig überarbeitet, am Vortragscharakter aber nichts verändert.

Prof. Dr. Matthias Stickler, Universität Würzburg

# **Schriftsteller als das Gewissen der Nation? Direkte Einflussnahmen, Stimmen und Stimmungen zur Entstehung der Tschechoslowakei 1918**

JAN HLOUŠEK

## ***Einleitung: Der 28. Oktober 1918 als Einschnitt***

Am Vorabend der Unabhängigkeit, in der unsicheren Zeit der Jahre 1917-1918, pochten namhafte tschechische Schriftsteller auf ihre aktive Teilnahme am politischen Geschehen. Nach der Ausrufung der Republik entschieden sich mehrere von ihnen für einen Parteibeitritt und waren auch in der neuen Staatsverwaltung aktiv. Im Nachhinein lässt sich die politische Betätigung von Autoren nur schwer beurteilen; die Situation muss im Rahmen der diversen Begebenheiten und der Wirkung von verschiedenen Einflüssen vor und um den Ersten Weltkrieg ganzheitlich betrachtet werden. Der 28. Oktober 1918 war kein Aufstand, kein von revolutionären Kräften getragener Umsturz, sondern vielmehr eine weit verhandelte, den Umwälzungen in Europa schnell angepasste politische Machtübernahme. Trotzdem war es ein grundlegendes Ereignis, auch für die Kulturschaffenden, die sich im Vergleich zu heute damals in vollständig anderen Koordinaten bewegten. Im stetigen Kampf um Ideen, Kunstprogramme und Stilrichtungen sahen sie auch in der nationalen Politik eine Herausforderung.

## ***Der Erste Weltkrieg: Sichtweisen und Wahrnehmungen***

Es lässt sich von einer Epoche des blühenden Schrifttums in Deutschland und Österreich-Ungarn sprechen, bereits in der Vorkriegszeit. Auch die tschechische Literatur nahm Abschied vom patriotischen Erziehungsdienst und wählte neue Wege, inspiriert von der europäischen Moderne. Der Kriegsausbruch bedeutete für sie eine Lähmung der schöpferischen Kraft, die Gefahr eines Stillstands. Das tschechische Volk ging ohne jegliche Begeisterung in den Krieg. Im Unterschied zur deutschböhmisches Bevölkerung empfand man den Waffengang als fremd, lästig und erniedrigend. Die Regierung arbeitete mit dem Paragraphen 14 der Verfassung, eine Verwaltungskommission nahm ihre Befugnisse wahr, und das tschechische Vereinsleben wurde durch Verbote zunichtegemacht. Irgendwo hier im Sommer 1914 beginnt die Trennung beider böhmischer Volksstämme. Es wäre durchaus interessant, die Ausgestaltung der Kriegsdenkmäler in den tschechischen und deutschen Siedlungsgebieten zu vergleichen: die tschechischen Denkmäler bekunden die Opfer des großen Krieges, und dementsprechend sind hier weinende Engel und kniende Soldaten mit abgenommener Mütze zu finden; deutsche Denkmäler dagegen ehren die Heldentaten der Gefallenen, die öfters im Stahlhelm abgebildet sind, manchenorts ist auch eine große Artilleriekugel, platziert auf einem Sockel, zu sehen.

Schauen wir uns nun die Schriftsteller an: deutsch schreibende Autoren begrüßten den Kriegsausbruch als ein reinigendes Gewitter. Der Waffengang wurde als eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln wahrgenommen. *Thomas Mann* sprach von einer Veredelung des Menschen im Krieg. Er verachtete sei-

nen Bruder Heinrich, diesen pazifistisch denkenden „Zivilisationsliteraten“, wie man in Betrachtungen eines Unpolitischen lesen kann. Der Krieg sollte eine „andere Wesensart“ der Deutschen offenbaren. Andere Literaten wie *Richard Dehmel*, *Hermann Hesse*, vom Berufsoffizier *Ernst Jünger* nicht zu sprechen, rechtfertigten den „Griff zum Schwert“, unberührt von den katastrophalen Wendungen. *Leonhard Frank* musste als entschiedener Pazifist in die Schweiz fliehen. Die Kriegsbegeisterung erfasste anfangs mehrere Schriftsteller nicht nur in Deutschland: in Österreich brachten *Robert Musil*, *Hugo von Hofmannsthal* und sogar der schon damals berühmte *Sigmund Freud* ihre Sympathien für den Waffengang zum Ausdruck. Die Gefühle der Intellektuellen deckten sich damals mit jenen der Staboffiziere und Rüstungsmagnaten.

Schließlich eine große Weltreinigung: In den deutschnationalen Kreisen wurde über eine historische Abrechnung mit dem sich in Europa verbreitenden Panslawismus geredet. Das Musterbeispiel fand man bei den um die „historischen Rechte“ kämpfenden Tschechen, deren aufsteigende Gesellschaft nun wirtschaftlich und politisch konkurrenzfähig war. Es war eine selbstbewusste, modern strukturierte Gesellschaft einer Nation, die nach Gleichberechtigung strebte. Die tschechische Bevölkerung wurde in die Kriegsmaschinerie hineingeschleppt, anfangs nicht ganz ohne Erfolg, aber der sich schnell ausbreitende Brand wurde mit zunehmendem Widerstand hingenommen. Die Mehrheit der Tschechen blieb mindestens bis Sommer 1916 zwar dem Thron treu, aber von einem ergreifenden „Augusterlebnis“ war nicht zu sprechen. In der Menge wurde „Wo ist mein Heim, mein Vaterland“ und „Gott erhalte Franz den Kaiser“ gesungen, an der „Wacht am Rhein“ oder „Ich hatte einen Kameraden“ nahmen die Tschechen ostentativ nicht teil. Manche gebildeten, politisch aktiven Tschechen dachten, es würde ein Feldzug mit dem Ziel, die slawische Welt zu vernichten, vorbereitet werden.

Entsprechend dem berüchtigten „Linzer Programm“ der Deutschnationalen vom 1882, das die staatsrechtliche Entflechtung der Völker Zisleithaniens und eine engere Anbindung der deutschsprachigen Gebiete an das Deutsche Reich forderte, sollten - durch eine Sonderstellung für Galizien und Bukowina, damit diese Länder im Reichsrat nicht vertreten werden - nur deutsche und gemischte Verwaltungsbezirke errichtet werden. Demzufolge könnte die Position der Tschechen wesentlich geschwächt werden. Dieser Punkt wurde auch in spätere Reformpläne übernommen; und die tschechischen Abgeordneten befürchteten noch im Frühling 1917 in dieser Richtung eine „oktrojierte“, nur vom Kabinett beschlossene Anordnung.

Man sollte auf der anderen Seite nicht verschweigen, dass sich einige „völkisch“ gesinnte Tschechen indirekt an der kriegerischen Auseinandersetzung beteiligten. Der Führer der Nationalsozialen Partei, *Václav Klofáč*, verhandelte ohne Erfolg mit dem russischen Kriegsministerium über den Rückhalt seiner Partei für die Möglichkeit, dass die russischen Einheiten in die Länder der böhmischen Krone gelangen. Ungehobelte Politiker dieser Art versuchten, ihre Teil-

habe am Herrschaftsanspruch um jeden Preis zu sichern. Demgegenüber rechnete einer der führenden Jungtschechen, Dr. Kramář, ganz offen mit dem Angebot des böhmischen Throns an die herrschende Romanov-Dynastie. (Die Forderung der Selbstbestimmung für slawische Völker in Österreich-Ungarn war einer der Punkte der russischen auswärtigen Kriegspolitik.) Er fühlte sich auch als Vermittler zwischen den Westslawen und Deutschland.

Prof. Masaryk, der überlegenste Kopf unter den tschechischen Demokraten, wandte sich erst 1915 von Österreich ab in der Annahme, dass der mögliche Sieg der Mittelmächte katastrophale Folgen für die tschechische Gemeinschaft hätte, und orientierte sich folgerichtig an der westlichen Entente. Spätestens bis Mai 1916 verhielten sich die Tschechen traditionsgemäß loyal, obwohl sie schon früher des Landesverrats verdächtigt wurden, besonders nach der Auflösung des 28. Infanterie-Regiments (der sogenannten und geliebten „Prager Kinder“) wegen eines vermeintlich unehrlichen Ergebnisses seiner zwei Bataillone. Wien verfolgte gegenüber Prag unter Militärdruck eine skrupellose Machtpolitik, wobei alle Vorkehrungen im Rahmen des früh ausgerufenen Ausnahmezustands leider gegen die Tschechen gerichtet waren. Diese Maßnahmen bekräftigten ganz deutlich die Anlässe zur Unabhängigkeit, die besonders in den gebildeten Schichten populär waren.

Bei den tschechischen Intellektuellen sehen wir also einen gespaltenen Umgang mit dem Weltkrieg. Einerseits wurde das Blutvergießen als fremd, sinnlos und durchaus unmenschlich angesehen. Demgegenüber sah man den Konflikt aber auch als eine historische Chance auf Freiheit und Unabhängigkeit an. Erst nachdem Masaryk den Widerstand im Exil planmäßig strukturiert hatte mit dem Ziel, auf den Ruinen des zerschlagenen Österreichs einen demokratischen Nationalstaat zu gründen, zergliederten sich die tschechischen Eliten anscheinend in zwei bzw. drei Blöcke: die sogenannten österreichischen Aktivisten, wertkonservativ oder marxistisch orientierte Intellektuelle, die nach einem reformierten Österreich strebten, und die Anhänger der eigenen Staatlichkeit. Unter den unterschiedenen Aktivisten finden wir den prinzipientreuen sozialdemokratischen Politiker Dr. Bohumír Šmeral, der mit einer Sozialrevolution in Mitteleuropa gerechnet hatte, den vornehmen, einflussreichen Professor an der Karl-Ferdinands-Universität, Dr. Jaroslav Goll, den nationalsozialen Politiker Otakar Hübschmann, desweiteren die moderaten Zdeněk Tobolka und Mořic Hruban. Eine antiösterreichische Gesinnung zeigen der Literaturkritiker *Arne Novák*, der Philosoph *František Krejčí*, der forschungsreisende Schriftsteller *Jan Havlasa*, der Rechtswissenschaftler Emil Svoboda, der leidenschaftliche Landespatriot Graf Lažanský von Buková und viele andere.

### ***Ringens um die tschechische Staatlichkeit***

Trotz allem wurde in keiner von diesen Gruppen mit einem Zusammenbruch der Monarchie ernsthaft gerechnet. Der einflussreiche Agrarpolitiker Antonín Švehla dachte über mehrere Alternativen der Entwicklung nach. Professor Pekař, ein

entschiedener tschechischer Österreicher, vertrat die Meinung, dass die sogenannten Fundamentalartikel von 1871<sup>1</sup> dem tschechischen Nationalprogramm bereits vollkommen entsprachen. Dieses Dokument, von dem man einen gerechten Ausgleich zwischen Deutschböhmen und Tschechen erwartete, wurde damals von den Magyaren abgelehnt und gemeinsam mit den Deutschnationalen zunichtegemacht.

Wie schon angesprochen, wurden politische Eliten im tschechischen Lager inmitten des Krieges uneinig und wagten es nicht, sich eindeutig für das Konzept eines unabhängigen böhmischen Staates in seinen historischen Grenzen auszusprechen, der auf einem bisher unbekanntem Prinzip der tschechischen und slowakischen Selbstbestimmung aufgebaut werden sollte, ohne das historische Recht Ungarns zu berücksichtigen. Der Führer der deutschböhmischen Sozialdemokraten, Josef Seliger, bezeichnete diese Idee als „eine Staatsutopie“. Und sein jüngerer Kollege Karl Renner stellte sich entschlossen gegen die Eingliederung der deutschen Siedlungsgebiete in das neugefasste Staatsgebilde, obwohl seine Alternative auch wenig realistisch aussah. Die Exilleitung des tschechischen Widerstandes befürchtete eine Annäherung zwischen Wien und dem aktivistisch orientierten Bund der tschechischen Abgeordneten, die im neueröffneten Reichsrat ihre Plätze wieder einnehmen sollten. Die Annahme war, dass dies möglicherweise zu einem Vertrauensverlust bei der Entente führen würde.

Die Wiener Regierung wollte sich gewissermaßen dem Wilson-Programm durch eine föderative Teilung des so genannten Westösterreichs (d.h. Alpenländer sowie Böhmen, Mähren und Südschlesien) auf dem Prinzip des Naturrechtes anpassen. Ernst Emmanuel Sylva Tarouca, der einzige Minister im Seidler-Kabinett, war dem tschechischen Anliegen zugetan. Die Integrität der historischen Gebiete Böhmens sollte man in der tschechischen Auffassung unberührt lassen, eine Forderung, die den deutschböhmischen Politikern nicht akzeptabel schien. Auf der tschechischen Seite folgte am 3. Mai ein „staatsrechtliches Programm“, das die Parteien auf einen konstitutionellen Umbau des Reiches ausrichten wollte. Dabei finden wir bereits den slowakischen Politiker Dr. Vavro Šrobár, der den Anteil der Slowaken mit dem Abgeordneten Milan Hodža, dem späteren tschechoslowakischen Premierminister, besprochen hatte. Bei dem tschechischen Nationalkomitee wurde eine Kommission für Grundgesetzfragen errichtet. Zum Vorsitzenden wurde der Agrarpolitiker Antonín Švehla gewählt. Nur ein Mitglied, der Rechtswissenschaftler Prof. František Weyr, mit Hans Kelsen befreundet, war ein Anhänger der These des Selbstbestimmungsrechts für alle Volksstämme Österreichs.

Die Situation entwickelte sich zum Nachteil der Tschechen: der neue Kaiser Karl I. ließ sich zum ungarischen König krönen; und seine Pläne einer gerechten Föderalisierung der Monarchie stießen auf einen hartnäckigen Widerstand der deutschen Nationalkonservativen. Die tschechischen Aktivisten saßen nun in der

<sup>1</sup> Die offizielle Fassung der Fundamentalartikel ist enthalten in A.O. Zeithammer, Zur Geschichte der böhmischen Ausgleichsversuche, Teil II: S. 87 ff.

Klemme. Der Alptraum aller tschechischen Politiker, ungeachtet ihrer Meinungsunterschiede, war die mögliche Annahme der so genannten Osterbegehrrschaft der deutschen Nationalverbände vom 23. April 1916, die eine zentralisierte Landesordnung für Böhmen und Mähren vorsah. Das Oktroy, eine von der Regierung aufgezwungene und von diesem Dokument inspirierte Verwaltungsreform, konnte in letzter Minute ausgebremst werden. In der wenig übersichtlichen Situation fürchtete die Vertretung des Widerstandes im Exil die Ergebnisse der heimlichen Friedensgespräche der kaiserlichen Emissäre mit der Entente.

Die Erhaltung der Habsburger Monarchie war für Masaryk nicht mehr akzeptabel. In Prag wurde eine geheime, von Dr. Přemysl Šámal unter dem Decknamen Maffia geführte Zweigstelle des Exilkomitees tätig. Ihre Mitarbeiter waren u.a. die Publizisten und Dichter *Josef Svatopluk Machar*, *Jan Herben*, *Viktor Dyk* und *Jaroslav Kvapil*. Der letztgenannte, Regisseur und Intendant der Schauspielbühne des Nationaltheaters, kam auf die Idee, die noch passiv abwartende tschechische Öffentlichkeit nun in Bewegung zu setzen. Er wandte sich an prominente tschechische Schriftsteller, in erster Reihe an den Nationalkonservativen *Alois Jirásek*, dessen historische Romane und Erzählungen noch heute Bestandteil jeder tschechischen Familienbibliothek sind. Kurz vorher erschien in Prag sein Roman „Finsternis“, eine tendenziöse Schilderung der Leiden der Andersgläubigen und des vermeintlichen Verfalls des Böhmisches Königreiches während der Rekatholisierung nach der verlorenen Schlacht am Weißen Berg im Jahre 1620. Das Buch wurde nicht beschlagnahmt, wie es damals üblich war, und manche kauften es mit durchaus patriotischer Genugtuung. *Jaroslav Kvapil* wollte ein wachrüttelndes Manifest<sup>2</sup> der tschechischen Schriftsteller veröffentlichen und eine Unterschriftenaktion starten. *Alois Jirásek*, der Gymnasialprofessor im Ruhestand, gab seine Zustimmung, *Kvapil* schrieb den Text zusammen. Es war eine dringende Aufforderung, die die tschechischen Reichsratsabgeordneten zur Rechenschaft ziehen sollte.

Es gab unter ihnen jedoch auch Aktivisten, die ihre Hoffnung auf ein reformiertes Österreich nicht verlieren wollten. Sie wurden aufgefordert, diese Einstellung zu ändern - oder aber ihre Mandate niederzulegen. Die tschechischen Abgeordneten wurden verpflichtet, „im Interesse der tschechischen geistigen und kulturellen Welt zu sprechen und ein demokratisches Europa der freien, emanzipierten Völker anzustreben“. Der Text war kurz, bündig, überzeugend. Das historische Staatsrecht, ehemals Grundstein der tschechischen Nationalpolitik in der Donaumonarchie, wurde mit keinem Wort erwähnt. Das Manifest wurde von 222 Literaten, Künstlern und Wissenschaftlern unterzeichnet, unter deren sich auch zwei deutschstämmige, tschechisch schreibende Schriftsteller befanden. An erster Stelle fügte dabei seine Unterschrift der verehrte *Alois Jirásek* bei. Im Nachhinein kann man einsehen, wie der imperative Ton dem offensiven

<sup>2</sup> Erstmals erschienen in der Zeitschrift „Národ“ am 17. Mai 1917

Dringen auf das Naturrecht der deutschen Widersacher geschickt angepasst wurde.

Das Manifest fand ein begeistertes Echo in der tschechischen Öffentlichkeit. Nachdem es am 17. Mai publik gemacht wurde, entfesselte sich wortwörtlich eine Lawine von Zustimmung. Es folgten Tausende von Unterschriften, nicht nur seitens der Intellektuellen, sondern auch von Beamten, Arbeitern, Gewerkschaften, der Vereinigung akademisch gebildeter Frauen, des Verbandes der tschechischen Studenten usw. Es schließen sich per Feldpost sogar auch die tschechischen Soldaten in ihren Stellungen an der Front an.

Das Manifest wurde von den tschechischen Abgeordneten grundsätzlich akzeptiert, in ihre gemeinsame Stellungnahme einbezogen und auf der ersten stürmischen Sitzung des Wiener Reichsrates am 30. Mai vom Abgeordneten František Staněk in deutscher und tschechischer Sprache vorgelesen. Mit ähnlichen Texten gesellten sich die Vertreter der Slowenen und Kroaten dazu. Die Reaktion der Wiener Regierung war sachlich und moderat. Kurz danach wurde der Rat tschechischer Schriftsteller gegründet. Diese hatten damit ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht, sich weiter an der Politik beteiligen zu wollen.

Nicht alle tschechische Intellektuelle waren jedoch mit dem Manifest einverstanden. Der engagierte Historiker und Publizist *Josef Pekař* verweigerte seine Unterschrift mit der Begründung, dass er auf der Position des böhmischen Staatsrechts weiter beharren will. Der berühmte Professor an der tschechischen Karl-Ferdinands-Universität, *Jaroslav Goll*, beeilte sich mit einer schriftlichen Ablehnung. In einem deutsch geschriebenen Artikel<sup>3</sup> mit dem Titel „Auf Befehl?“ kritisierte er das Vorhaben, die Abgeordneten unter Druck zu setzen. Er behauptete, die Wähler sollten den Abgeordneten kein imperatives Mandat geben. Besonders im Sinne einer nationalen Gemeinschaft solle kein Druck ausgeübt werden. Der Abgeordnete werde das Vertrauen seiner Wähler schätzen, „er wird es, einmal gewonnen, nicht verlieren wollen, er kann aber keine Befehle annehmen, nicht von den Wählern, nicht von der Partei, nicht einmal von seinem Volke. Auch gegen seine Nation soll er seine Freiheit wahren. Gerade hier muss er seine höhere Verpflichtung wahren, sich der öffentlichen Meinung entgegenstellen, gerade hier entscheidet das Gewissen, die Instanz, die keine über sich kennt, sie und nur sie ist die Quelle seines kategorischen Imperativs.“

*Jaroslav Goll* betonte, seine Worte seien nur gegen die Kundgebung unserer Schriftsteller gerichtet, unter denen er persönliche Freunde und Kampfgenossen hatte, also keine Argumentation für das aktuelle Regime, keine Anbiederung bei der Zentralmacht. Die darauffolgende Diskussion verlief auf einem relativ guten demokratischen Niveau, auch wenn ein anderer Verweigerer, der marxistische Politiker und spätere Kommunist Dr. Šmeral für seine Entscheidung offensiv kritisiert wurde und sein Kollege, der Schriftsteller *Ivan Olbracht*, sich an *Jirásek* mit einem Protest gegen eine unzulässige Einmischung in die Angelegenheiten der Sozialdemokratie wenden musste. Wie sich später *Karel Čapek*,

<sup>3</sup> Erschienen in der deutschsprachigen Zeitschrift „Union“

*Marie Majerová, Arne Novák* und andere erinnerten, hatten sie ihre Unterschrift mit Erleichterung und Freude hinzugefügt. Es war keine Feier der nationalen Einheit, aber es war für sie in jener trüben Zwischenzeit eine klärende, reinigende Befreiungstat.

### ***Schriftsteller als Gewissen der Nation?***

Es gab dabei natürlich auch Meinungsunterschiede, wie immer. Der nationalkonservative Dichter *Viktor Dyk* beantwortete den Artikel *Golls* mit der Behauptung, eine Politik auf Befehl, wenn die Lage der Nation es erfordert, sei durchaus zumutbar. Ein Abgeordneter, in Konflikt mit der Meinung seiner Nation geraten, könne sich doch nicht auf sein Gewissen berufen. Die gefährliche Lage von damals war offensichtlich, aber was sollte man bloß unter der „Meinung der Nation“ verstehen? Die Ansichten der tschechischen Aktivisten Professor *Goll, Zdeněk Tobolka, Bohumír Šmeral* und *Mořic Hruban* wurden von *Dyk* schroff abgelehnt. Diese Männer, so *Dyk*, dürften nicht im Namen des Volkes reden, wenn sie sich dessen bewusst sein müssten, dass sie die Meinung der Nation nicht teilen würden. Diese „Männer ohne Gewissen“ könnten sich nicht auf die Instanz ihres Pflichtgefühls berufen, eine seltsame Antwort, die späteren polemischen Schriften der Anhänger der so genannten direkten Demokratie ähnlich sieht.

Wenn die Abgeordneten ihr Gewissen verlieren, werden die Schriftsteller zu Trägern des nationalen Gewissens. Eine Frage drängt aber heute noch in den Vordergrund: war das imperative Eingreifen der Schriftsteller tatsächlich angebracht, oder sollte man die parlamentarischen Regeln achten? Es lässt sich einwenden, dass in jener revolutionären Zeit, im Grunde genommen, das Manifest zu einem rettenden Wegweiser wurde.

Der Dichter als das Gewissen der Nation? Was ist damit gemeint? Es war damals, am Anfang des 20. Jahrhunderts und noch lange danach, ein Begriff, eine weit anerkannte Autorität, die im richtigen Augenblick das Wort ergreift, bei uns *Alois Jirásek, Otakar Březina, František X. Šalda*, später noch *Karel Čapek, František Halas, Jaroslav Seifert, Ludvík Vaculík, Milan Kundera* und *Václav Havel*. Ihr Erscheinungsbild entspricht eher dem französischen *l'homme de lettres*, der sich für die Probleme der Gesellschaft interessiert und es niemals vergisst, sie zu kommentieren, ein *Emile Zola*, ein *André Gide, André Maurois* oder *Jean-Paul Sartre* also, in England ein *G.B. Shaw*, in Deutschland ein *Thomas Mann, Stefan Zweig, Heinrich Böll* und selbstverständlich *Günter Grass*. Im politischen Staubecken können solche Schriftsteller durchaus als Hoffnungsträger auftreten, für ihre Hellsichtigkeit verehrt, aber im Nachhinein auch überschätzt werden - beispielsweise *Jean-Paul Sartre*, der sich für jedes politisch rührendes Geschehen interessierte und durch seine Besuche bei den RAF-Terroristen im Berliner Spandau-Gefängnis Aufsehen erregte.

Die Rolle des Schriftstellers in der neu gewachsenen tschechischen Gesellschaft stand seit Anfang des neunzehnten Jahrhunderts in einem sittlich veran-

kerten Verhältnis zum kollektiven Kampf um Emanzipation und ein neues Selbstverständnis des tschechischen Volkes. Die so genannte Wiedergeburt wurde sprachlich konzipiert. Deutsch war damals neben Latein die einzige Kultursprache in Böhmen und Mähren. Die tschechische Elite war, im Grunde genommen, deutschsprachig. Wer Karriere machen wollte, besuchte logischerweise deutsche Schulen; und wenn er sich als Fachmann durchsetzte, wurde er allorts für einen Deutschösterreicher gehalten, so zum Beispiel Josef Ressel, Jan Evangelista Purkyně oder Emil Škoda. Das erste Wörterbuch der modernen tschechischen Sprache von Jungmann war eigentlich ein zweisprachiges Werk: tschechisch-deutsch. Schlüsselfiguren der tschechischen Wiedergeburt waren Priester, Lehrer, Sprachwissenschaftler und andere Gelehrte, die der tschechischen Sprache mächtig waren und sie kultivieren wollten.

Logischerweise gehörten auch Schriftsteller, die sich des gewaltigen Nachholbedarfs in der Literatur bewusst waren, dazu. Deswegen schätzte man das Übersetzen aus der Weltliteratur als äußerst wichtig ein. Bis heute ist der Anteil der übersetzten Werke an der tschechischen Buchproduktion enorm. Der engagierte Literat wurde im tschechischen Volkstumskampf zum Aufklärer, zum Nationalpädagogen, möglicherweise auch zum moralischen Apostel. Eben deshalb wandte sich der Regisseur *Kvapil* vorzugsweise an die Schriftsteller. Auch sie konnten sich mit der aktuellen Politik der tschechischen Nationalpolitiker nicht abfinden. Ihre Einstellung zum politisch interessant gewordenen Krieg war anfangs negativ, sie nahmen ihn als ein von außen aufgezwungenes Desaster wahr. In den Gedichten von *Fráňa Šrámek*, *Josef Svatopluk Machar*, *Viktor Dyk* und *Otakar Theer* kommen nur die Leiden des Krieges und Verzweiflung zum Wort: sterbende Soldaten an der Frontlinie, die Ausbeutung der Wirtschaft durch die unbarmherzige Kriegsmaschinerie, die Lebensnot der Zivilbevölkerung.

Auch in der bildenden Kunst der tschechischen Avantgarde, bei *Otto Gutfreund*, *Bohumil Kubišta* und *Josef Váchal*, die an der Front eingesetzt wurden, sehen wir den grauenvollen Alltag des Krieges. Durch das revolutionäre Manifest wurden sie alle in die Politik hineingezogen. Nicht gegen ihren Willen - es war, wie bereits gesagt, eine befreiende Tat. Aber etwas später, als der Rat tschechischer Schriftsteller gegründet wurde, ist vieles anders geworden. Die Dichter begannen, politischen Parteien beizutreten und verwickelten sich in die Strukturen des nun offiziell gewordenen Widerstandes. Bereits im Juni 1918 saßen in dem erneuerten Nationalkomitee so mehrere Literaten.

Diese direkte Politisierung begleitete die Literatur nach der Ausrufung der Tschechoslowakei bis in die finsternen Tage der Sudetenkrise 1938 und zum Zerfall der verratenen demokratischen Republik. Sie spiegelt sich auch in der schmutzigen Kampagne der Nationalkonservativen gegen *Karel Čapek* und andere intellektuellen Anhänger von Masaryk wider. Nach 1948 erscheint der engagierte Schriftsteller in der Kultur und der Verwaltung des totalitären Staates in einer traurigen Rolle. (Da wären beispielsweise der einstige Surrealist *Vítězslav Nezval* oder die begabte, bei Upton Sinclair und Dos Passos inspirierte Roman-

schriftstellerin *Marie Majerová* zu nennen.) Als Träger des nationalen Gewissens ergreifen dann die Schriftsteller auf ihren Kongressen 1957 und 1967 das Wort. *František Hrubín, Jaroslav Seifert, Pavel Kohout, Milan Uhde, Václav Havel* und *Milan Kundera* ließen sich nicht mundtot machen und wurden zu moralischen Aposteln des wiedererwachten demokratischen Volkes.

Heute sieht es anders aus. Mit dem Aufstieg einer mächtigen Kulturindustrie begannen die Bedürfnisse gewöhnlicher Menschen die Autorität der gebildeten, engagierten Schriftsteller zu untergraben. Ihr Einfluss schwindet rapide, wie es der österreichische Schriftsteller *Josef Haslinger* treffend beschreibt: „Den hommes de lettres, die sich in der Tradition der europäischen Aufklärung stets als Vorreiter nicht nur des kulturellen Wandels, sondern auch des sozialen und politischen Fortschritts betrachteten, wird ihre Arbeit von den hommes d’amusement, den Sprecherinnen und Sprechern des ubiquitären Medienzirkus sanft aus den Händen genommen. Das goldene PEN-Dreieck der Belletristik - Lyrik, Essay und Prosa - ist im Kaufhaus kultureller Unterhaltung zu einer Abteilung unter vielen geworden.“<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Josef Haslinger, *Klasse Burschen, Essays*, Frankfurt a.M. 2001: S. 41

Dr. Jan Hloušek  
Behouňkova 39/2458  
CZ 15800 Praha 5  
bonnyhlousek@seznam.cz

Lída Rakušanová  
Kandlbach 2  
94269 Rinchnach  
ludmila.rakusanova@rozhlas.cz

Prof. Dr. Matthias Stickler  
Institut für Geschichte  
Universität Würzburg  
Am Hubland  
97074 Würzburg  
matthias.stickler@uni-wuerzburg.de

Arnulf Tobiasch  
Spitzwiesenstr. 76  
90765 Fürth

Dr. Karel Vodička  
Johanna-Kirchner-Str.45  
76189 Karlsruhe  
karel@vodicka.net